

PROTOKOLL

über die 48. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

**am Donnerstag, 3. Juli 2003, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatssitzungssaal.**

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Gerhard Bremm

STADTRÄTE: Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Walter Oppl, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE: Rudolf Blasi, Claudia Durchschlag, Helga Feller-Höllner, Martin Fiala, Stefan Fröhlich, Monika Freimund, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Hans Payrleithner, Edith Radmoser, Rosa Rahstorfer, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Ingrid Weixlberger, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT: MD OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, SR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Helmut Golda, OMR Mag. Augustin Zinedner, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT: GR Beatrix Toman, GR Kurt Apfelthaler, GR Mag. Michaela Frech

PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG:

1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN

3) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS

5) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

6) AKTUELLE STUNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

1) GHJ2-47/97 Einnahmenbeteiligung Lichtmastwerbung entlang Bundes- und Landesstraßen.

2) Wa-4/94 Wehranlage Große Falle; Hochwasserschaden; Getriebereparatur.

3) VerkR-585/97 Umsetzung des Radverkehrskonzeptes der Stadt Steyr; Begleitung durch entsprechende Marketing-Maßnahmen.

4) Fin-171/03 Medikamentenankauf für das Caritas Baby-Hospital in Bethlehem.

5) BauGru-24/01 Fachmarktzentrum Tabor – Kreuzung B 122/L 564; verkehrstechnische

Untersuchung.

6) ÖAG-28/01 Grundstücke Unterhimmel; Abweisung des Rekurses gegen den Beschluss des Bezirksgerichtes Steyr vom 19. 3. 2003, GZ. 12 E 5089/01a, Zahlung der Zinsen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

1) FW-10/03 Ernennung des Pflichtbereichskommandanten und seiner Stellvertreter für das Gebiet der Stadt Steyr.

2) Fin-120/02 Rechnungsabschluss 2002.

3) GHJ1-2/03 Einführung des ELAK am Magistrat Steyr.

4) GemHun-1/00 Hundeabgabeordnung der Stadt Steyr.

5) BauR-1/03 Einreihung der Aufschließungsstraßen im Bereich Pyrachstraße/Werndlstraße im Bereich Aignergründe.

6) Fin-228/01 Ansiedlung der Fa. Steyr Motors im Wirtschaftspark Stadtgut Steyr; Gewerbeförderung.

7) ÖAG-7/03 Burg Design GmbH; Abschluss eines Baurechtsvertrages über das Grundstück 410/6, Grundbuch Gleink, einer Optionsvereinbarung sowie eines Förderungsvertrages.

8) Präs-461/03 Resolution an Dr. Schüssel und Dr. Gehrler wegen geplanten Bildungsabbau durch massive Stundenkürzungen im Schulbereich.

9) Rp-1/02 FA. f. Kontrolle u. Revision; Jahresbericht 2002 gem. § 39 Abs. 3 StS.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

10) SH-5/03 Personalkapazitätsbedarf im Behindertentransport.

11) BauH-74/02 Städt. Kindergarten Gleink; wärmetechnische Sanierungsmaßnahmen.

12) Fin-159/03 Alten- und Pflegeheim Tabor; Jahresabschluss 2002.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

13) Ge-480/02 Marktordnung 2002.

14) VerkR-1462/01 Gesamtverkehrskonzept Steyr 2003; Evaluierung und Überarbeitung des Verkehrskonzeptes 1993; Fortführung des Auftrages an die Stickler Consult durch die TU Graz.

15) VerkR-775/03 Empfehlung eines Standortes für eine zentrumsnahe Parkgarage.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

16) GHJ2-9/03 Erste Etappe Vollwärmeschutz und Fenstertausch Sonderschule Industriestraße.

17) GHJ2-10/03 Erste Etappe Fenstertausch und Vollwärmeschutz Volks- und Hauptschule Tabor.

18) GHJ2-32/03 Erneuerung der Dachfläche VHS Stelzhamerstraße 11.

19) BauH-102/03 Übersiedlung Bezirksverwaltungsbehörde; Vergabe von Lieferungen und Leistungen.

20) BauH-61/03 Errichtung einer automatischen Brandmeldeanlage im Rathaus.

21) Sport-11/02 Sport- und Kulturhalle Tabor; Tarifordnung

22) BauH-108/00 Sport- und Kulturhalle Tabor; Vergabe von zusätzlichen Architektenleistungen (Drehung) sowie Mehraufwendungen; Ankauf von Maschinen und Einrichtungsgegenständen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

23) Stw-41/03 Stadtbad Steyr; Preisanpassung Hallenbad und Sauna per September 2003.

24) Stw-42/03 Stadtbad Steyr; Erlassung einer neuen Badeordnung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

25) BauGru-39/00 Bebauungsplan Schlüßlmayr; Änderung Nr. 1.1.

26) BauStr-22/01 Verbindungsstraße Werndlstraße – Pyrachstraße; Vergabe der Straßenbauarbeiten.

27) Fin-95/02 Abwasserbeseitigung Stadt Steyr; Bauabschnitt 11; Annahme Fördervertrag.

28) BauT-2/03 Kanalisation Stadt Steyr 2003; NK Gutenberggasse; Vergabe der Bauarbeiten.

29) BauBrü-1/02 Hangbrücke – Schlüsselhofgasse; Umbau der Auskragungskonstruktion.

30) BauBrü-1/03 Fußgängerübergang Altgasse – Klotzstraße; Instandsetzung 1. Teil; Erneuerung der Tragwerksabdichtung.

31) BauH-34/00 Hangsicherung Taborstiege; 3. Teil; Vergabe der Arbeiten.

32) BauGru-10/02 Bebauungsplan Nr. 34 – Schlüßlmayr – Änderung Nr. 5.

33) BauGru-15/03 Bebauungsplan Nr. 64 „Schinagl Gründberg“; Änderung Nr. 1; Aufhebung.

34) BauGru-54/02 Einreihung einer Aufschließungsstraße im Bereich Dachsbergweg als Gemeindestraße.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WALTER OPPL:

35) Fin-204/02 Kinderschutzzentrum „Wigwam“; Subvention 2003.

36) Fin-204/02 Resolution betr. Finanzierung des Kinderschutzzentrums Steyr im Umlageverfahren.

37) JW-17/95 Streetwork-Projektstelle Steyr; Weiterführung; Aufstockung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

38) Fin-297/02 Chorgemeinschaft Stahlklang Steyr; Ansuchen um Sondersubvention für IDOCO-Festival vom 29. 5. – 1. 6. 2003.

39) Fin-113/02 Errichtung einer Treppe in den Burggraben des Schlosses Lamberg und Verlegung eines Holzbodens.

40) Fin-182/02 Verein Museum Arbeitswelt; Ansuchen um zusätzliche Subvention in Höhe von € 145.342,-- für Abgangsdeckung 2002 und 2003.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf die heutige GR-Sitzung eröffnen und die ordnungsgemäße Einberufung feststellen. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Die Protokollprüfer sind heute Herr GR Mag. Klausberger Gerhard und Herr GR Ing. Wolfgang Hack. Entschuldigt für die heutige Sitzung sind GR Michaela Frech, GR Beatrix Toman und Herr GR Kurt Apfelthaler. Allfällige Anfrage gibt es heute kein. Ich komme damit zu den „Mitteilungen des Bürgermeister“.

Bei den Mitteilungen des Bürgermeisters geht es im ersten Punkt um die finanzielle Entwicklung in

den Gemeinden.

Herr Landesrat Josef Ackerl teilte mir mit Schreiben vom 4. Juni 2003 Folgendes mit:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Freund!

Ich wende mich heute an dich, weil ich mir als Gemeinde- aber auch als Soziallandesrat große Sorgen um die Zukunftschancen unserer Gemeinden mache.

Die Bundesregierung verfolgt seit einiger Zeit das Ziel, sich vieler finanzieller Verpflichtungen zu Lasten der Länder und Gemeinden zu entledigen. Die Anteile der Gemeinden am Gesamtabgabenertrag sind seit 1999 von 18,07 % auf 17,32 % - also um 0,75 Prozentpunkte – gesunken. Im gleichen Zeitraum hingegen sind die Anteile des Bundes von 62,18 % auf 64,12 % gestiegen. Zusätzlich zu diesen bedenklich stimmenden Zahlen ist nun im VP-FP Regierungsprogramm bereits das nächste Einsparungsverlangen des Finanzministers gegenüber den Ländern und Gemeinden enthalten. Darüber hinaus wird der Bundesanteil an der Krankenanstaltenfinanzierung von € 218 Millionen wegfallen. Es ist damit zu rechnen, dass davon ca. € 17 Mio. von den öö. Gemeinden und Städten je nach Finanzkraft aufzubringen sind. Nicht außer Acht lassen darf man die geplante Steuerreform, die, wie auch in der Vergangenheit die Einnahmen der Gemeinden vermindern wird. Durch die angeführten Vorhaben wird meines Erachtens eine beträchtliche Gefährdung der Gemeindehaushalte eintreten. Die Gemeinden müssen damit rechnen, dass sie ihren Budgetspielraum durch diese, für die Länder und Gemeinden nachteilige Finanzpolitik der Bundesregierung, teilweise oder zur Gänze einbüßen werden. Es wird für jene Gemeinden, die heute schon ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen können, noch schwieriger, aus Bedarfszuweisungen und anderen Landeszuschüssen dringende Projekte zu finanzieren.

Gerade jene Aufgaben, die von den Gemeinden und Ländern zu bewältigen sind, sind durch eine besonders dynamische Entwicklung gekennzeichnet.

Dazu gehört u. a. der Ausbau einer befriedigenden Kinderbetreuungssituation, die Sanierung zahlreicher Pflichtschulen, die Finanzierung der Rahmenbedingungen für Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen sowie die Bereitstellung und rechtzeitige Vorsorge für Maßnahmen im Betreuungs- und Pflegebereich für ältere Menschen. Darüber hinaus haben die Gemeinden und die Länder, neben der Sozialversicherung, durch die Bereitstellung der nötigen Geldmittel für die Spitäler dafür zu sorgen, dass in Österreich keine Zwei-Klassen-Medizin entsteht.

Der Bundesregierung scheint nicht bewusst zu sein, dass die Gemeinden wesentliche Investoren und damit Sicherer der regionalen Wirtschaft sind. Durch ihre Finanzkürzungsmaßnahmen tritt eine bedeutende Schwächung der regionalen Wirtschaftskraft und eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit ein.

Es fehlt den verantwortlichen Bundesregierungsmitgliedern offensichtlich am nötigen Zugang zu den Bedürfnissen der Menschen in den Gemeinden und zur Aufgabenstellung in der Vorsorge für die vielfältigen Situationen im Kreislauf des Lebens eines Menschen.

Ich ersuche dich daher heute, rechtzeitig darauf einzuwirken, dass deine Vertretungen im Gemeinde- und Städtebund über die üblichen Verhandlungen hinaus eine Auseinandersetzung darüber führen, ob auch weiterhin von dieser Bundesregierung mit den Interessen der Länder und Gemeinden so umgegangen werden kann.

Mein Schreiben sollte dir jene Überlegungen und Sorgen vermitteln, die mich seit längerer Zeit beschäftigen, weil ich gerade als oberösterreichischer Gemeinde- und Soziallandesrat über die gesamtpolitische Situation bestens Bescheid weiß und dazu beitragen möchte, dass jene argen Szenarien nicht eintreten, mit denen ich mich seit einiger Zeit in Diskussionen und Gedanken konfrontiert sehe.

Mit der Bitte, dieses Schreiben dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen“

Zum Thema Schüler-Fotos im Rathaus

Anlässlich des internationalen Jahres des Wassers und des Weltumwelttages hat die Magistrats-

Abteilung für Umweltschutz einen Fotowettbewerb für alle Steyrer Schulen organisiert. Die Werke der Schülerinnen und Schüler zum Thema „Steyrs versteckte Wasser“ können bis Anfang Oktober in den Gängen des Rathauses besichtigt werden.

Mitgemacht beim Fotowettbewerb haben Schülerinnen und Schüler der Volksschulen Tabor 1 und Promenade, der Steyrdorfschule und der Landessondererziehungsschule Gleink. Insgesamt haben die jungen Künstler im Alter zwischen 8 bis 12 Jahre 48 Arbeiten eingesandt. Fotografiert haben die Kinder selber unter Anleitung ihrer Lehrkräfte. Die Bilder inklusive Rahmen kann man um 20 Euro kaufen. Der Erlös kommt direkt der Klasse zu, aus der das Bild stammt.

Neuer Service im Steyrer Standesamt: Der Reisepass am Hochzeitstag

Brautpaare, die sich im Steyrer Standesamt trauen lassen, können ab 1. Juli einen neuen Service in Anspruch nehmen: Wenn sich durch die Heirat der Name der Braut oder des Bräutigams ändert, gibt es auf Wunsch am Hochzeitstag auch gleich einen neuen Reisepass - mit dem Ausstellungsdatum, das an den schönsten Tag im Leben erinnert. Der Pass wird gemeinsam mit der Heiratsurkunde überreicht. Wir werden dazu den ersten Pass übermorgen überreichen.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im Mai 2003 betrug 5,4 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,3 % geringer.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Mai 2003 2.210 Personen. Diese verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 6,1 % (d.s. 143 Personen) und gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 0,9 % (d.s. 20 Personen).

Im Mai 2003 sind 408 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 100 Stellen mehr sowie auch gegenüber dem Vorjahr um 133 Stellen mehr.

Das waren die Mitteilungen des Bürgermeisters. Ich komme nun zu Pkt. 4), Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates und übergebe zu Pkt. 5), Verhandlungsgegenstände, den Vorsitz an meine Kollegin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichte.

BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Mein erster Punkt beschäftigt sich mit der Ernennung des Pflichtbereichskommandanten und seiner Stellvertreter für das Gebiet der Stadt Steyr. Bekanntlich hat es ja Neuwahlen bei der Feuerwehr der Stadt Steyr gegeben und die alte Garde ist zurückgetreten. Somit wurde es notwendig, dass neue Abschnittsleiter, neue Pflichtbereichskommandanten ernannt werden. Der neue Feuerwehrkommandant für den Bezirk Steyr, also für die Stadt Steyr, ist Herr Robert Lumesberger, Enge Gasse 29, sein Stellvertreter ist Herr Gerhard Praxmarer sen., Weinzierlstraße 14 und der zweite Stellvertreter ist der Herr Ernst Kronberger aus der Diamantstraße 46. Ich bitte um Kenntnisnahme bzw. Zustimmung zu diesem Antrag.

1) FW-10/03 Ernennung des Pflichtbereichskommandanten und seiner Stellvertreter für das Gebiet der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Verkehrsrecht und öffentliche Sicherheit vom 12.05.2003 wird der Feuerwehrkommandant der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr, Herr Robert Lumesberger, 4400 Steyr, Enge Gasse 29, zum Pflichtbereichskommandanten, Herr Gerhard Praxmarer sen., 4400 Steyr, Weinzierlstraße 14, zum 1. Pflichtbereichskommandanten – Stellvertreter und Herr Ernst Kronberger, 4407 Steyr/Gleink, Diamantstraße 46, zum 2. Pflichtbereichskommandanten – Stellvertreter für das Gebiet der Stadt Steyr bestellt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Mein zweiter Antrag beschäftigt sich mit dem Rechnungsabschluss 2002. Der Rechnungsabschluss im Jahr 2002 ist ja wieder ein sehr erfreulicher Rechnungsabschluss. Wir haben Mehreinnahmen in Summe von 3,5 Millionen Euro, Minderausgaben in der Höhe von ca. 1 Million Euro und dadurch eine Ergebnisverbesserung von 4.556.892,-- Euro. Bei den Mehreinnahmen erreichten wir dieses Ergebnis in erster Linie dadurch, dass sich die Ertragsanteile positiv entwickeln, plus 730.000,-- Euro, Kapitaltransfers vom Bund von 554.000,-- Euro, Kommunalsteuer, ganz ein wesentlicher Punkt, 294.218 Euro, Zinsertrag – ein Plus von 186.480,-- Euro, Gebrauchsabgabe ein Plus von 100.151,-- Euro. Bei den Parkgebühren hatten wir aufgrund des Hochwassers Minderannahmen, in erster Linie durch das Hochwasser, von 237.400,-- Euro. Minderausgaben hatten wir beim Schuldendienst in der Höhe von 1,345 Millionen Euro, Personalaufwand ein Minus von 533.879,-- Euro, bei der Landesumlage ein Minus von 315.602,-- Euro. Mehrausgaben hatten wir in erster Linie durch die Hochwasserschäden in der Höhe von 1,119 Millionen Euro, bei der Sozialhilfe in der Höhe von 137.713,-- Euro, bei der Sportförderung in der Höhe von 133.858,-- Euro. Der a. o. Haushalt hatte einen Gesamtrahmen von 15.044.917,-- Euro. Der a. o. Haushalt, da komme ich zu den Hauptausgaben. Die Hauptausgaben beschäftigen sich in erster Linie mit der Bezirkssporthalle in Höhe von 3,6 Millionen Euro, Straßen- und Brückenbau 1,8 Millionen Euro, Ankauf von Grundstücken 1,6 Millionen Euro, in diesem Betrag ist auch die Unterhimmeler Au inbegriffen, Kanal 800.000,-- Euro. Alles andere sind dann schon geringere Summen. Der Schuldenstand hat sich entwickelt auf einen Stand von zur Zeit 51,98 Millionen. Der Prozent des Schuldenstandes beträgt zur Zeit 46,37 Prozent des o. Haushaltes. Die Rücklagen haben sich ebenfalls positiv entwickelt. Wir haben zur Zeit einen Rücklagenstand von 9,92 Millionen Euro. Also in Summe ein sehr positives Ergebnis. Ich bitte um Diskussion bzw. Zustimmung zu diesem Antrag.

2) Fin-120/02 Rechnungsabschluss 2002.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Rechnungsabschluss der Stadt Steyr für das Finanzjahr 2002 wird mit Einnahmen und Ausgaben (Anordnungs-Soll)

im ordentlichen Haushalt von € 84.017.861,43

im außerordentlichen Haushalt von € 15.259.059,38

somit insgesamt € 99.276.920,81

genehmigt.

Weiters wird die Bilanz der Stadtwerke Steyr für das Finanzjahr 2002 mit Aktiva und Passiva in Höhe von € 44.640.995,54 und die Bilanz des Alten- und Pflegeheimes Steyr mit Aktiva und Passiva in Höhe von € 4.957.759,40 grundsätzlich genehmigt. Die o. a. Bilanzen werden nach Behandlung in den Verwaltungsausschüssen dem Gemeinderat noch extra zur Beschlussfassung vorgelegt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr StR Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertere Vertreter der öffentlichen Medien, sehr geehrte Gäste. Ein Rechnungsabschluss, gleichgültig um welches Jahr es sich handelt, dieses Mal geht es um 2002, ist ja nicht immer, und vor allen Dingen nicht in allen Bereichen, ein Spiegelbild dessen, was der Gemeinderat als Budgetvorgabe beschlossen hat. Es gibt immer wieder Veränderungen von oben nach unten, von links nach rechts, es gibt Kreditüberschreitungen, Kreditübertragungen, es gibt nicht voraussehende Veränderungen wie bei Baufortschritten udglm., was wiederum eine Übertragung von Budgets in das nächste Jahr notwendig macht. Natürlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann man diese Darstellung, die der Herr Bürgermeister vorgetragen hat, von den verschiedensten Seiten beleuchten und beurteilen. Man kann es unter dem Motto „Lobet und preiset den Herrn Finanzdirektor und im Besonderen den Herrn Finanzreferenten“ sehen, man sollte aber auch, und das mache ich sehr gerne, diese Abweichungen kritisch beurteilen, weil sie auch entsprechende Auswirkungen auf bestimmte Vorhaben haben. Ich erlaube mir auch heute und heuer wieder, dass ich

einige Zahlen nenne, weil für mich und vor allen Dingen für viele andere ein tatsächlicher Vergleich dessen, zu dem was der Gemeinderat beschlossen hat, interessant ist. Ich darf daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, Folgendes in Erinnerung rufen, was vor allen Dingen die Vorgeschichte betrifft. Es ist ja nicht nur so, dass dieses Budget aus dem Zahlenwerk alleine zu beurteilen ist, sondern es gibt ja, wie gesagt, immer eine dazugehörige Geschichte nämlich die Budgetvorverhandlungen, die ja meistens lange sind, nicht lange sind, haben wir auch schon erlebt. Wir haben des Öfteren diskutiert, wann es die längste Vorverhandlung gegeben hat. Die war unter Zeiten von Lúpas oder Lupas, da bin ich mir mit dem Kollegen nicht recht einig gewesen wie man das ausspricht, aber sei es wie es sei, es hat Budgetverhandlungen auch für das Budgetjahr 2002 gegeben. Da erinnere ich mich noch sehr gut daran, dass man eigentlich in der Anfangsphase, das hat auch bis fast in die Schlussphase gedauert, kein besonders großes Interesse daran hatte, die Freiheitliche GR-Fraktion mit dabei zu haben bei einer positiven Beschlussfassung. Es gab nämlich bis unmittelbar vor diesem bekannten GR im Dezember, die Frau Vizebürgermeisterin erinnert sich daran, sie lächelt mir zu, ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Weil ich sie so gerne sehe.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Sie strahlt mich an, das ist sehr erfreulich. Ich muss mich sofort in meiner Wortwahl ändern. Nachdem ich ja flexibel bin ist mir das ja durchaus kein Problem. Aber ich darf sie trotzdem daran erinnern, dass es ja, wie gesagt, bis kurz vor der Abstimmung eigentlich nur einen Abänderungsantrag, nämlich jenen von der österreichischen Volkspartei und der sozialdemokratischen Partei, gegeben hat, der entsprechende Abänderungen zum fertigen Budget zum Inhalt hatte. Und zwar ist es darum gegangen, dass im o. H. die Summe um 13,4 Millionen Schilling und im a. o. H. von rund 16,4 Millionen Schilling angehoben werden sollte um verschiedene zusätzliche Maßnahmen zu setzen. Erst ein eigener Abänderungsantrag von den Freiheitlichen, der, das darf ich auch in Erinnerung rufen, keinesfalls überzogene Forderungen zum Inhalt hatte, führte dazu, dass es dann schlussendlich möglich war, das Budget 2003 mit breiter Mehrheit, wie das dann auch der Herr Bürgermeister zum Ausdruck gebracht hat, zu beschließen. Ich möchte, ohne sie jetzt zu langweilen, denn das hat seinen Grund warum ich das mache, sie schon daran erinnern, was denn in diesem, unseren Abänderungsvorschlag, der auch schlussendlich beschlossen wurde, drinnen gestanden ist. Ich zitiere: „Zentrumsnahes Parkhaus, Machbarkeitsstudie, Steg über die Enns, ich nenne die Zahlen jetzt bewusst nicht, die stehen sowieso im Budget, Machbarkeitsstudie, Sanierung Freibad, Fahrradmarketing, Adaptierungsarbeiten für die vorübergehende Benützung der Reithoffergründe als Dauerparkplatz. Die Mittel dafür sollen durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmittel bzw. durch Darlehensaufnahme gedeckt werden. Weiters soll ein zeitlicher Stufenplan zur raschest möglichen Behebung der Parkplatzsituation im Sinne einer kunden- und mitarbeiterorientierten Wirtschaftspolitik wie folgt festgelegt werden. Bereitstellung aller brachliegenden Flächen, in Fußwegnähe max. 10 Minuten vom Zentrum, als kostenlose Dauerparkplätze in der Anzahl von 400 bis 600 bis zur Fertigstellung einer Innenstadtgarage. Zeithorizont Frühjahr 2002. Umwandlung der zentralen Dauerparkplätze in Kurzparkzonen Promenade, Sepp-Stöger-Straße, Schiffmeisterplatz, Eyblparkplatz. Zeithorizont Frühjahr 2002. Festlegung auf einen Standort Zentrumsgarage. Auswahl aus den vier möglichen Standorten Promenade, unterhalb des Werndlparkgymnasiums, Schiffmeisterplatz, unterhalb Dukartstraße. Zeithorizont Anfang Sommer 2002. Bau der Garage in raschest möglicher Zeit, Inbetriebnahme 2004 bis 2006.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ohne jetzt ins Detail zu gehen kann ich feststellen, dass wenig, teilweise gar nichts von diesen Vorhaben, die wir ins Budget eingebracht haben, im Budgetjahr 2002 umgesetzt wurde. Um aber auch den Budgetverlauf nicht nur bei einem Vergleich mit dem Vorjahr bewenden zu lassen, möchte ich noch einige Zahlen nennen, die es ermöglichen den Unterschied zwischen dem beschlossenen Budget und dem Rechnungsabschluss in einfacher Weise darzulegen.

Vom GR wurde für den o. H. bei den Einnahmen und Ausgaben eine Summe in Höhe von 78.056.900,-- Euro beschlossen. Der Rechnungsabschluss weist eine Erhöhung von 7,63 % auf nämlich auf eine Summe von 84.017.861 Euro. Wobei bei den Veränderungen, sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben betreffend, es wurde bereits darauf hingewiesen vom Finanzreferenten, ein Teil zumindest dem Hochwasser zugeordnet werden muss. Der a. o. H. weist folgende Veränderungen auf: Vom Gemeinderat wurden für Einnahmen und Ausgaben 18.460.300,-- Euro beschlussmäßig vorgesehen. Tatsächlich wurde aber diese Summe um 3.201.241,-- Euro auf 15.259.059,-- Euro reduziert. Überträge auf das Finanzjahr 2003: Wegen Verzögerung bei Baufortschritten und anderen Begründungen waren in Gesamthöhe von 9,94 Millionen Euro erforderlich. Bei den Rücklagen ist ein Zugang von 560.000,-- Euro zu verzeichnen, wobei diese am

Ende des Jahres 9,92 Mio. Euro betragen haben. Ich darf diese Summe auch in Erinnerung rufen, die 2000 noch dort gestanden ist. Damals waren es noch an Rücklagen 11,2 Mio. Euro. Vom Land erhielten wir im Vorjahr an Zuweisungen und Zuschüssen insgesamt 5.780.000,-- Euro, mussten aber andererseits Beträge an das Land in Höhe von 12.900.000,-- Euro überweisen. Also mehr als das Doppelte was wir bekommen haben musste wieder an das Land abgeführt werden. Also eine Entwicklung, das muss man auch immer wieder deutlich sagen, die in zunehmendem Maße das Stadtbudget belastet.

Nachdem ein Teilbereich dieser Vorlage des Rechnungsabschlusses auch eine Bilanz der Stadtwerke beinhaltet, möchte ich einige Sätze dazu verlieren und Folgendes feststellen. Es handelt sich, so wie in den letzten Jahren, um eine kamerale Darstellung von Summen vonseiten der Stadtwerke um den Anforderungen des Rechnungsabschlusses gerecht zu werden. Eine steuerliche Bilanz wird so wie jedes Jahr im Herbst dem Verwaltungsausschuss und dann in weiterer Folge dem GR zur Beschlussfassung vorgelegt. Aus dieser Bilanz ist dann auch erkennbar, wie es in den einzelnen Teilbetrieben ausgesehen hat, wie die wirtschaftliche Entwicklung, wie gesagt, in den einzelnen Betrieben sich im Jahr 2000 dargestellt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf sie beruhigen, ich komme zum Schluss. Ich darf noch feststellen, dass viel, was in diesem Budget 2000 festgeschrieben wurde, auch mit den Stimmen der freiheitlichen GR-Fraktion im Interesse der Bürger unserer Stadt beschlossen und umgesetzt wurde, dass es aber andererseits auch, und ich habe bereits darauf hingewiesen, Bereiche gegeben hat, und man kann durchaus sagen, dass es viel gegeben hat was von der FPÖ-Fraktion eingebracht wurde zu diesem Budget 2002, und was schlussendlich auch der Grund der Zustimmung und einer Vereinbarung zwischen der Mehrheitsfraktion SPÖ und FPÖ war, zur Zustimmung dieses Budgets, nicht umgesetzt wurde. Das ist auch der Grund dafür, warum wir und jetzt bei der Abstimmung, so wie im Stadtsenat, der Stimme enthalten werden. Ich danke ihnen für die Aufmerksamkeit.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, Roman, zu deinen Ausführungen, es ist klar, es ist viel nicht erreicht worden, das ist ganz klar, auch darauf zurückzuführen, dass ja das Gesamtverkehrskonzept bei der Firma Stickler in Auftrag gegeben wurde und wir haben erst vor kurzem miterleben müssen, oder erst vor einigen Monaten miterleben müssen, dass genau in diesem Bereich der Hauptwissensträger für dieses Projekt leider Gottes verstorben ist und wir aber stark darauf gedrängt haben und das war auch stark die Initiative vom Herrn Vzbgm. Dr. Pfeil, der als zuständiger Verkehrsreferent für diesen Bereich sehr große Initiativen gesetzt hat, dass der ruhende Verkehr untersucht worden ist und dass da schon wesentliche Vorarbeiten gemacht wurden, und dass diese Vorarbeiten jetzt so weit sind, dass wir auch konkret einmal wissen, wo soll das zukünftige Parkdeck in Steyr hinkommen. Ich glaube, dass wir dann die nächsten Arbeiten zügig vorantreiben können. Sonst muss ich sagen ist das Rechnungsjahr 2002 sicher ein sehr positiver Abschluss und ich glaube, dass wir mit den Rücklagen von 9,92 Mio. Euro auch für die Zukunft ein Reservoir an Geld haben, das wir für vernünftige Dinge für die Stadt Steyr verwenden können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, GAL, 1 FPÖ (GR Fürweger). Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? 7 FPÖ. Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem dritten Antrag geht es um den sogenannten elektronischen Akt, um die Einführung des ELAK im Magistrat Steyr. Es hat auf diesem Gebiet ja schon umfangreiche Vorarbeiten gegeben. Ich verlese den Antrag.

3) GHJ1-2/03 Einführung des ELAK am Magistrat Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion – EDV vom 12. Juni 2003 wird folgender Auftrag vergeben:

Vergabe des Auftrages lt. ELAK-Ausschreibung an die Bietergemeinschaft Add IT und Siemens zum Preis vom € 117.399,60 für die erste Phase im Rahmen des Voranschlags 2003 und für die zweite Phase zum Preis von € 47.968,80 im Rahmen des Voranschlags 2004.

Die entsprechenden Beträge für die Software in der Höhe von € 117.399,60 inkl. USt. sind im Voranschlag unter der VASSt. 5/0160/728810 vorgesehen.

Gleichzeitig wird der Magistrat der Stadt Steyr ermächtigt die nötigen Softwarewartungsverträge zum Preis von € 107,-- pro benötigtem Arbeitsplatz abzuschließen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 135.000,-- notwendig, die damit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich bitte den Gemeinderat diesem Antrag zuzustimmen, weil ich der Meinung bin, dass wir uns genau mit diesem elektronischen Akt auf dem richtigen Weg befinden, sodass wir unsere Verwaltung im Magistrat Steyr wesentlich besser und wirtschaftlicher organisieren können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Hundeabgabenverordnung der Stadt Steyr. Jetzt ist leider der Herr Vzbgm. Dr. Pfeil nicht hier, aber ich nehme an, dass er den Antrag ja sehr gut kennt und dass er sich mit diesem Antrag bereits im StS auseinandergesetzt hat.

Es geht um Folgendes: Durch das neue Hundehaltegesetz hat sich eine notwendige Veränderung bei unserer Verordnung ergeben und zwar die Erhöhung für den zweiten Hund ist nicht mehr kompatibel mit dem neuen Hundehaltegesetz, sodass wir diese Hundeabgabenverordnung verändern mussten. Ich bitte diesem Antrag zuzustimmen.

4) GemHun-1/00 Hundeabgabeordnung der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Steuerangelegenheiten vom 28. Mai 2003 wird die in der Anlage beigeschlossene Hundeabgabeordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Die Kundmachung dieser Verordnung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.g.F., durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen. Die Verordnung tritt mit 1. 7. 2003 in Kraft. (Beilage).

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr verehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, der heutige Antrag zur Hundeabgabeverordnung der Stadt Steyr ist der einzige positive Aspekt vom Hundehaltegesetz 2002 und damit hat es sich auch schon. Ich habe selten ein Gesetz gesehen oder mitverfolgen dürfen, wo ich als Fachmann etwas verstehe, dass so von Widersprüchlichkeiten und Blödhheiten gespickt war und ist, wie dieses Hundehaltegesetz. Wir sprechen aber heute hier nur, und lassen sie mich kurz darauf eingehen, auf die Abgabenverordnung. Ich habe in diesem Hause, hier vor 10 Jahren, wie wir über die Hundeabgabeverordnung diskutiert und abgestimmt haben, damals schon hingewiesen, damals übrigens sehr mit Unterstützung der Grünen Fraktion, absurd ist, eine vermehrte Abgabe für einen Zweit- und Dritthund festzustellen und zu bestimmen und dass der Aufwand dann weit höher ist als der tatsächliche Gewinn. In etwa, im Durchschnitt, hat die Stadt Steyr aus dieser Bestimmung, ich lasse sie nicht schätzen, weil sie werden sicherlich weit daneben liegen, 1.500,-- Euro aus dieser Bestimmung lukriert. Da haben wir sehr lange diskutiert. Die Herrschaften, die mehr als einen Hund haben und nicht angemeldet haben, haben es nach wie vor nicht angemeldet und die werden wir auch mit der neuen Hundeabgabenverordnung nicht erreichen und auch mit dem neuen Hundehaltegesetz nicht erreichen.

Lassen sie mich ein paar Worte nur zum Hundehaltegesetz 2002 sagen, dass ja am 1. Juli diese Woche in Kraft getreten ist oder hätte sein sollen, weil es fehlen alle Voraussetzungen dafür, dass man dieses Gesetz exekutiert, weil es gespickt ist von Ungereimtheiten und gesetzlichen Blödheiten. Ich sage nur ein paar Geschichten, nur punktuell, ich habe einen ganzen Ordner voll, das geht von A bis Z.

Beißkorbpflicht: Ich war bei allen Hearings dabei, durfte dabei sein, aber alle Experten haben gesagt, eine generelle Leinen- oder Beißkorbpflicht ist tierschutzwidrig. Es kann niemandem zugemutet werden, dass jeder Hundehalter gezwungen wird, dass man auf irgendwelchen eingegrenzten Freilaufflächen täglich dreimal den Hund dorthin verbringt. Außerdem hat es bis jetzt noch keine Gemeinde geschafft auch Hundeauslaufflächen zu bestimmen. Vorgestern, glaube ich, war diese Fragestunde am Telefon wo auch LR Ackerl dabei war und er hat plötzlich, zu dem Erstaunen der Experten dort, einer Anruferin kund getan, dass das eh nicht so wird. Er wird jetzt eine Verordnung erlassen, ich habe das nur aus der Zeitung, dass die kleinen Hunde jetzt von dieser Verordnung, Leinen- oder Beißkorbpflicht, ausgenommen werden sollen. Bitte schön, ja genau das wollten wir nicht. Was ist ein kleiner Hund? Jeder hat da unterschiedliche Auffassungen dazu und wann passt der Beißkorb und wann passt er nicht. Nebenbei die ganze Durchführungsverordnung, obwohl man über ein Jahr Zeit gehabt hat dazu, ist erst am 16. Juni d. J., also nicht einmal 14 Tage vorher, erlassen worden. Eine völlige Ungereimtheit, wie gesagt, eine punktuelle Geschichte, die Anmeldung von einem Hund ist jetzt nach der neuen Bestimmung des öö. Hundehaltegesetzes binnen einer Woche Vorschrift. Nach dem Tierseuchengesetz, das ist immerhin ein Bundesgesetz, und die Leute haben sich dabei etwas gedacht, sind es drei Tage, obwohl Fachleute immer darauf aufmerksam gemacht haben. Man hat hier keinen Konsens gefunden. Ich weiß nicht, welche Behörde jetzt nach welchen Vorschriften prüft und anmelden lässt. Dann eine besondere Feinheit ist der sogenannte Sachkundenachweis. Jetzt muss jeder, der einen Hund anmelden will, seit 1. Juli, einen Sachkundenachweis geben oder erbringen. Es gibt in ganz OÖ., obwohl die Vorbereitungszeit wirklich nicht kurz war, keine einzige Stelle wo man derzeit einen Sachkundenachweis machen kann. Es sollen mehrstündige Kurse angeboten werden, der Kurs muss mehrstündig sein, es muss immer ein Tierarzt sein und ein Kynologe, also ein Hundeausbilder. Aber die Tierärztekammer hat sich zurückgezogen, weil eben dieses Gesetz undurchführbar ist. Ich bin schon gespannt, wie sie das machen. Vor allen Dingen, wir haben gestern einen Fall gehabt, was ist jetzt, ich meine der Teufel liegt ja im Detail, es hat jemand 5 Jahre in Steyr gewohnt und jetzt übersiedelt er nach Garsten. Er war 5 Jahre ordnungsgemäß in Steyr gemeldet und er möchte jetzt den Hund bei der BH in Garsten anmelden. Sagt er, geht nicht. Ohne Sachkundenachweis geht das nicht. Was macht er mit dem Hund? Er möchte im Rahmen des Gesetzes bleiben, er hat aber keine Chance im Gesetz zu bleiben. Ich meine, es wird eh nicht überprüft. Dieses Gesetz ist nicht überprüfbar, auch nicht exekutierbar, weil sich auch exekutive Polizei, Gendarmerie, die dürfen das öö. Hundehaltegesetz nicht kontrollieren, weil sie die Ermächtigungsverordnung nicht haben. D. h., wir haben zwar jetzt ein Gesetz, aber wir in Österreich, es wird alles überreglementiert, aber Hauptsache es steht irgendwo. Das Lustigste dabei ist ja, ich meine wir haben, und da appelliere ich wirklich immer wieder an die Hundehalter, bisher alle Bestimmungen gehabt, die ein geordnetes Leben zwischen Hundehalter und Nichthundehalter führen. Natürlich gibt es ein Problem, wenn hier am Ennskai, an der Joggerstrecke, freilaufende Hunde sind, das ist überhaupt keine Frage, dass das für mich ein Problem darstellt, da gehört etwas geregelt. Das haben wir auch in Steyr, wenn sie sich erinnern können, vor 10 Jahren ca., haben wir die Verordnung gemacht, dass in Steyr in bestimmten Gebieten Leinenverpflichtung ist. Nur die Überprüfung hat sehr wenig gebracht, weil es einfach nicht überprüft worden ist. Ich weiß von keinem Fall, dass irgendjemand angemahnt oder bestraft worden wäre, wenn er im Zentrum, am Stadtplatz oder Münichholz den Hund ohne Leine geführt hätte.

Ein ganz großes Manko ist auch, die Absicht dieses Gesetzes war ja, dass man Hundebisse weiter vermindern hilft. Das war ja Anlass vor drei Jahren in Hamburg, dieser Angriff von Pitbulls an Kinder, wo zwei Kinder gestorben sind, war ja Anlass dieser ganzen Debatte. Aber auch nach Aussage vom Leiter der Polizeiabteilung in Linz, Hindinger, auch er sagt, es wird kein einziger Biss mit diesem Gesetz weniger werden. Das ist ja eine Aussage. Das Problem sind die nichtangemeldeten Hunde. Natürlich in Städten viel mehr als im eher ländlichen Raum. In Wien ist die Dunkelziffer bei 50 %. Von Steyr habe ich keine Zahlen, da kann ich nur schätzen, ich sage es aber nicht. Dieser schwarzen Schafe hätte man leicht habhaft werden können, nämlich, dass alle, wie vorgeschlagen von den Experten, einen Chip implantiert bekommen. Dann ist jeder Hund leicht überprüfbar, wer ist welcher Hund, das tut dem Hund nicht weh und dann ist jeder Hund überprüfbar und jeder Besitzer identifizierbar. Da hat man sich geweigert das zu machen und hat auf eine nebulöse Bestimmung der EU, die dann irgendwann einmal kommen wird, in einigen Jahren, aber das dauert immer sehr, sehr lang, hingewiesen und hat das nicht getan.

Also, abschließend darf ich noch einmal sagen, ich habe selten in meiner 12-jährigen Tätigkeit, im Rahmen der Politik, eine Gesetzesvorlage oder ein beschlossenes Gesetz, es nicht bei von allen vier

Fraktionen einstimmig beschlossen worden, ich denke, weil es sich niemand angeschaut hat im Detail und weil sie auch nicht auf Fachleute gehört haben, im Landtag, weil sogar LR Ackerl hat gesagt, seine Freunde raten ihm, diese Gesetzesvorlage nicht einzubringen. Ich habe gesagt, Herr Landesrat, hören sie auf ihre Freunde. Er hat es leider nicht getan und so haben wir dieses Gesetz hier auf dem Tisch. Aber zur Beruhigung, es wird sich nichts ändern. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr Dr. Pfeil, herzlichen Dank für ihre Fachauskünfte zu diesem Thema. Ich wundere mich natürlich immer nur, es gibt immer wieder Expertenrunden die beisammen sitzen, wo sich offensichtlich aber die Experten dann nicht durchsetzen können. Das ist für mich eine ganz eigenartige Vorgangsweise. Im Prinzip muss man für die Stadt Steyr sagen, dass es ja eine gültige Verordnung gibt, das ist ja eindeutig festgehalten. Ich möchte eigentlich als Bürgermeister nur aufrufen an die Eigenverantwortlichkeit der Hundehalter, weil ich glaube, dass es ganz wesentlich ist, wie sich der einzelne Hund verhält. Ich gebe dir Recht, dass sicher mit diesem Gesetz die Bisse nicht weniger werden und dass auch das Ganze nicht exekutierbar ist. Wir werden genauso mit Verschmutzungen in der Stadt rechnen müssen wie in der Vergangenheit, weil es wahrscheinlich keinen geben wird, der entsprechende Strafen zu diesem Thema ausspricht, weil es noch nicht einmal eine entsprechende Verordnung dazu gibt. Aber wir sprechen ja jetzt eigentlich über ein ganz anderes Thema, wir sprechen über die Hundeabgabenordnung der Stadt Steyr, wo ja diese Besteuerung geändert wird, und ich bitte darüber abzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich komme zu meinem 5. Antrag und da geht es um die Einreihung der Aufschließungsstraßen im Bereich Pyrachstraße/Werndl Straße, im Bereich Aignergründe. Es geht um die Übernahme als Gemeindestraße für die Stadt Steyr. Da wird ja zur Zeit ein großes Bauwerk errichtet. Ich bitte auch um Zustimmung zu diesem Antrag weil es ja wahrscheinlich eine notwendige Straße ist.

5) BauR-1/03 Einreihung der Aufschließungsstraße im Bereich Pyrachstraße/Werndl Straße im Bereich Aignergründe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die in der Anlage beigezeichnete Verordnung betreffend die Einreihung der Aufschließungsstraße „Aignergründe“ als Gemeindestraße wird genehmigt. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Vzbgm. Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke Herr Bürgermeister für das letzte Wort, nämlich das sagt schon alles aus, eine wahrscheinlich notwendige Straße. Das ist genau der Punkt. Es ist in keinem Akt nachzulesen ob diese Straße überhaupt notwendig ist, denn seit 15 Jahren sagt jeder in Steyr, dort wird irgendwann einmal eine Aufschließungsstraße notwendig sein und jeder hat es vom anderen abgeschrieben, jetzt haben wir es endlich. Keiner hat eine Freude damit und wir werden uns der Stimme enthalten. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, das ist das eine Problem, das auch uns aufgefallen ist, aber bei dem ganzen Projekt gibt es ein viel größeres Problem, und ich glaube das ist der richtige Zeitpunkt, bei diesem Tagesordnungspunkt es auch anzusprechen. Ich weiß nicht, ob alle Anwesenden bereits die Möglichkeit gehabt haben, sich dieses Projekt von der Nähe her anzuschauen. Die meisten sind höchstwahrscheinlich vorbeigefahren. Ich rate auch, sich dieses Projekt von der Seite des Reithofferwerkes anzusehen, da sieht man nämlich, was für eine

städtebauliche Katastrophe dort passiert ist. Wer die Geschichte der Bebauung dieses Areals kennt, vom Wettbewerb beginnend bis heute, der weiß, dass das eine Aneinanderreihung von Unglücksfällen war und das Ergebnis steht jetzt vor uns, nämlich ein Bauwerk das wir uns 30 bis 40 Jahre anschauen müssen. Ich hoffe nur, dass es einigermaßen gefüllt wird. Die Geschichte ist jetzt einmal da, da können wir nicht mehr viel machen. Ich möchte auf einen Punkt schon sehr deutlich hinweisen, die Straße führt eben durch dieses Areal und darum gehört es dazu. Warum kann so etwas eigentlich passieren? Wir haben einen Wettbewerb, dieser Wettbewerb war schlecht vorbereitet. D. h., in Zukunft müssen Wettbewerbe besser vorbereitet werden. Die Ergebnisse aus diesem Wettbewerb sind meines Erachtens unbefriedigend und der Gestaltungsbeirat, der sich ja mehrmals mit der Einreichung auseinandersetzen hat müssen, hat uns das ja bestätigt. Ich erinnere, der Gestaltungsbeirat hat sich glaube ich dreimal, mindestens, das Projekt des ursprünglichen Projektanten vorlegen lassen. Dann hat die Stadt die Notmaßnahme getroffen, hat dem Betreiber einen Architekten bezahlt, wo wir alle damals Angst gehabt haben, bitte, wenn das eine Folgewirkung hat. Das ist aber nichts geworden, weil der Betreiber mit dem Architekten, der von uns bezahlt worden ist, genauso umgegangen ist wie mit der Thematik die eigentlich architektonisch gestellt ist. Aber was für mich das tatsächliche Problem ist, ist das, dass das Projekt eingereicht worden ist, dieses Projekt am Plan ganz anders ausgeschaut hat und dann bei der Ausführung uns jetzt so präsentiert wird, wie es ausschaut. D. h., es gibt meines Erachtens die Problematik von der Einreichung bis zur Fertigstellung, die laufende Baukontrolle, die Überprüfung ob jene ästhetischen und anderen Maßnahmen, die in der Einreichung noch drinnen waren, die dann nicht mehr umgesetzt werden, dass es auch eine laufende Kontrolle gibt. Wir können noch so schöne Wettbewerbe machen bzw. der Gestaltungsbeirat seine Anmerkungen abgeben, wenn das dann nicht umgesetzt wird. Noch einmal, ich glaube, und da stimmen mir auch die meisten zu, es ist kein Markenzeichen für unsere Stadt, wie sich dieses Areal derzeit repräsentiert und das wunderschöne städtische Gebäude ist jetzt verdeckt, genau das, was wir eigentlich nicht wollten. Es ist um ein Stockwerk zu hoch. Ich hoffe nur, dass man dann bei der weiteren Bebauung dieses Grundstücks, und da gibt es ja auch die ersten Projektanten die ja scheinbar jetzt ihre Projekte eingereicht haben, dass man da viel vorsichtiger und sensibler mit dem Areal umgeht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, es steht hier in diesem Gremium mit Sicherheit einem jeden frei, seine eigene, persönliche Meinung wiederzugeben. Wie weit wir fachlich dazu in der Lage sind beurteilend über Experten und Fachleute uns hier zu äußern, möchte ich einmal hier so in den Raum stellen. Ich glaube wir müssen aber schon ein bisschen die Leute die für uns arbeiten in Schutz nehmen. Wenn es heißt, dass dieser Wettbewerb schlecht vorbereitet wurde, dann glaube ich muss man das begründen und kann das nicht einfach in den Raum stellen. Weder die Jury hat sich diesbezüglich geäußert oder hat auch nur angemerkt, dass sie mit der Vorbereitung nicht zufrieden ist. Es waren sieben Teilnehmer an diesem Wettbewerb dabei. Ob sie jetzt damit glücklich sind was aus diesem Wettbewerb hervorgekommen ist, das ist eine andere Geschichte. Ich darf eines hier in aller Deutlichkeit sagen, weil wir das natürlich überprüft haben und ich habe es jetzt im Nachhinein noch einmal von der Fachabteilung überprüfen lassen, die Ausführung stimmt auf Strich und Komma bitte überein mit dem genehmigten Plan und der ist vom Gestaltungsbeirat genehmigt worden. Wie weit sie jetzt das Beurteilungsvermögen des Gestaltungsbeirates infrage stellen, das überlasse ich ihnen. Ich vertraue diesen Leuten.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr Vizebürgermeister zum 2.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, aber Herr Mayrhofer, sie waren ja gestern auch dabei, hier in diesem Raum, sie sind hier da gesessen, ich habe das auch gehört, hat ja der Gestaltungsbeirat unter anderem auch kurz noch Revue gezogen über vorhandene und derzeit in Bau befindliche Großbauten in Steyr und hat auch seinem Entsetzen Ausdruck gegeben über die Form und Weise der Verbauung in der Werndlstraße. Ich danke ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr Kupfer die 2.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich will nicht mehr recht viel dazu sagen, aber eines ist auch klar und das zeigt auch so die Geschichte des Gestaltungsbeirates bzw. wie wir mit dem Gestaltungsbeirat umgehen. Der Gestaltungsbeirat erfüllt, und das hat sich gestern besonders bewiesen, eine herausragende und eine außergewöhnlich wichtige Funktion für unsere Stadt. Nur wenn man den Gestaltungsbeirat dreimal oder viermal ein schlechtes Projekt hinlegt, dann verstehe ich auch den Gestaltungsbeirat, dass er irgendwann einmal sagt, eigentlich interessiert uns das überhaupt nicht mehr. Ihr seid nicht fähig, dass ihr einmal eine gescheite Architektur zusammen bringt, macht es halt selbst.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das glaube ich eigentlich nicht. Wünscht noch jemand das Wort? Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich habe zu dem Thema, zu diesem Bau, meine ersten Erfahrungen gesammelt. Ich bin gerade als Vizebürgermeister ins Rathaus gekommen, wie ich dann von diesem Projekt gehört habe und wie das Ganze dann auch diskutiert worden ist und wo der Betreiber dieses Baus ja auch massiven Druck auf meinen Vorgänger ausgeübt hat, dass er das endlich bauen kann. Man muss wirklich sagen, der hat einen, ich sage einmal, einen minderwertenden, einen Haus- und Hofbaumeister mit der Architektur dieses Hauses beschäftigt. Er ist aufgefordert worden, eben einen besseren Architekten für dieses Projekt heranzuziehen. Bürgermeister Leithenmayr hat sich auch breitschlagen lassen und hat gesagt, ja, wir machen das ausnahmsweise. Es ist dann ein öö. Architekt herangezogen worden und der hat das dann neu geplant. Ich muss Herrn GR Kupfer auch Recht geben, wenn ich da vorbeifahre bei diesem Haus, gefällt es mir auch nicht. Aber es ist so genehmigt und so bewilligt worden und ich habe genauso wie der Herr StR Mayrhofer das noch einmal überprüfen lassen, weil mich der Herr Architekt Falkner darauf aufmerksam gemacht hat, dass im Zusammenhang mit dem Reithoffergebäude diese Baumaßnahmen, die dort getroffen werden, nicht in Ordnung seien und ich habe das überprüfen lassen und es ist tatsächlich alles in Ordnung und es ist alles nach den Plänen und nach Bescheid gebaut worden, bisher. Also, es ist halt so. Wir müssen uns leider damit abfinden. Vielleicht nur eine ganz kurze Bemerkung noch zum Thema Gestaltungsbeirat. Auch unter den verschiedenen Besetzungen des Gestaltungsbeirates gibt es verschiedene Sichten. Das ist halt so. Momentan haben wir das Glück, dass wir einen Gestaltungsbeirat haben, der wirklich sehr, sehr gut besetzt ist und auch sehr gute Leute drinnen sind, die eingehen auf die Bürger und die Bürgerinteressen. Ich habe auch den vorherigen Vorsitzenden gut kennen gelernt, der eher diktatorisch und eher herrschsüchtiger war. Das war halt so. Damit müssen wir aber als Stadt auch leben und wir können das Haus nicht mehr wegdiskutieren. Es ist da und es ist auch behördlich genehmigt. Das nur zu dem Gebäude.

Ich bitte um die Abstimmung zum Thema Übernahme dieser Aufschließungsstraße.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir gehen jetzt wieder zum Antrag zurück, der eigentlich die Straße betrifft. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, 1 FPÖ (GR Fürweger). Wer ist dagegen? Niemand. Wer übt Stimmenthaltung? 7 FPÖ, 1 GAL (GR Kupfer).

Danke, nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Beim nächsten Punkt geht es um eine Betriebsansiedlung im Wirtschaftspark Stadtgut Steyr. Die Firma Steyr Motors hat ja mit Kaufvertrag vom 11. 11. 2002 einen Grund gekauft im Ausmaß von 8.118 m² sowie eine Option auf 5.760 m². Es wurde dort bereits ein Betriebsgebäude errichtet und es ist morgen die Eröffnung dieses Betriebes und es werden ca. 30 Mitarbeiter in dieser Firma beschäftigt. Es ist Gott sei Dank so, dass eine Firma, die ja Steyr vor Jahren verloren gegangen ist, die Firma ECS aus St. Valentin, wieder nach Steyr zurückwandert. Ich bin sehr froh darüber, dass wir wieder zusätzliche Arbeitsplätze in der Stadt Steyr haben, weil wir gleichzeitig auch wieder Kommunalsteuer lukrieren können, wenn auch der Fördervertrag natürlich dahingehend ausgelegt ist, dass ja entsprechende Nachlässe in Form einer Wirtschaftsförderung dieser Firma zugestanden werden. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

6) Fin-228/01 Ansiedlung der Fa. Steyr Motors im Wirtschaftspark Stadtgut Steyr; Gewerbeförderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 17. Juni 2003, wird der subventionsweisen Refundierung in Form einer Wirtschaftsförderung in Höhe von 70% des Kommunalsteueraufkommens für den Rest des Jahres 2003 und die Jahre 2004 – 2008 bis zu einem Betrag von maximal € 189.000,- zugestimmt. Die Abwicklung erfolgt in der im Amtsbereich dargestellten Form. Dem Abschluss einer entsprechenden Förderungsvereinbarung wird zugestimmt.

Zu diesem Zweck werden bei VASt. 5/782000/755000 Mittel in der Höhe von € 14.000,-- für das Rechnungsjahr 2003 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung. Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es wieder um eine Firma die sich im Stadtgutbereich ansiedeln möchte, die Firma Burg Design. Da geht es um den Abschluss eines Baurechtsvertrages, um den Abschluss eines Optionsvertrages und um den Abschluss einer Fördervereinbarung. Wir sprechen hier von insgesamt 40.000m² wobei das in zwei Schritten geschehen soll. Es geht hier um die Zulieferindustrie für die Autoindustrie. Ich glaube, dass das für die Stadt Steyr eine sehr positive Entwicklung ist, dass wir diese Firma Burg Design nach Steyr holen konnten, d. h., die Firma war ja schon in Steyr, hat einen Standort in Haidershofen und einen Standort in Molln und alle diese drei Standorte werden dann konzentriert im Stadtgutareal angesiedelt und es gibt eine Investition in der Höhe von 9 Mio. Euro. Es ist geplant, dass dort 130 Beschäftigte ihre Arbeit finden werden, wobei die Aussicht in der Zukunft sehr, sehr gut scheinen, nachdem ja fixe Verträge mit der Autoindustrie bereit vorliegen. Die Firma will bereits zum Jahresende fertig sein und will die Serienproduktion bereits im März des nächsten Jahres in diesem Bereich starten. Ich bitte diesem Antrag zuzustimmen.

7) ÖAG-7/03 Burg Design GmbH; Abschluss eines Baurechtsvertrages über das Grundstück 410/6, Grundbuch Gleink, einer Optionsvereinbarung sowie eines Förderungsvertrages.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 16. Juni 2003 wird dem Abschluss eines Baurechtsvertrages, einer Optionsvereinbarung sowie einer Fördervereinbarung mit der Firma Burg Design GmbH zur Errichtung eines neuen Geschäftsgebäudes im Areal des Wirtschaftsparkes Stadtgut entsprechend den beigeschlossenen Vertragsentwürfen zugestimmt. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, etwas überrascht waren wir schon, dass wir zwar zwischenzeitlich während dieser Verhandlungen zwei Sitzungen des Finanz- und Rechtsausschusses gehabt haben und hier mit diesem Fall nicht befasst wurde, sondern dass das anscheinend Direktverhandlungen des Bürgermeisters waren und wir erst jetzt, im Zuge der Abstimmung im Stadtsenat und im Gemeinderat, damit konfrontiert wurden. Ich begrüße natürlich, überhaupt keine Frage, eine jede Unterstützung, die es ermöglicht, dass Arbeitsplätze hier in Steyr geschaffen werden. Noch dazu, wenn es aus einem benachbarten Bundesland ist und es möglich macht, dass sich die hier in OÖ ansiedeln. 130 zu Beginn, sind doch eine sehr erkleckliche Anzahl, wenn man sich unsere Arbeitslosenstatistik anschaut und vor allem die Aussicht auf zukünftige Arbeitsplätze sind sicher so, dass man diese Ansiedelung unterstützen soll. Ich hoffe, dass bei zukünftigen Förderungen eine ähnliche Förderkulisse auch für andere Mittelbetriebe gemacht wird, wie es hier der Fall ist, weil die Förderung ist natürlich schon sehr hoch. Gut, aber wir möchten das natürlich auch in Zukunft für andere private Investoren die sich hier ansiedeln. Wir gehen allerdings hier mit diesem Vertrag ein bisschen ab von unserer bisherigen Linie. Erstens einmal verlassen wir den Weg eines Verkaufs und nehmen ein Baurecht hier zur Kenntnis. Wir geben praktisch mit einer Mietzahlung ein zinsloses Darlehen. Auch das ist vielleicht eine Form für die Zukunft und für andere Interessenten durchaus anzuwenden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man das nur bei einem macht und bei den anderen

dann nicht. Was mich aber viel mehr überrascht ist, dass wir uns nichts vorbehalten was gegen eine anderweitige Verwertung spricht. Alles in Ordnung, wenn es so gemacht wird, wie es jetzt skizziert wird. Was ist aber dann, wenn sich das Ganze z. B. zerschlägt, wenn es heißt, ich übergebe die Option die ich habe? Wir reden hier immerhin bitte von einem Drittel des gesamten Gewerbeareals dort oben. Wir reden von 63.000 m². Was passiert wenn er nur seine Fabrik baut und die restliche Option gibt er einem gewerblichen Nutzer, wie es im Vertrag auch angeführt ist? Dann bekommt er den Preis, die Option z. B. mit 1,40 pro m² und nach 20 Jahren kann er das Kaufrecht einlösen, dann hat er es praktisch erworben mit 20-jährigen Raten die zinsenlos berechnet sind. Vor drei Jahren ungefähr, hat sich die Firma Eckelt beworben um ein Grundstück in diesem Stadtgutareal. Zur Erinnerung nur, die Firma Eckelt hat 350 Mitarbeiter und hat überlegt, einen neuen Betriebsstandort hier zu machen. Es wurde abgelehnt mit dem Hinweis, weil die wollten eine Optionsfläche für 40.000 m², man hat das abgelehnt weil man gesagt hat man will nicht einem Einzelnen ein so großes Stück geben. Ein Gewerbegebiet soll vorbehalten sein der mehreren kleinen. Ich habe heute noch einmal beim Herrn Kommerzialrat Forstner nachgefragt, ob das tatsächlich so war. Er sagte ja, mittlerweile haben sich unsere Überlegungen eines Neubaus zerschlagen, aber zum damaligen Zeitpunkt war das so. Dann habe ich natürlich ein bisschen nachgefragt und nachgeforscht und dann habe ich eines gesehen, wir haben all, wir, wie wir hier herinnen sitzen, im Juni 2000 die Rahmenbedingungen festgelegt, die wir einhalten müssen, wenn wir Grundstücke verkaufen. Hier ist unter dem Punkt 2/6, Grundverkauf Grundsatzbeschluss drinnen: „Neben dem festgelegten Kaufpreis hat sich die Stadt in den abzuschließenden Kaufverträgen das Vor- und Wiederkaufsrecht an den veräußerten Liegenschaftsteilen vorzubehalten. Dies deshalb, da die Grundstücksinteressenten entsprechende Konzepte der BIP Steyr GmbH vorzulegen haben, bei deren Nichterfüllung die Stadt das Recht haben soll die Grundstücke wieder, gegen Rückzahlung des vereinbarten Kaufpreises, in ihr Eigentum zu übernehmen. Damit soll sichergestellt werden, dass der Gesamterfolg des Wirtschafts- und Dienstleistungsparks Rechnung erreicht wird.“ Ganz klar, wir haben einen Beschluss, dass wir bei sämtlichen Kaufverträgen uns ein Vor- und Wiederverkaufsrecht sichern müssen. Das ist hier in dem jetzigen Antrag nicht berücksichtigt, obwohl der Vertragsverfasser derselbe ist. Ich ersuche diesen Punkt einzubringen und das nachzuholen, weil ansonsten besteht der Stadt eventuell ein gewaltiger Nachteil.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich würde eine Sitzungsunterbrechung beantragen, dass wir uns zur Beratung zurückziehen können. Ist das in eurem Sinne? Danke, dann unterbrechen wir die Sitzung.

SITZUNGSUNTERBRECHUNG VON 15.07 UHR BIS 15.43 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, wir fahren mit der Sitzung fort. Wir werden diesen Tagesordnungspunkt aussetzen. Es wird einen Zusatzantrag geben, damit wir uns das Wiederverkaufsrecht absichern. Der wird uns dann jedem überreicht werden. Wir gehen inzwischen zum Tagesordnungspunkt 8).

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

In Pkt. 8) geht es um eine Resolution an den Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel und an die Frau Bundesministerin Dr. Elisabeth Gehrler.

8) Präs-461/03 Resolution an Dr. Schüssel und Dr. Gehrler wegen geplanten Bildungsabbau durch massive Stundenkürzungen im Schulbereich.

In Ansehung dieser Tatsachen möge daher der GR der Stadt Steyr nachstehende

Resolution

an Herrn Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel und Frau Bundesministerin Dr. Elisabeth Gehrler beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr fordert die Österreichische Bundesregierung auf, im Interesse der Sicherung der Ausbildung aller jungen ÖsterreicherInnen von den geplanten Maßnahmen im Bildungsbereich Abstand zu nehmen und fordert anstatt dessen:

- a) kleinere Klassen
- b) individuelle, intellektuelle und soziale Betreuung in der Klassenvorstandsstunde

- c) Schwerpunktsetzung zur Förderung der SchülerInnen dort, wo ihre Interessen und Begabungen liegen
- d) die Ermöglichung der Oberstufenreform im Rahmen der Schulautonomie
- e) Unverbindliche Übungen zur Förderung der neuen Technologien, der Kreativität und der Freude an Bewegung
- f) eine Lehrkörper-Struktur, in der die SchülerInnen nicht nur von alt gedienten, sondern auch von jungen LehrerInnen unterrichtet werden.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr verwehrt sich daher

- a) gegen völlig planloses Streichen von Unterrichtsstunden (dies entspricht insgesamt rund einem halben Schuljahr von der 1. Klasse bis zur Matura) seitens der Bundesministerin
- b) gegen die Streichung von Wahlpflichtgegenständen, die eine individuelle Schwerpunktsetzung je nach Interesse der Oberstufen-Schülerinnen ermöglich(t)en
- c) gegen die Rechtsunsicherheit, die Maturabestimmungen für nächstes Schuljahr betreffen
- d) gegen die Zerschlagung gewachsener schulautonomer Lehrpläne (z. B. Französisch ab der 3. Klasse)
- e) gegen eine aus der Stundenkürzung resultierenden Oberstufen-Studentafel, die schulautonome Schwerpunkt-setzungen unterläuft
- f) gegen die Ausgrenzung junger Kolleginnen und die daraus folgende zunehmende Überalterung der Lehrkörper
- g) gegen die Kürzung der unverbindlichen Übungen um ein Viertel
- h) gegen Klassen mit bis zu 36 Kindern, in denen individuelle Förderung und Unterstützung unmöglich gemacht werden.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr tritt für ein Bildungssystem mit Zukunft und daher gegen eine Budgetsanierung auf Kosten der Bildung und auf Kosten der jungen Generation ein.
Ich bitte um Diskussion bzw. Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen im Gemeinderat. Es ist ein sehr seltsamer Antrag, was heute hier vorliegt. In der Sache selbst, sind wir natürlich inhaltlich voll dafür, dass unsere Kinder die bestmögliche Ausbildung bekommen, die möglich ist. Das Ausbildungssystem in Österreich ist weltweit anerkannt und soll auf alle Fälle nicht nur gehalten, sondern auch wenn möglich verbessert werden. Insofern stimme ich vollinhaltlich den Überlegungen bei, nicht bei der Erziehung unserer Kinder, bei Stundenkürzungen, anzufangen, sondern das ganze System zu überdenken. Was ist passiert? Es gibt hier ein Schreiben der Lehrgewerkschaft vom Gymnasium Werndlpark und vom Gymnasium Michaelaplatz an den Herrn Bürgermeister, er möge doch so nett sein, beiliegende Resolution der Lehrer oder der Lehrervertretung im Gemeinderat mit der Wichtigkeit des Gemeinderates beschließen zu lassen und eine Resolution an die Frau Bundesminister Gehrler zu schicken. Man denkt, das ist eine Sache die alle interessiert. Was macht der Herr Bürgermeister? Er schreibt dann drauf, das geht an den Herrn Dr. Alphasamer um Stellungnahme. Herr Dr. Alphasamer schreibt dann in seiner Stellungnahme was damit passieren soll. Ich lese es jetzt nur auszugsweise vor: Grundsätzlich ist die Beschlussfassung einer derartigen Resolution problemlos in der nächsten Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 3. Juli 2003, möglich. Es stellt sich allerdings die Frage, ob zeitlich gesehen die Einbringung einer Resolution Anfang Juli nicht bereits als verspätet erscheint, da allfällige Beschlussfassungen durch die Bundesregierung bereits früher erfolgen könnten. Alternativ dazu wäre es ebenso denkbar, eine Resolution des Stadtsenates zu beschließen, da durch den 14-tägigen Sitzungsrhythmus des Stadtsenates eine zeitnähere Beschlussfassung möglich wäre. Das war am 28. Mai 2003. So, was macht dann der Herr Bürgermeister mit dem Ganzen? Er macht aus dem Ganzen einen SPÖ-Antrag. Wir haben Fraktionsobmännerbesprechung gehabt, wir haben alles gehabt. Das wäre natürlich Konsensmaterie so etwas. Das ist überhaupt keine Frage. Ohne, dass am Montag in der Fraktionsobmännerbesprechung nur ein Sterbenswörtchen gesagt worden wäre, steht plötzlich SPÖ-Antrag darauf und dann will man die Zustimmung der anderen Fraktionen erreichen damit. Also, ich halte das für eine Missachtung der Lehrgewerkschaft, von beiden Schulen, und auch die Lehrervertretungen. Ich habe vorgestern mit ihnen gesprochen. Ich hoffe, sie haben sie angerufen. Sie haben gesagt sie werden sie anrufen, werden sich auch beschweren darüber, weil sie wollen nicht für eine Partei vereinnahmt werden. Man kann zu dieser Reform stehen wie man will. Ich habe

überhaupt keine Freude mit Stundenkürzungen als Vater von 4 Kindern, wobei jetzt zwei maturiert haben. Ich habe überhaupt keine Freude damit. Ich halte diese Vorgangsweise für schlecht. Ich sage es ausdrücklich. Das sind schon SPÖ-Gemeinderäte, die da hinten draufstehen? Schon. Ich vermisse auch, und das sage ich durchaus kritisch, die alternativen Vorschläge seitens des Lehrkörpers. Mir gefällt nur ein Satz nicht bei dieser Resolution, ansonsten kann ich diesem durchaus zustimmen, könnte ich, ich werde es nicht tun, das ist, dass man altgediente Lehrer sowieso, ich weiß nicht wohin, am liebsten in die Versenkung schicken würde. Gerade erfahrene Pädagogen, glaube ich, haben sehr viel erreicht und werden für unsere Kinder weiterhin noch sehr viel erreichen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Frau GR Koppensteiner hat sich zu Wort gemeldet.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich finde es gut, dass Schule im Gespräch ist. Allerdings weniger, dass man mit, zum Teil polemischen, zum Teil falschen Aussagen Forderungen nicht gemeinsam formuliert und da bin ich bei ihnen. Ich habe auch mit dem Kollegen Klausberger gesprochen, von dem ich annehme, dass er sehr viel von Schule versteht, auch mit den Gesetzestexten gut umgehen kann, denn ich möchte nur zu einigen etwa sagen. Es steht hier massive Stundenkürzungen. Jedem ist sicher bekannt, nicht die Quantität entscheidet über die Qualität. Immer wieder wird gerne Finnland zitiert. Österreichs Pflichtschüler haben 1.148 Jahresstunden. Finnland hat um 340 Stunden weniger. Weiters zur Entlastung der Schüler, eine wirklich langjährige Forderung, und nicht nur eine Forderung von Lehrern, von Gewerkschaftern, sondern auch von Politikern, von Jugendorganisationen erst in letzter Zeit, ich erinnere an die Schülerunion, die Gewerkschaftsjugend, die Grüne Alternative Jugend, die Abgeordnete Schasching, und, und, und. Ich könnte hier aufzählen wer noch, 2002 und letzte Aussage 14. 3. 2003 die Stunden müssen gekürzt werden. Weiters, eine Steigerung der Qualität des Unterrichts, und das sagt kein geringerer als Max Frisch, einer der anerkanntesten Jugendpsychiatoren, überhaupt den es gibt. Er sagt: „Die Steigerung der Qualität des Unterrichts durch neue, zukunftsorientierte Vermittlungsmethoden und die Konzentration an die Kerninhalte, sind wichtige Beiträge zur Entlastung der Schülerinnen und Schüler.“ Weiters, wenn es hier heißt, Pkt. f) die Schüler haben ein Anrecht nicht nur von altgedienten, sondern auch von jungen Lehrern unterrichtet zu werden, aus dem Bereich Steyr, in den letzten zwei Jahren wurden 11 Prozent Junglehrer angestellt. Nächster Punkt, gegen planloses Streichen. Weder die Frau Minister Gehrler noch ein Landesschulrat noch ein Herr Direktor, kann, soll oder darf planlos streichen, sondern es wurde in die Autonomie der Schule übergeben und das Wort Autonomie kommt einige Male vor, d. h. also, plötzlich soll Autonomie nicht mehr gelten. Dann heißt es weiter unten, dass es da gegen Rechtsunsicherheiten geht usw. Hätte der Herr Mag. Klausberger das unterschrieben, wüsste er, dass bis 2004 eine gesicherte Rechtsgrundlage zur Durchführung da ist. Nächster Punkt, wo es heißt, der Gemeinderat der Stadt Steyr, das ist auf der letzten Seite als allgemeiner Satz, tritt für ein Bildungssystem mit Zukunft und daher gegen eine Budgetsanierung auf Kosten der Bildung und auf Kosten der jungen Generation ein. Seit 2002 ist das Bildungsbudget auf insgesamt 14,5 % des Gesamtbudgets gestiegen, und zwar von 2002 an von 11,8 auf 14,5 % des Budgets. Natürlich sind 2003 und 2004 zusammen, aber es ist trotzdem ein Unterschied von 2,9 % innerhalb von 2 Jahren. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster ist Herr GR Klausberger.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Hohes Präsidium, meine geschätzten Damen und Herren, nachdem ich mehrfach angesprochen wurde, darf ich gerne einiges aufklären. Zum 1., Frau Kollegin Koppensteiner, Max Frisch ...

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Friedrich!

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Friedrich?

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Ja genau.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Hörfehler, unsererseits, der Stephan und ich, haben Max Frisch gehört. Okay, passt, Friedrich, klarer Fall. Ich bin überhaupt der Meinung, dass es öfter gut wäre, einer Meinung zu sein hier im Saale, weil wir nach draußen dadurch glaube ich ein sehr positives Bild abgeben können und weil das heute die letzte Sitzung des Gemeinderates vor der Wahl ist, darf ich das als einer der Ältesten auch sagen, dass ich mit Freude und mit Dank festgestellt habe, dass wir uns nie in die Haare geraten sind in den letzten sechs Jahren und dass wir das auch heute sicherlich nicht tun werden. In sachlicher Hinsicht werden wir dort und da unterschiedliche Auffassungen haben dürfen.

Ich habe mir da jetzt notiert, alternative Vorschläge der Gewerkschafter werden vom Kollegen Pfeil vermisst. Im Gegenteil, es sind natürlich Schwerpunktsetzungen gefordert, die die Schüler und Schülerinnen fördern. D h. also, das sind Alternativvorschläge wie man in Zukunft die Qualität des Unterrichtes, von der auch die Kollegin Koppensteiner gesprochen hat, verbessern könnte. Es gibt Resolutionen fast aller Schulen in Österreich, die hier Verbesserungsvorschläge drinnen haben. Alle Gewerkschafter, alle Personalvertretungen haben sich hier um Qualitätsverbesserungen bemüht. Wir sind alle gegen diese Stundenkürzungen, hast du gesagt, du wendest dich bloß gegen die Form wie das geschehen ist. Da darf ich zur Form einiges aufklären. Nachdem du mit dem Kollegen Brandstetter gesprochen hast, am Abend des Schulfestes im Gymnasium, hat er mich angesprochen das weiter zu geben. Ich habe meinem Kollegen, Fraktionsobmann Gerhard Bremm, das auch so gesagt, es wäre unser allgemeiner Wunsch, war dann Bremm's und meine Auffassung, dass alle Parteien hier herinnen diese Resolution mitunterschreiben und wir würden an die Kolleginnen und Kollegen herantreten das auch zu tun. Ich habe es leider auch zu spät erfahren, erst am Abend beim Gymnasiumsschulfest, ich war in der Fraktionssitzung nicht anwesend, sonst hätte ich das auch gerne dort gesagt. Aber liebe Leute, sind wir uns doch einig, wenn es wirklich nur um Formsachen geht, wenn die Inhalte okay sind, dann werden wir uns zusammenreden können, im traditionellen und gutem Stil. In der Sache sagen ja eigentlich alle, dass es okay ist. Ich könnte den Punkten durchaus noch, aus meiner Sicht, und aus der Sicht meiner Schule, viel hinzufügen, aber so wie das die Kolleginnen und Kollegen beider Gymnasien an den Bürgermeister geschrieben haben, so kann ich das als langjähriger Elternvertreter am Bundesgymnasium Werndlpark durchaus unterschreiben und auch für gut halten. Aber, geschätzte Damen und Herren, es ist nicht nur unser Standort, der ist besonders wichtig, so wie es in der Resolution angeführt ist, unser Schulstandort Steyr betroffen, unsere Schulstadt Steyr betroffen, von einer Qualitätsminderung, denn ein halbes Jahr weniger Unterricht, das werden sie mir doch zugeben, Frau Kollegin, bedeutet, dass man die Qualität mindert. Frau Kollegin Koppensteiner sie sagen Finnland. Ich glaube sie haben das ja auch alles bekommen. Der Kollege Skala ist Gewerkschaftsobmann der Bundessektion 14, also meines Bereichs, des berufsbildenden höheren Bereichs, das ist ein christlicher Gewerkschafter und sicher nicht verdächtig, hier mit mir in einem Boot zu sitzen, aber er hat einen Brief an die Frau Minister gerichtet, indem er sich empört darüber, dass diese Entscheidungen zu Stundenkürzungen mit falschen Zahlen untermauert worden sind. Da kommt dann die ganze, das kann ich ihnen nachher ja zum Lesen geben, wenn sie es noch nicht haben, nach einem OECD-Vergleich „Dichtung und Wahrheit“ hervor. Es stimmen die ganzen Zahlen hinten und vorne nicht, die das Ministerium angeführt hat und damit ist auch Finnland ein schlechtes Beispiel, denn wenn sie sich die Rahmenbedingungen im finnischen Schulsystem anschauen, dann haben sie Dinge, die bei uns nur erträumt werden können. Da heißt es z. B., die Klassenschülerzahl überschreitet in den seltensten Fällen 20. Bei uns sind es zum Teil 36. Also, ich meine, die Lehrer die dagegen protestieren, tun das sachlich gerechtfertigt. In Finnland gibt es Nachhilfe durch Speziallehrer. Also, das, was bei uns mit Kosten verbunden ist, dass man sich Nachhilfestunden zahlen muss am freien Markt, das gibt es in Finnland nicht. Es gibt keinen Unterrichtsentfall in Finnland dank Assistenzlehrern. Das muss man sich einmal vorstellen. Jeder Lehrer hat einen Assistenzlehrer wenn er krank ist oder auf Seminar ist. Finnland mit Österreich zu vergleichen, ist sehr, sehr schlecht. Das würde ich also nicht wählen. Scala hat das an die Frau Minister damals geschrieben, als diese Stundenkürzungsverordnung an der Tagesordnung war. Leider hat die Frau Minister bis heute diesen Brief nicht beantwortet. Es war halt so, dass die Lehrer an den beiden Gymnasien, aber auch an unserer Schule, an der HBLA, an der HTL, sehr verärgert waren über die Vorgangsweise, dass mit uns nicht gesprochen wurde. Daher habe ich auch Verständnis, dass sich die Kollegen vom Gymnasium, ich habe das erst vorgestern wie gesagt erfahren, auch an den Bürgermeister gewendet haben. Wenn der Bürgermeister in seinem Namen jetzt und unter seinen Tagesordnungspunkten eine Resolution einbringt, so ist das doch keine SPÖ-Resolution. Das steht mit keinem Wort drauf. Ich bitte sie also hier mit uns in Verhandlungen einzutreten, oder ohne Verhandlungen, dieser Resolution zuzustimmen. Noch dazu, wo es sich um einen Tag handelt, der ja auch symbolisch ein Protesttag aller Steyrer Lehrerinnen und Lehrer von

der Volksschule über die Hauptschule, über die Gymnasien bis hinauf zu den berufsbildenden höheren Schulen gewesen ist. Sie haben die Aktion wahrscheinlich aus den Medien gesehen, Bildung darf nicht den Bach hinunter gehen. Das war an der Sandbank beim Michaelerplatz heute um 12 Uhr mittags. Da haben alle Schulen draufgeschrieben, wie drastisch sie von dieser Maßnahme betroffen sind. Es sind ja nicht die Lehrer alleine. Es sind die Eltern und vor allen Dingen die Schüler. Das ist unsere Zukunft meine Damen und Herren. Ich habe Kontakte mit Menschen beispielsweise in den vergangenen Ta-gen gehabt aus den baltischen Republiken, die jetzt vor der Tür zu unserer EU stehen und demnächst der EU angehören werden. Ich habe gestaunt, wie stark und wie gut diese jungen Menschen auf Bildung abfahren. Das können sie sich nicht vorstellen, die lernen Sprachen mit einer Begeisterung und der Staat fördert das. Sie kennen das beispielsweise, das litauische Bildungssystem, wo der Klammeraffe als Prämierung guter Leistungen vergeben wird und wo die Menschen mit vielen Klammeraffen sozusagen den schnellen bevorzugten Zugang zur Universität bekommen. Also, diese Länder streben irrsinnig nach Bildung, weil sie wissen, dass sie konkurrenzfähig werden durch Bildung. Bei uns, ich sage jetzt nur das Beispiel der BHAK, an der ich unterrichten darf, gibt es Stundenkürzungen in Deutsch, in der Fremdsprache, in Geographie, in Chemie, in Physik, in Rechnungswesen, mit Computer, in Wirtschaftsinformatik, in Textverarbeitung, in Volkswirtschaft und sogar in Leibesübungen wo es uns versprochen wurde, vom Klubobmann Schweitzer, dass das nicht der Fall sein wird. Also, meine Damen und Herren, ich meine unterstützen wir doch in diesem einen Punkt die Lehrer. Wir können uns über die eine oder andere Formulierung noch einigen, wir unterstützen dabei aber nicht nur die Lehrer, sondern auch die Eltern und die Zukunft unseres Landes, die Jugend. Ich bitte sie darum. Ich bin nicht polemisch geworden, ich hätte viel sagen können, die Abfangjäger sind derzeit in der Diskussion, dass wir so viel Geld dafür ausgeben, mehr als andere europäischen Länder. Ich erspare mir die Polemik, aber mit diesem Geld hätten wir viel auf dem Bildungssektor gut machen können. Meine Damen und Herren, bitte überlegen sie sich das gut, wenn sie die Resolution hier ablehnen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GR Durchschlag.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, ich bin zwar ein geringer Teilzeitlehrer, melde mich aber jetzt nicht als Teilzeitlehrer zu Wort, sondern als Mutter von zwei zwar nicht schulpflichtigen aber doch in die Schule gehenden Kindern. Ich kann mich ihnen nicht anschließen, weil sie haben so in den Raum gestellt, eigentlich sind wir alle dafür, für den Text dieser Resolution. Für den bin ich ganz ehrlich gesagt nicht. Erstens einmal gibt es so Formulierungen wie da steht, dieses planlose Streichen. Wir wissen, dass es kein planloses Streichen ist, sondern, dass die Planung sehr wohl im Bereich von Schulen liegt. Das ist aber nur ein kleiner Punkt. Herr Klausberger, sie sind sehr stark auf den Zeitfaktor eingegangen. Ich habe mir die Mühe gemacht, d. h., nicht ich habe mir die Mühe gemacht, sondern meine Kinder haben sich für mich die Mühe gemacht, ein paar Wochen hindurch aufzuschreiben, wie viel Zeit in der Woche nur durch das Zuspätkommen der Lehrer oder durch das Früher den Unterricht zu beenden.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Gerhard Klausberger

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:

Es waren immer zwischen zwei und drei Stunden wöchentlich. Ich verlange von einem Lehrer nur, dass er das, wofür er bezahlt wird ...

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Das sind 10 %.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:

Das war immer so viel. Es sind jede Woche zwischen zwei und drei Stunden gewesen. Vielleicht ist es im Gymnasium Werndlpark ganz anders als bei ihnen in der HAK, das mag schon sein. Ich spreche hier als Mutter von meinen zwei Kindern, die das am eigenen Leib erleben, da war das zumindest so. Ich verlange von einem Lehrer nur, dass er das, wofür er gut und ausreichend bezahlt wird, und er wird ja auch schließlich und endlich mit viel Freizeit dafür bezahlt, das müssen wir ja ehrlicherweise auch sagen, dass er seine Arbeit erfüllt, indem er einfach pünktlich kommt und nicht wieder vor Stundenschluss schließt. Seit zwei Wochen berichtet mir meine Tochter nur mehr, die Größere hat maturiert, von irgendwelchen Filmen die sie in der Schule anschauen. Wenn es z. B.

möglich wäre, wie in Bayern, wirklich bis zum letzten Schultag zu unterrichten und auch noch gleich den Schulbeginn nicht erst zu beginnen mit allen möglichen Dingen die nicht unbedingt was mit dem Thema Schule zu tun haben, sondern, weil einfach auch die Lehrer offensichtlich erst wieder anfangen müssen sich an die Schule nach den langen Ferien zu gewöhnen, ...

Zwischenrufe: Das stimmt aber nicht!

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:

Wenn ich das alles zusammenrechne was da zusammenkommt, dann sind wir also weit über diese 76 Stunden, die insgesamt bei den 12- bis 14-jährigen eingespart werden.

STADTRAT WALTER OPPL:

Wo ist denn da der Aufschrei Herr Kollege?

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Ich rege mich nur auf, dass die alten Lehrer alle schon tot sein sollen.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:

Was mir ganz besonders gut gefallen würde ist, bei einer Resolution die hier von der Stadt Steyr, die Stadt Steyr ist Pflichtschulhalter, wenn diejenigen die eine Resolution gegen ein Bundesgesetz einbringen, einmal in ihrem eigenen Wirkungsbereich, wenn sie jetzt die letzten 30 Jahre zurückschauen, so toll gearbeitet hätten, dass man sagen kann, die Steyrer Schulen sind auf einem derartig tollen Stand, die Stadt Steyr hat immer ihre Aufgabe als Erhalter ihrer Pflichtschulen so ernst genommen, dass die Steyrer Pflichtschulen auf einem tollen Stand sind.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Aber das schaut schon anders aus.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:

Sie tun jetzt auch was, aber wenn die Stadt Steyr das bis jetzt getan hätte, dann könnte ich diese Resolution wirklich ernster nehmen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr Vzbgm. Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen des Gemeinderates. Der Herr Dr. Pfeil hat gesagt, das ist ein eigenartiger Antrag. Wir sind aber auch in einer eigenartigen Zeit. Seit ich da politisch Denken kann, habe ich das noch nicht erlebt, wie das alles jetzt abläuft. Da kommen natürlich auch solche Dinge daher, dass sich betroffene Berufsgruppen auch wehren, aber nicht nur Berufsgruppen sondern auch betroffene Eltern. Nicht nur sie sind Mutter, auch wir sind Väter und haben auch dort Kinder und kennen die Beschwerden auch in einem hohen Ausmaß. Ich maße mir nicht an, hier zu beurteilen wie das aus der Sicht eines Pädagogen ist. Ich bin kein Pädagoge, aber ich erlaube mir schon aus der Sicht eines Vaters das auch zu beurteilen. Eines ist schon klar, und da braucht man nicht recht weit denken und nicht viel zusammenzählen können, dass die Stundenstreichungen, die jetzt in den letzten, nicht nur jetzt, sondern schon stattgefunden haben, dass das schon eine massive Beeinträchtigung ist und auf die Qualität der Ausbildung mittelfristig und nachhaltig dementsprechende Auswirkungen haben. Es ist nicht nur in ein paar Nebengegenständen, wo hier Streichungen sind, sondern in ganz wichtigen Bereichen. Als Schulreferent höre ich in den letzten Monaten massive Klagen und ich habe kaum einen Lehrer gehört, außer er ist Mandatar, der nicht diese Vorgangsweise kritisiert hätte. Gerade in den letzten Tagen bei den Schulfesten hat man das von allen Lehrern und auch von jenen, die wirklich nicht uns zugezählt werden können, der Dr. Pfeil weiß das ja, ich nehme an, dass sie das auch gehört haben. Es wird hier schon massive Kritik dazu geübt. Aus diesem Grund wollen wir als Stadt Steyr, als Verantwortliche der Stadt Steyr, das Anliegen und die Sorge dieser Leute, dieser Experten und Fachleute, unterstützen. Der Zeitpunkt, ja, da hat der Herr Dr. Alphasamer schon Recht, der ist relativ spät, aber man darf ja die Hoffnung nie aufgeben. Vielleicht kommt doch wieder ein Umdenken, dass man weiß was die Bildung für das Land und für unsere Jugend bedeutet und wie wichtig das ist. Nicht nur an

Sonntagsreden, sondern auch in der politischen Handlung, in der politischen Verhaltensweise, dort wäre es auch wichtig.

Einen Satz noch Frau Kollegin Durchschlag, ich hätte mich sonst gar nicht gemeldet, aber sie verwechseln da was und ich möchte ihnen zum Abschied aus ihrer politischen Tätigkeit, zumindest in Steyr, mitgeben, dass diese Resolution mit der Aufgabe der Stadt Steyr als Schulerhalter überhaupt nichts zu tun hat, weil wir als Stadt Steyr ausschließlich für die Erhaltung der Schule und zur Verfügungstellung bestimmter Materialien zuständig sind. Es sind uns nicht die Lehrkörper unterstellt und wir haben überhaupt keinen Einfluss darauf, wie der Unterricht gestaltet wird oder auf den Inhalt des Unterrichtes.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:

Ich habe nur vom Zustand der Schule geredet und nicht vom Zustand des Unterrichts.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich würde schon vorschlagen, dass wir immer bei den Themen bleiben, die wir zu behandeln haben. Wenn wir über Straßen reden, reden wir über Gebäude, wenn wir über die Streichung von Unterrichtsstunden reden, reden wir über herabfallende Platten am Gebäude des Gymnasiums, das habe ich mir gestern erst wieder angesehen. So etwas gibt es bei unseren Schulen nicht, obwohl immer etwas zu reparieren sein wird, aber das wird auch in Zukunft so sein. Aber beides zu verquicken und Steyr hätte auch ihrer Verpflichtung nachkommen müssen, das passt zu dieser Resolution überhaupt nicht.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Fiala. Bitte sehr.

GEMEINDERAT MARTIN FIALA:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Sehr geehrte Frau Pramendorfer.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Durchschlag!

GEMEINDERAT MARTIN FIALA:

Durchschlag, Entschuldigung. Das kommt aus meiner innerlichen Erregung jetzt heraus, weil ich einfach als betroffener Lehrer mir einen Vorwurf absolut nicht gefallen lassen möchte und ich möchte den einfach striktes hier zurückweisen, dass ich mir anhören muss, dass die Lehrer zwei Wochen vor Schulschluss nur mehr Filme anschauen und dass sie sich nach den Ferien erst wieder an die Schule gewöhnen müssen. Ich sage ihnen nur ein konkretes Beispiel aus meiner eigenen Situation. Morgen ist Schulschluss, und ich fahre morgen auf ein dreitägiges Lehrerfortbildungsseminar in die FH Hagenberg. In drei Ferientagen. So kann es nämlich auch sein.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:

Ich mache alle Seminare in meiner Freizeit.

GEMEINDERAT MARTIN FIALA:

Aber jetzt zum eigentlichen Thema. Wir reden hier so viel über Form und Formfehler und was wir nicht alles berücksichtigen hätten sollen. Ich möchte ihnen nur ein ganz ein kurzes praktisches Beispiel zum Nachdenken sagen, was die Bildungsreform und die Stundenkürzungen für eine Bedeutung haben. Ein Familienmitglied aus meiner Familie, den Namen erspare ich mir hier, hat Russisch und Geschichte studiert, unterrichtet derzeit an mehreren Gymnasien in Oberösterreich, vorwiegend Russisch, weil eben gerade auf dem Geschichtesektor sehr viele jüngere Lehrer sind. Russisch wird erfahrungsgemäß nur an wenigen Schulen in OÖ unterrichtet. Es gibt glaube ich insgesamt nur 4 oder 5 Schulen in ganz OÖ wo das ist. Der Herr ist 35 Jahre alt, hat mit seiner Diplomarbeit einen österr. Wissenschaftspreis errungen, hat zwei kleine Kinder und ist aufgrund der Stundenkürzungen ab September arbeitslos und seine Frau ist gezwungen, sozusagen die Familie zu erhalten. Das ist nämlich auch die Realität der Stundenkürzung. Über diese Dinge reden wir nicht hier, über persönliche Familiensituationen, über persönlich betroffene Leute, sondern wir reden darum, ob es irgendwelche Fehler in der Vorgangsweise der Vorbereitung der Resolution gegeben hat, und das ist das was mich eigentlich stört. Wenn wir nämlich an die Menschen denken würden die davon betroffen sind, dann würden wir uns viel mehr einig sein als wie hier quasi persönliche

Eitelkeiten austauschen. Das ist das was mich als betroffenen Lehrer eigentlich traurig macht. Danke sehr.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist schön, wenn jemand den sozialen Aspekt auch berücksichtigt. Der geht leider verloren. Was mir von der Frau Durchschlag nicht gefällt ist, dass sie eine Berufsgruppe angreift ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Rednerpult!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich kann von da reden, laut Statut Herr Mayrhofer, wenn sie nachschauen wollen.

Ich kann nicht jemanden angreifen, der sich nicht wehren kann. Wir zweifeln ja auch nicht an ihrem Beruf, dass sie nichts leisten und nichts tun. Ich finde das nicht sehr schön, wenn man so etwas verwendet. Das ist meine persönliche Meinung. Ich glaube, dass man auch, wenn man mit 30 Kindern in der Klasse steht, bis zum Schluss, dass das gar nicht so einfach und leicht ist, dass man die alle einfangen kann. Die Lehrer haben schon so lange Ferien gehabt, auch zu unserer Zeit, und man weiß, dass man am Schulschluss schon froh war, wenn die Schule zu Ende ist. So sehe ich das heute auch. Ich habe auch ein Kind, ein Enkelkind und eine Nichte, die in das Gymnasium geht, und ich glaube, dass die natürlich auch sagen, dass sie nicht mehr so viel tun, weil jetzt ist es vorbei mit den Prüfungen. Zu dem muss man sich bekennen, aber dann läuft das halt aus. Menschlich gesehen ist es für mich okay, aber ich kann nicht eine Berufsgruppe herunter setzen und sagen, sie sollen lieber in der Zeit mehr arbeiten, dann kommen sie mit ihren Stunden aus. Das ist was, was mir nicht gefällt. Danke.

So, Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Lieber Gemeinderat, eine eigenartige Zeit, hat der Kollege Bremm gesagt. Vielleicht hängt das mit der Wahlzeit zusammen, weil anders ist es nicht erklärbar, dass z. B. die SPÖ-Abgeordnete Beate Schasching am 30. 10. 2002 eine Verkürzung der Arbeitszeit für die Schülerinnen verlangt hat und dass die SPÖ-Abgeordnete Kuntzl am 14.3. und am 17.3.2002 ebenfalls und mehrmals eine Arbeitszeitverkürzung für die Schüler gefordert hat. Anscheinend hängt das doch damit zusammen, wer gerade zuständig ist oder wer gerade den Kanzler stellt. Das zu der eigenartigen Zeit.

Ich möchte als betroffener Vater, nicht als Lehrer, sondern als betroffener Vater, schon das auch noch einmal verstärken, was die Kollegin Durchschlag gesagt hat. Meine Tochter geht nicht in das neue Gym, die geht in das alte Gym und in den letzten 9 Wochen, mitgeschrieben, hat es keine einzige Woche gegeben, wo das volle Stundenausmaß erfüllt wurde. Nicht eine einzige Woche. Lieber Herr Kollege Fiala, es ehrt sie, dass sie diese Fortbildung, diese drei Tage, in ihrer Freizeit machen. Bei vier Monaten Freizeit finde ich es zumutbar. Danke.

Beifallskundgebungen verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir führen heute eine Bildungsdiskussion und wer sich erinnern kann, in der letzten GR-Sitzung kam ein Antrag unter anderem oder eingebracht, glaube ich, von der ÖVP-Fraktion bezüglich Einsetzung eines Ausschusses. Wir haben eine sehr intensive Bildungsdiskussion damals geführt und meines Erachtens führen wir auch heute eine sehr intensive Diskussion. Ich finde nicht einmal, dass die Diskussion so schlecht ist, einige polemische Bemerkungen sind ja bei jedem Thema dabei. Ich möchte aber am Beginn meiner Stellungnahme sagen, dass diese Diskussion besonders beweist, wie notwendig wir einen Bildungsausschuss haben, denn es ist Thema. Bildung ist Thema. Nicht nur der bundespolitische Aspekt, sondern natürlich auch der lokale Aspekt. Da muss ich dem zuständigen Stadtrat von Beginn an gleich einmal widersprechen, die Ausstattung unserer Schulen steht natürlich im Zusammenhang mit der Qualität der Bildung. Das muss uns schon klar sein. Schlecht ausgestattete Schulen, Schulen die veraltet

sind, da lernt es sich nicht so gut, wie in Schulen wo es vielleicht ein bisschen attraktiver und angenehmer ist. D. h., so locker abwischen können wir uns als Stadt nicht und sagen, Bildungspolitik ist Bundespolitik, wir haben damit nichts zu tun.

Wir haben einen Antrag vorliegen, der eigentlich vollinhaltlich mit dem zusammenstimmt, was die Lehrkräfte heute bei der Demonstration eingebracht haben. Es fehlt glaube ich nicht einmal ein Beistrich.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es sind ein paar Rechtschreibfehler dabei aber sonst nichts.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Aber es ist eigentlich vollinhaltlich derselbe Text und auch ich hätte mich gefreut, wenn wir den Text vorher gehabt hätten und wir den Antrag gemeinsam eingebracht hätten. Aber das ist eine formale Sache über die kann man meines Erachtens hinwegsehen. Das ist nicht das Thema. Was ich sagen möchte, wir erleben ja in ganz Österreich, nicht nur in Steyr, in OÖ, sondern in ganz Österreich, vehemente Diskussionen in den Lehrkörpern und über die Lehrkörper hinaus und ich frage mich, können hunderttausend Lehrer in Österreich irren, wenn in jeder Schule, in jedem Bundesland dieselbe Diskussion ist? Glauben wir wirklich, dass das eine parteipolitische Angelegenheit ist? Wenn Lehrer, und ich sage jetzt einmal Lehrer auch aus Gewerkschaftskreisen, aus dem christlichen Bereich, aus dem sozialdemokratischen Bereich, aber auch aus dem alternativen und unabhängigen Bereich sehr stark und vehement das kritisieren. Ich bin dagegen, dass wir hier heute vom tatsächlichen Thema ablenken. Mit dieser Diskussion, arbeiten Lehrer jetzt was oder arbeiten sie zuwenig, lenken wir an und für sich sehr stark von dem ab, um was es den betroffenen Lehrern aber auch den Eltern geht. Denn diese Initiativen sind ja österreichweit auch von den Elternvereinen mitgetragen. Das darf man nicht vergessen. Der Vergleich mit Finnland, der Kollege Klausberger hat es ja schon erwähnt, die Pädagogen wissen es natürlich besser als wir Nichtpädagogen. Aber, dass dieser Vergleich schon lange hinkt, hat jeder nachlesen können und dass die Pisa-Studie auch speziell das Leseverhalten abgeprüft hat und andere Bereiche nicht getestet worden sind, das wissen wir auch mittlerweile.

Was mich, jetzt runtergebrochen auf Steyr und auf die soziale Komponente, auch sehr betroffen macht, und da möchte ich dem Kollegen Fiala zustimmen, der Betroffene ist ein gemeinsamer Freund von uns und er ist nicht der einzige Betroffene. Es kommt tatsächlich dazu. Es ist tatsächlich so, dass Lehrkräfte abgebaut werden und besonders jene abgebaut werden, die neu an den Schulen sind, die speziell neue Lehrformen auch in die Schulen hineingetragen haben und die speziell im Kreativitätsbereich und im Sportbereich tätig sind. Die jungen Lehrer die ich kenne, die sind alle davon betroffen. Entweder durch Stundenkürzungen oder sie sind überhaupt arbeitslos. Wenn wir eine Bildungsdiskussion führen und über Stundenkürzungen reden, dann denke ich mir, müssten wir eigentlich über die Lehrpläne reden. Es geht um die Durchforstung der Lehrpläne. Das wäre eigentlich die Diskussion und nicht eine eigentlich ungeplante Stundenkürzung. Denn wenn man sich unterhält, und mehrere Kollegen haben das scheinbar auch gemacht, mit Lehrkräften wie sie denn das schulautonom umsetzen können, dann erfährt man, sie haben eigentlich nicht diese Schulautonomie, das jetzt so locker umzusetzen. Sie müssen den Kreativitätsbereichen besonders kürzen, sie müssen das speziell auch bei unseren Volksschulen machen. Da sind wir ja als Schulerhalter besonders betroffen. Darum denke ich mir, dieser Antrag ist von der Lehrerschaft aus Steyr getragen und darum sehe ich natürlich überhaupt kein Problem, dem zuzustimmen und ich bitte auch, dass wir das gemeinsam machen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Mir tut es um die Schule Leid, diese Diskussion, denn aus da und dort sind jetzt einfach Wortmeldungen gekommen, wo wir die guten Lehrer, die, die sich wirklich einsetzen, die, die wirklich arbeiten, die, die viel leisten, die Methoden erdenken, dass sie die Kinder bis zur letzten Minute spannend halten können, dass wir die einfach etwas vergessen. Ich bin aber einer der altgedienten. Da habe ich immer noch im Ohr meine Elternvereinsversammlungen, wo mir die Eltern Monat für Monat vorgehalten haben, wie unmenschlich wir Lehrer, wie unmenschlich die Schule ist. Die Eltern sagten mir nämlich, wenn ich nach meiner Tagesarbeitszeit nach Hause komme, ich kann mich ausruhen, ich kann meine Sache weglegen, ich kann meine Gedanken von der Sache abgeben, die Kinder haben 10 Stunden Schule, dann kommen sie nach Hause und dann sitzen die ganz guten Schüler 20 Minuten und die schwachen Schüler, die sich schon 10 Stunden

geplagt und bemüht haben, die sitzen dann noch zwei Stunden, wenn die Mutti gute Nerven hat dann vielleicht noch eine ½ Stunden, wenn die Mutti schlechte Nerven hat, dann gar nicht mehr aber sie bekommen am nächsten Tage einen Fünfer, weil sie die Hausübung nicht fertig haben. Also, es hat sich etwas gewandelt im Blickpunkt Schule. Vor 4 Jahren, da war ich noch in der Schule, da meinte man, wir hätten zu viel Schule. Heute sieht man das anders. Heute, wo man nun denkt, sozial denkt, an die Arbeitszeit, wenn man sie vergleicht mit den Eltern, da sagt man nun auf einmal das geht nicht, ihr dürft nicht streiken. Ich denke, diese Diskussion gehört dort hinein, wo die Lehrer sich plagen, ehrlich abmühen, ehrlich diskutieren. Es stimmt schon, es gibt Oberstufenformen, wo die Stundenkürzung ein vehementes Problem ist. Ich denke an meine Heimat, an das humanistische Gymnasium, wir hatten in der Oberstufe immense Probleme mit Latein und Griechisch, wie man denn den Griechischunterricht abhalten kann. Das sind Einzelheiten. Aber nun in der Gesamtheit zu sagen die Stundenkürzung wäre wahllos, wäre sinnlos, ich denke die Pädagogen herinnen haben schon gesagt, es käme auf den Lehrplan an. Wir Lehrer, wenn ich das so sagen darf, wir müssten einmal sagen und sehen, wir haben einen Rahmenlehrplan und ich als Lehrer wähle in meiner Verantwortung aus, was ich als Kernpunkt nehme. Dann spielt mir die Stunde keine Rolle mehr. Wenn ich in meiner Klasse eine Disziplin habe, dann kann ich mit meinen Kindern immens viel durchführen. Da komme ich jetzt zum Problem, alte und junge Lehrer. Denn, es mag schon stimmen, dass wir Alten diese ganz modernen Theorien des Lernens nicht mehr „dapackt“ haben.

Gelächter

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Aber wir sind halt in die Klasse gegangen und es war ruhig und die Kinder haben genauso reagiert wie sie jetzt da. Da hat sich was gerührt. Es ist ja genau das, was ich meine, die alte Methode, das spontane Reden, alle passen auf und hören zu.

Gelächter

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Das Neue kann ich nicht, weil ich habe kein so ein Gerät wo ich draufdrücke und dann die 6 Bilder kommen und dann da das nächste Bild und dann sich das andere Bild umfärbt. Ich kann das nicht mehr.

Gelächter

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Spaß beiseite. Ich meine, es ist schade, dass wir das Gute unserer Schule durch so eine Diskussion ruinieren. Ich denke die Resolution, da sollten die Lehrer in ihren Konferenzen streiten und da sollen sie die wertvollen und wichtigen Dinge herausfiltern und die unwichtigen Dinge. Individuelle, intellektuelle und soziale Betreuung in der Klassenvorstandsstunde, das machen die guten Lehrer schon 15 Jahre lang. Schwerpunktsetzung zur Förderung der Schülerinnen, dort wo ihre Interessen und Begabungen liegen, machen wir schon 20 Jahre. Unverbindliche Übungen zur Förderung der neuen Technologien haben wir in St. Anna vor 15 Jahren angefangen, jetzt ist es selbstverständlich. Jetzt hat auch der Herr Vzbgm. Bremm gesagt, jawohl, wir machen auf der Ennsleite eine super Computerschule. Also auch in Steyr haben wir das schon mitten drinnen. Natürlich, in den Gymnasien, die kleineren Klassen fehlen uns noch. Das stimmt. Da unterschreibe ich sofort mit, da unterschreibe ich 20 Mal, denn es ist einfach nicht mehr leicht, Klassen mit 34 Kinder, für einen normalen Lehrer, zu unterrichten, weil der ja auch Nerven hat. Aber wenn ich die Pisa-Studie anschau, da sind wir eigentlich eh in einem gelobten Land und wir sind viel, viel besser als manche Länder die um 200 und um 300 Stunden mehr haben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Jetzt bewegen wir uns aber zurück.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Ich denke, wir bewegen uns nicht zurück. Ich denke, Bildung, Schule muss immer in Diskussion bleiben, aber Bildung und Schule soll nicht so in einem ho ruck einfach ja oder nein diskutiert werden, soll wirklich im Gespräch mit Eltern, Lehrern, Psychologen, Pädagogen gemacht werden. Ich denke es ist schade, wenn wir es da mit so einer Resolution einfach zerstören und darum denke ich, die Resolution hätten die Lehrer wegschicken sollen und eigentlich nicht wir.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Sie haben mich darum gebeten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So, Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Klausberger zum 2.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Es ist eigentlich nicht meine Art, dass ich mich zweimal zu einem Tagesordnungspunkt melde. Auch im Sinne der Sitzungsökonomie habe ich das noch nie gemacht, glaube ich, in der abgelaufenen Periode, aber weil es mir ein Anliegen ist. Meine Damen und Herren, es ist mir ein Anliegen, die Frage der Bildung, die Frage der Zukunft unserer Kinder ernsthaft zu diskutieren. Ich wollte eigentlich vermeiden durch meine erste Wortmeldung, Engelbert du warst auch, ich muss das sehr loben, von einer sehr großen pädagogischen Sehweise der Dinge getragen und daher kann ich also deine Wortmeldung in sachlicher Hinsicht unterstützen. Wobei ich nicht meine, dass wir die Ho-ruck-Frage damit angehen, wenn wir dieser Resolution zustimmen. Im Gegenteil, es wäre ein ho ruck zu sagen, wir sind dagegen wenn ganz Österreich eigentlich in diese Richtung geht die die Resolution ausdrückt. Aber was ich mit meiner ersten Wortmeldung vermeiden wollte, war eine Lehrerdiskussion zu führen. Ich wollte eigentlich über die Zukunft unserer Bildung reden. Nun ist es aber leider so, dass es, vielleicht kann mir die Kollegin Durchschlag jetzt zuhören, weil ich sie gerade ansprechen möchte, eine Bildungsdiskussion sein sollte und gerade durch ihre Wortmeldung, leider Frau Kollegin, es tut mir wirklich Leid, ist es ein bisschen eine Lehrerdiskussion geworden. Es hat sich dann auch fortgesetzt in der Frage des Kollegen Mayrhofer, dass man sozusagen mitschreibt wie oft oder wann die Lehrer in die Klasse gehen. Das tut mir wirklich weh, noch dazu, sagen wir als Lehrervertreter, der ich lange Jahre auch gewesen bin, weil ich weiß, was die Kolleginnen und Kollegen in den Schulen vor Ort alles leisten und weit über ihre Arbeitszeit hinaus leisten. Daher gefällt mir das gar nicht, da rinnt es mir eher kalt über den Rücken wenn die Kinder in der Schule mitschreiben wann der Lehrer zu spät kommt und wann nicht. Das ist fast, ich will das gar nicht aussprechen, da fehlen mir die Worte wie das bei mir angekommen ist. Ich sage, ich kenne sehr viele Kolleginnen und Kollegen, die weit über das geforderte Ausmaß hinaus ihre Zeit im Interesse der Jugend heute einsetzen. Es hat ja erst vor 2 Jahren eine Untersuchung auch der Frau Minister Gehrler gegeben, wo herausgekommen ist, dass die 40-Stunden-Woche bei den Lehrern regelmäßig überschritten wird. Vielleicht Frau Kollegin Koppensteiner kennen sie gegenteilige Beispiele, das kann schon sein, aber ich kenne so viele Beispiele, wo sich Lehrer in Projekten engagieren, wo Lehrer in ihrer Freizeit 60, 80 Stunden arbeiten, also die Freizeit um vieles überschreiten, das man normalerweise hat. Ich sage also, das mit dem Zuspätkommen, das hat mir weh getan. Ich sage das auch mit der Schulschlusswoche. Das ist ebenfalls ein Problem. Sie wissen, dass die Konferenzen, das kann man ja jederzeit ändern, eben eine Woche vor Schulschluss schon stattfinden und da weiß ich es an meiner Schule, dass in der letzten Woche Projekte gemacht werden. Ich bin z. B. in Kulturprojekten mit meinen Klassen unterwegs und jeder unserer Kollegen, die Klassenvorstände, arbeiten hier. Am Dienstag hätte ich drei Stunden Unterricht gehabt. Ich war 5, 6, 7 Stunden unterwegs. Am Montag hätte ich 5 Stunden Unterricht gehabt. Ich war 8 Stunden unterwegs. Also, das sind aber nicht Einzelfälle, das sind Beispiele, die sie täglich an allen unseren Steyrer Schulen, an allen unseren öö. Schulen und an allen österreichischen Schulen finden können. Liebe Frau Kollegin, daher die Einzelbeobachtungen nicht zu einem gesamtösterreichischen Bild machen. Es gibt eine Studie von der Frau Minister Gehrler, die sie gerne nachlesen können, und in dieser Studie steht es drinnen, dass die Belastung der Lehrer in der Freizeit durchaus so groß ist, dass man ihnen auch, wenn das immer wieder anklingt, die Ferien dann durchaus zur Erholung und zur Vorbereitung, wie es der Martin Fiala bereits gesagt hat, auch gönnen kann. Tun sie mir also bitte schön in Zukunft, wenn sie das Glück haben ihre Kinder in einer guten österreichischen Schule haben, die Kinder nicht mehr zum mitschreiben auffordern damit die Lehrer auch angstfrei ihren Beruf ausüben können.

Gelächter

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Die Junglehrerfrage. Wir haben tausende arbeitslose Studenten, die gerne den Lehrberuf ergreifen möchten. Die Frau Kollegin Koppensteiner hat gesagt, das werden wir dann im Herbst natürlich erst beweisen können, ich hoffe es ist so, dass niemand den Job verliert. Warum ist das so? Ich kenne genug Steyrer Schulen an denen heuer 3, 4, 5 Lehrer in Pension gehen. Diese Arbeitsplätze werden nicht jungen Leuten zur Verfügung gestellt, sondern die werden jetzt infolge der Stundenkürzungen

eben dafür benützt, um die Personaleinsparungen wett zu machen. D. h. also ganz konkret, die Stundenkürzungen würden zu Personaleinsparungen führen würden nicht Kolleginnen und Kollegen heuer in Pension gehen. Das ist ein Sachargument. Die jungen Leute stehen jetzt wahrscheinlich nicht nur ein Jahr, sondern mehrere Jahre draußen. Wenn sie selbst Kinder haben die gerade fertig studieren oder fertig studiert haben, dann wissen sie, die wären vielleicht engagierte Junglehrer und sie kommen nicht in den Beruf.

Jetzt komme ich zum Kollegen Lengauer mit den altgedienten Lehrern. Engelbert, du könntest die Resolution unterschreiben, wenn ich dir ein Angebot mache, weil alles andere ist ja okay. Eine Lehrkörperstruktur, heißt es in Punkt f), in der die SchülerInnen nicht nur von altgedienten, sondern auch von jungen Lehrern unterrichtet werden. Du sagst also, das mit den altgedienten Lehrern das trifft uns zwar, weil wir schon knapp über 50 sind, sozusagen. Machen wir da ein sowohl als auch daraus. Sowohl von altgedienten als auch von jungen Lehrern. Die Eltern haben das Recht, dass sie die ganze Bandbreite haben. Wenn einige sagen massive Stundenkürzungen gefallen ihnen nicht, dann lassen wir halt das Wort massiv weg und planlos gefällt ihnen nicht, dann lassen wir das Wort planlos weg. Wir können uns ja auf was einigen. Aber es wäre schade, wenn ein einstimmiger Beschluss unterbliebe. Danke.

Ich wünsche der ÖVP und der ... – ich weiß nicht, stimmt ihr schon zu?

Gelächter

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Wenn es gewünscht wird, kann man sich durchaus jetzt fünf Minuten zusammen setzen und in der Sache darüber reden, wenn es nicht gewünscht wird, dann stimmen wir ab. Ich würde mit Bedauern feststellen, wenn die ÖVP oder die FPÖ den Argumenten nicht zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der Kollege Hauser hat sich noch gemeldet.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Presse, werte Gäste. Ein typisches österreichisches Beispiel, die Reformen werden von hinten aufgezehmt. Ich sage jetzt nur ein Beispiel aus meinem Bereich, das Bundesheer. Da diskutiert man nicht darüber was für eine Aufgabe denn dieses Bundesheer in der Zukunft haben soll, es heißt nur, 2.000 Leute weniger. Ob dann die Aufgabenerfüllung erfolgen kann oder nicht ist völlig gleichgültig. Man muss grundsätzlich davon ausgehen dass ich sage, wenn der Herr Mayrhofer z. B. hier heraußen steht und sagt, die Frau Schasching und die Frau Kuntzl haben von Verkürzung der Arbeitszeit gesprochen, dann ist das nicht gleichbedeutend mit Stundenkürzungen der Bildung, sondern das könnte auch bedeuten, wenn man nämlich den Umkehrschluss zulässt, dass es heißt, mehr Beschäftigung von mehreren Lehrern und nicht dass man deswegen Stunden kürzt in der Bildung.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Haben sie nicht zugehört? Von den Schülern ist gesprochen worden und nicht von der Arbeitszeitverkürzung für die Lehrer! Lesen sie sich die eigenen Aussagen von ihrer eigenen Fraktion durch.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Hauser, das war nicht gut.

Gelächter

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Wichtig ist, dass sie ihren Senf dazu geben, das ist ganz wichtig.

Gelächter

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Das 2. ist, dass der Herr Lengauer nach Gesprächen verlangt. Ja, wo hat denn die Frau Minister Gehrler mit diesen Leuten gesprochen die jetzt offensichtlich so echauffiert sind darüber, dass diese Veränderungen kommen. Sie verlangen es vom Steyrer Gemeinderat, dass die mit den Lehrern sprechen, dass sie sich zusammen setzen sollen. Sie sagen, dass die Gewerkschafter dort hin gehen sollen und mit der Frau Ministerin reden sollen. Ja, da muss man halt ein Gespräch zulassen. Wie

sehr diese Gespräche zugelassen werden, haben wir auch bei der Pensionsreform gesehen.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Wenn kein Vorschlag kommt, kann ich nicht reden.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Da muss man immer schauen, wer die Vorschläge macht, weil jetzt wissen ja die Lehrer auch was sie wollen.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Nein.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Das behaupten sie. Aber die Gewerkschaften wissen schon was sie wollen und grundsätzlich ist es eben immer so. In Wirklichkeit steht ja bei der ganzen Geschichte nur der Rechenstift. Es wird ein Budget gebildet, dann sieht man, dass es sich nicht ausgeht und am leichtesten einzusparen ist halt einmal beim Personal, denn das Personal ist das Teuerste und dann streichen wir herunter. Damit natürlich sich das im Umkehrschluss auch ausgeht, wenn man weniger Personal hat, dann auch die Aufgaben erfüllt werden können, dann muss es natürlich zu einer Stundenkürzung kommen. Das ist ganz automatisch so. Da geht es nicht darum, dass wir vielleicht wirklich an der Bildungspolitik etwas verändern wollen, sondern da geht es ganz klar darum Budgetziele zu erreichen, Personal zu kürzen, Kosten einzusparen um es letztlich für etwas anderes folglich ausgeben zu können. Ich glaube ganz einfach, dass das der falsche Weg ist, dass man ständig Reformen von hinten her aufzieht und davon ausgeht, dass man sagt, das Personal ist das Teuerste, das kürzen wir und dann schauen wir wie es weiter geht. Im Nachhinein werden nämlich dann sehr oft wieder alle Beschlüsse, alle Gesetze, alle Verordnungen wiederum repariert, weil sie eh hinten und vorne nicht halten.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich zum 2. Mal Herr GR Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Ich möchte nur einen Satz sagen. Lieber Hauser Willi, ich bin voll überzeugt, dass du alles was du jetzt gesagt hast ehrlich, ganz ehrlich gemeint hast. Aber ich bin genauso überzeugt, dass die Frau Minister Gehrler es ganz ehrlich meint, mit einer Bildungsreform und nicht einfach einen Rechenstift hernimmt und streicht, dass Zahlen stimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke schön. Wünscht noch jemand das Wort? Herr Dr. Pfeil zum 2.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe jetzt die Diskussion sehr aufmerksam verfolgt. Ich habe aber einen wesentlichen Punkt in der Diskussion vermisst. Das ist das eine, die Forderung jetzt von einer gewerkschaftlichen Organisation, zum anderen gegenübergestellt Forderung im Bildungssystem. Die müssen ja nicht immer deckungsgleich sein. Das ist der große Pferdefuß bei dieser Forderung. Ich vermisste die Antwort oder die Forderung seitens der Pädagogen einmal. Nämlich, wenn wir sagen wir haben Schulkürzungen, Stundenkürzungen. Die Lehrer sind jetzt mehr arbeitslos, da vermisste ich aber die Aussage der Pädagogen die sagen, was bedeutet denn das. Ich habe in meiner ersten Wortmeldung schon gesagt, ich vermisste tatsächlich auch die Gegenvorschläge seitens der Gewerkschaftsvertreter. Weil, dass nicht alles im Personalbereich so wunderschön ist wie es heute dargestellt worden ist teilweise, wissen wir alle, die mit der Schule zu tun haben. Es gibt Superlehrer, es gibt Durchschnittslehrer und es gibt schlechte Lehrer, wie in jedem anderen Beruf.

Zwischenruf: Wie bei den Tierärzten!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wie bei den Tierärzten, danke vielmals. Nur das Problem dabei ist, dass der Schulleiter oder die Schulleiterin keinen Einfluss auf die Auswahl des Lehrkörpers haben. Das ist natürlich ein Problem.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Aber das sollen sie angehen. Warum gehen sie denn das nicht an?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das weiß ich nicht. Ich nehme an, dass der Herr Bürgermeister den Resolutionsbefürwortern oder Einbringern von Seiten der Gewerkschaft mitgeteilt hat, dass das heute am 3. Juli im Gemeinderat der Stadt Steyr diskutiert werden soll. Ich vermisse hier, dass das Interesse sehr gering ist, d. h., dass niemand da ist. Das wäre doch nicht uninteressant zu erfahren, wie die einzelnen Vertreter der Fraktionen der Stadt Steyr hier urteilen darüber oder befinden. Mich täte es interessieren, wenn ich Lehrervertreter wäre. Vielleicht ist es Freizeit, ich weiß es nicht.

Ich möchte in einem Punkt dem Herr Dir. Lengauer widersprechen. Es ist nur eine Kleinigkeit. Sie haben gesagt, sie haben vor 15 Jahren die zusätzlichen Übungen oder Sonderveranstaltungen seitens der Lehrer eingeführt. Ich darf sie korrigieren, den Älteren von uns ist bekannt, der verstorbene Prof. Franz Schweitzer, Chemieprofessor, und der hatte schon lange vor unserer Zeit einen sensationell guten Chemieunterricht eingeführt, Gerhard, du wirst es wissen, den Förderungskreis der 7., 8. Klasse für Chemieaspiranten, und da sind wir am Montag von 17 bis 19 Uhr immer da unten gestanden in seinem Chemiekammerl und sind gefördert worden. Der Erfolg war, diejenigen die Chemie oder Medizin studiert haben, die haben im ersten Semester anorganische Chemie nichts lernen müssen, das haben wir mitbekommen. Ich wollte nur sagen, es hat zu jeder Zeit sehr engagierte Lehrer gegeben. Die gibt es auch heute, das möchte ich ganz klar festhalten.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Das war ein Freigegegenstand.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wenn ich mich nicht recht täusche war das außerhalb des Freigegegenstandes ein Arbeitskreis Chemie. Aber vielleicht können wir das einmal klären.

Was ich auch vermisse, das ist ein geeignetes Zugangssystem auf den Universitäten. Gerade heute liest man in der Presse, dass das Zugangssystem für Medizin nicht nach den Vorstellungen des Rektors der medizinischen Fakultät und der Professorenvertreter kommt, sondern dass per Gesetz der unbeschränkte Zugang zur Medizin aufrecht bleibt. D. h., das ist genauso wie bei den Pädagogen, wie in anderen Berufen, dass wir am tatsächlichen Bedarf vorbeiproduzieren. Es gibt Studien, gerade die naturwissenschaftlichen, die sind extrem teuer, Durchschnitt ungefähr 50.000,- Euro pro Nase und Semester, nur an Lehrkosten die die Steuerzahler aufbringen müssen und dann stehen sie vor einer Berufsentscheidung, dass sie keinen Beruf aufnehmen können weil es keine Stellen gibt. D. h., man muss jetzt losgelöst diese Diskussion auch sehen, dass man heutzutage in keinem Beruf mehr garantieren kann, dass jeder eine Arbeitsstelle findet.

Zur Resolution, abschließend, ich vermisse die Gegenvorschläge. Aber das müsste schon grundsätzlich anders formuliert werden. Ich bin nicht der Einbringer und ich weiß nicht, ob der Gemeinderat ausreicht und es müsste auch nicht in dieser gewerkschaftlichen Formulierung stattfinden. Gegen Abbau in der Bildungspolitik sind wir alle.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Hoher Gemeinderat, darf ich das Schlusswort bringen. Vielleicht noch zum Ablauf, damit das klar ist, wie das wirklich vor sich gegangen ist. Am 26. Mai war dieser berühmte Streiktag und da bin ich im Büro gesessen und auf einmal habe ich einen riesigen Lärm am Stadtplatz gehört und da sind die Lehrer der AHS mit Sarg und mit Kreuz und schwarz gekleidet am Stadtplatz hereinmarschiert und haben da einen großen Wirbel gemacht und haben mich auch gebeten, dass ich hinunter komme. Das habe ich auch gemacht und bei der Gelegenheit haben sie mir so einen Zettel überreicht und haben mich gebeten, sie in ihren Forderungen zu unterstützen. Das habe ich gemacht. Ich habe den Zettel mitgenommen, haben ihn dann dem Herrn Magistratsdirektor gegeben und habe gesagt, bitte bereite mir da für die nächste GR-Sitzung etwas vor, damit wir das auch entsprechend deponieren können bei den richtigen Stellen also beim Herrn Dr. Schüssel und bei der Frau Dr. Gehrler. Wie wir das machen, da habe ich nicht einmal ein Wort gesagt. Ich habe nicht gesagt ob wir den Zettel direkt wegschicken sollen oder ob wir in den GR gehen sollen und wie das alles passieren muss, sondern ich habe das einfach so unterstützt. So war das.

Zum ganzen Thema, dass wir auf der verkehrten Seite oder mit der verkehrten Methode angefangen haben muss ich den Hauser Willi voll unterstützen. Es geht offensichtlich wirklich nur um Einsparung aber es geht nicht um die Methode, dass man wirklich Reformen, was die Schule betrifft, angeht. Das

tut man offensichtlich nicht. Was mich ganz besonders auch betrifft ist ja das Thema Fachhochschulen, weil genau auch in diesem Bereich eine 20%-Kürzung ansteht. Zu mir kommen jeden Tag, jeden Tag ist übertrieben, aber sehr oft Lehrer und beschwerten sich über die momentane Situation. Darum bin ich froh, dass es heute zu dieser Resolution kommt und ich bin auch froh, dass mich der Herr Dr. Pfeil ebenfalls ganz am Anfang voll inhaltlich, so habe ich das zumindest verstanden, unterstützt. Jetzt will er irgendwelche Änderungen haben, aber er hat gesagt, er kann sich mit dem Sinn dieser Resolution durchaus finden. Darum hätte ich jetzt gebeten, dass wir zur Abstimmung kommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nun kommen wir zur Abstimmung. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, GAL. Wer ist dagegen? 1 FPÖ (GR Fürweger Günter). Wer übt Stimmenthaltung? 7 FPÖ und ÖVP. Danke, die Resolution ist mit Mehrheit angenommen worden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, ich komme zu Punkt 9), Kontrolle und Revision, Jahresbericht. Der Prüfungsausschuss hat das so an den Gemeinderat weitergeleitet.

9) Rp-1/02 FA für Kontrolle und Revision; Jahresbericht 2002 gem. § 39 Abs. 3 StS.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der von der FA Kontrolle und Revision vorgelegte Jahresbericht für 2002 wird gem. § 39 Abs. 3 StS zur Kenntnis genommen. (Beilage)

Ich bitte diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen bzw. zu diskutieren und abzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr GR Gabath bitte.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Gäste. Nachdem der Vorsitzende des Prüfungsausschusses heute entschuldigt ist, fühle ich mich berufen ein paar Worte zum Prüfbericht zu sagen. Ich möchte in erster Linie der Abteilung des Herrn Mag. Golda sehr herzlich danken für die exakte Arbeit, für die verlässliche Arbeit und für das gründliche Nachgehen bei jedem Prüfungsauftrag. Ich wollte gerade den Herrn Bürgermeister ersuchen, diesen Dank an die ganze Abteilung weiter zu leiten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Selbstverständlich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Können wir gleich abstimmen oder willst du noch ein Schlusswort sagen?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gut, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Damit würde ich eine ½ Stunde Pause vorschlagen. Einen Punkt haben wir dann noch vom Herrn Bürgermeister.

PAUSE VON 17.00 UHR BIS 17.40 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir nehmen die Sitzung wieder auf. Ein Antrag geht uns vom Bürgermeister noch ab, da wird der Abänderungsantrag noch kommen. Ich gebe inzwischen den Vorsitz zurück und gehe zu meinen Anträgen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte die Frau Vizebürgermeisterin um ihre Anträge.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um die Aufstockung des Personalbedarfs im Behindertentransport. Ich möchte nur dazu sagen, der Bedarf ist um 44 % im Jahr 2002 gestiegen. Wir haben natürlich jetzt sehr viel Integration in den Kindergärten, in den Schulen und auch in den Tagespflegezentren.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

10) SH-5/03 Personalkapazitätsbedarf im Behindertentransport.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 17. 06. 2003 wird 1. dem Österr. Roten Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt, Redtenbachergasse 5 ab 1. 7. 2003 eine zweite Personaleinheit für den Behindertenfahrdienst gewährt. Der dadurch entstehende Aufwand in Höhe von

€ 14.834,-- (Euro vierzehntausendachthundertvierunddreißig)

für das zweite Halbjahr 2003 wird von der Stadt Steyr getragen.

Zum genannten Zweck wird bei der VSt. 1/413000/757000 eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von € 14.834,-- (Euro vierzehntausendachthundertvierunddreißig)

bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

2. die im bestehenden Vertrag angeführten Pkt. II/1a und 1c werden ab 1. 07. 2003 wie folgt geändert.

„Die Stadt Steyr übernimmt:

a) die Kosten für zwei hauptamtliche Sanitäter/Kraftfahrer und zwar in der Höhe der gesamten Gehalts- und Gehaltsnebenkosten,

c) Verwaltungskostenpauschale im Ausmaß von 5 % der unter Pkt. A) angeführten Kosten.“

Ich ersuche den Gemeinderat um Zustimmung bzw. um Diskussion.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Im nächsten Punkt geht es um den städt. Kindergarten in Gleink. Da sind noch Restarbeiten ausständig.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

11) BauH-74/02 Städt. Kindergarten Gleink, wärmetechnische Sanierungsmaßnahmen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hochbau, vom 5. 6. 2003 wird der Vergabe der erforderlichen Lieferungen und Leistungen im Zuge der wärmetechnischen Sanierungsmaßnahmen für den Kindergarten Gleink wie folgt zugestimmt:

A1) Fa. Alpine-Mayreder, Steyr-Gleink € 4.803,85 exkl. MWSt.

A2) Fa. Hackl, Steyr € 9.698,97 exkl. MWSt.

A3) Fa. Hackl, Steyr € 4.430,84 exkl. MWSt.

A4) Fa. Huber, Steyr € 2.500,30 exkl. MWSt.

A5) Fa. Klausriegler, Steyr € 12.028,17 exkl. MWSt.
B1a) Fa. Hayek, Steyr € 3.310,61 exkl. MWSt.
C) Diverse Leistungen € 3.227,26 exkl. MWSt.
Gesamtsumme: € 40.000,00 exkl. MWSt.

Die Deckung der erforderlichen Mittel in Höhe von € 40.000,00 kann bei VSt. 5/853000/010100 gefunden werden.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 40.000,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Keine. Danke, einstimmige Annahme. Nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Im nächsten Punkt geht es um den Jahresabschluss für das Alten- und Pflegeheim Tabor. Wir haben das ja auch ausführlich im Verwaltungsausschuss durchgenommen. Man muss eines sagen, es ist eine gute Bilanz und auch der Betrieb wird wirtschaftlich gut geführt. Der Lagebericht beinhaltet alles, damit man sieht, was im Hause gemacht wird. Ich kann nur eines sagen, ich möchte mich bei allen Mitarbeiterinnen im APT für die geleistete Arbeit bedanken und ersuche auch den Gemeinderat um die Zustimmung.

12) Fin-159/03 Alten- und Pflegeheim Tabor; Jahresabschluss 2002.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Jahresabschluss 2002 des Alten- und Pflegeheimes Tabor wird in der vorliegenden Form genehmigt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau GR Reznar bitte.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, die Bilanz des APT am Tabor ist also durchaus in Ordnung und es ist auch nichts dagegen einzuwenden. Ich hätte jetzt nur eine Bitte an die Frau Vizebürgermeisterin. Sie haben uns versprochen, noch vor der Sommerpause einen Bericht zu bringen für das Alten- und Pflegeheim im Münichholz, das auch im Zusammenhang steht jetzt mit der Küche des Alten- und Pflegeheimes Tabor und wir bitten schon darum, das eventuelle jetzt noch, vor der Sommerpause, zu führen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Betreffend Küche APT sind noch die restlichen Verhandlungen im Gange. Es soll ja alles abgeschlossen sein. Da geht es auch um die Zustellung für Essen auf Räder. Da waren noch verschiedene Maßnahmen erforderlich wo das Sozialamt mit dem Küchenchef zusammen arbeitet wo der Endbericht, weil wir gehen ja erst in Betrieb im Jahr 2004, aber da kann ich erst im Herbst genau Auskunft geben. Da möchte ich dann eine Sitzung machen, wo man das alles mitteilt. Über den Ablauf, es wird ja laufend gearbeitet und es finden laufend Sitzungen statt. Nur soll dann alles feststehen wie das Ganze gehandhabt wird und wie es gemacht wird. Wir müssen ja auch mit dem Land Verbindung aufnehmen teilweise um Mitfinanzierung. Es wird gearbeitet, aber wir sind noch nicht ganz am Ende. Ich bitte das zur Kenntnis zu nehmen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gut. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr GR Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, sehr geehrte Damen und

Herren. Nur drei Sätze. Ich weiß nicht, wie weit wirklich der Lagebericht durchgelesen wurde. Äußerst positiv hat sich gezeigt die Ausgliederung der Wäscherei, ist auch im Haus sehr positiv aufgenommen worden und natürlich auch beim Rechnungsabschluss hat sich das positiv gezeigt. Es wird dann und wann geklagt, dass die Fluktuation sehr groß ist im Altersheim. Das ist nicht nur bei uns am Tabor, sondern in allen stadtnahen Altersheimen ist die Fluktuation einfach weitaus größer. Das ist einfach von der Belastung her gegeben. Also, das ist keine Ausnahme, ich möchte das einfach betonen. Wenn sie gelesen haben, dass das Durchschnittsalter unserer Bewohner 84,7 Jahre ist, dann kann man einfach auch sehen, dass diese Arbeit wirklich beschwerlich ist und man muss wirklich, wie die Frau Bürgermeisterin gesagt hat, recht, recht herzlich dem Personal danken. Natürlich, dass es dann und wann auch Dinge gibt die nicht so hinhalten, das kommt vor, aber im Großen und Ganzen hat sich wirklich eine wunderbare Linie gezeigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, ich möchte mich dem auch anschließen. Ich glaube, dass es wirklich sehr schwer ist, dass man genügend Personal bekommt. Wenn ich denke, dass in Linz eine Etage fix und fertig ist und Personalmangel vorhanden ist und dass sie nicht einmal Bewohner aufnehmen können weil sie kein Personal haben. Ich war ja am Dienstag bei der Abschlussfeier von der Altenfachschule. Ich glaube natürlich auch, die Änderungen dahingehend, dass sie früher neben der Schule den Lebensunterhalt bekommen haben, was jetzt leider Gottes nicht mehr stattfindet. Jetzt können sehr viele die Altenfachbetreuerschule nicht mehr machen, weil wenn sie ...

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:

Wir sind momentan eh voll!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, die ist voll, aber es würden ja mehr gebraucht werden. In Steyr haben wir Gott sei Dank die Schule wo man die Leute noch leichter bekommt. Aber ich glaube auf die Zukunft gesehen, was uns ja die Statistik sagt, dass im Jahr 2010 um 35 % mehr Menschen zu betreuen sind und im Jahr 2030 um 70 % mehr zu betreuen sind, dass da ein enormer Bedarf da ist. Ich hoffe nur, dass wir genügend Pflegepersonal dann auch haben um die Menschen, die unsere Unterstützung auch brauchen, zu betreuen.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:

Es gibt ja auch noch die Alis-Stiftung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, die Alis-Stiftung ist auch da, aber natürlich müssen die Heimbetreiber alle in die Alis-Stiftung mitzahlen und alle sind noch nicht bereit das zu tun.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Ich danke der Berichterstatlerin und bitte als nächsten Berichterstatler Herrn Vzbgm. Dr. Leopold Pfeil.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich habe heute drei sehr wichtige Anträge einzubringen. Der erste betrifft die Marktordnung 2002. Nach Überarbeitung der Marktordnung wurde jetzt zum einen auch die Antikmarktordnung in die Marktordnungsnovelle 2002 eingearbeitet, zum anderen wurde der Advent-, Christkindl- auch Weihnachtsmarkt sowie der bisher nicht geregelte Flohmarkt in der Marktordnung 2002 aufgenommen. Das Land OÖ und die Wirtschaftskammer OÖ regt nunmehr eine Ergänzung bzw. Änderung an, bei der diese neuen Bestimmungen nun auch Eingang finden in der Marktordnung und den gesetzlichen Regelungen Bedacht genommen wird. D. h., wir ändern die Marktordnung 2002 auf die tatsächlichen Markterfordernisse. Ich ersuche um Diskussion bzw. Zustimmung.

13) Ge-480/02 Marktordnung 2002.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 19. Mai 2003 wird die in der Anlage beigezeichnete Marktordnung 2002 genehmigt.

Die Verordnung tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung an den Amtstafeln der Stadt Steyr in Kraft. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen nun meines Erachtens zum wichtigsten Tagesordnungspunkt des heutigen Tages, zur Auftragsvergabe Gesamtverkehrskonzept der Stadt Steyr 2003, eine Evaluierung und Überarbeitung des Verkehrskonzeptes aus dem Jahre 1993. Sie entschuldigen, wenn ich nicht die ganze Historie im Detail erzähle, aber notwendig ist dieser Beschluss deswegen geworden, weil unser bisheriger Auftragnehmer, Prof. Stickler, letzten November gestorben ist und wir deshalb nicht ausgeschrieben haben, sondern nach einem einstimmigen Beschluss im Verkehrsausschuss und nach einer Einladung des Institutes für Verkehrs- und Raumplanung Graz nunmehr Universitätsprofessor Gobiet diesen Auftrag weitergegeben haben. Natürlich hat ein jeder Verkehrsplaner eine eigene Verkehrsphilosophie, das ist überhaupt keine Frage, und das ist wesentlich bei der Beschlussfassung, bei der Auftragsvergabe. Aber nach intensiven Gesprächen mit den Verkehrsplanern konnte nun das Einvernehmen erzielt werden und auch im Verkehrsausschuss, dass die technische Universität Graz, Institut Prof. Gobiet, diesen Auftrag bekommt. Sie sind uns auch preislich insofern entgegengekommen, dass sie die geleistete Anzahlung bereits auch im Anbot inkludiert haben. Dazu gehört auch seriöserweise, wie sie sagen, dass man die Gesamtverkehrsgrundsätze auch neu überdenkt und auch neu formuliert. Die übergeordneten Ziele für die Stadt Steyr sind konkretisiert worden. Im Antragstext, der ihnen heute vorliegt, heißt es:

„Vermeidung unnötigen Verkehrs, da eine weitere Zunahme des motorisierten Individualverkehrs aus umweltpolitischen Gründen nicht erwünscht ist. Verlagerung von Verkehr auf umweltfreundliche Verkehrsmittel, um den Verkehr in möglichst umweltschonender Form abzuwickeln. Abwicklung des verbleibenden KFZ-Verkehrs in möglichst sozialverträglicher und umweltverträglicher Form.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich mache kein Geheimnis davon, dass mir diese Formulierung zu weich ist, zu dünn. Im Verkehrsausschuss haben wir noch wesentlich exakter diskutiert und auch darüber abgestimmt und es gab im Verkehrsausschuss das Einvernehmen darüber, dass wir die vorgeschlagenen Punkte vom Institut direkt übernehmen, wobei diese Forderungen ...

Zwischenruf: Ich nicht!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Schauen sie, es gibt einen Mehrheitsbeschluss, und der Mehrheitsbeschluss zählt. Auch sie, und ihr müsst schauen, wie es in der Demokratie zugeht. Wir werden heute darüber noch gerne diskutieren. Es gab einen Beschluss im Verkehrsausschuss, dass diese Punkte zu übernehmen sind. Punkt. Ich möchte es nur auch erwähnen, dass diese Punkte konkretisiert vorgelegen haben, die jetzt im GR-Beschluss nicht mehr in dieser Form enthalten sind. Was mir persönlich Leid tut, weil jeder, der in den nächsten sechs Jahren hier als Verkehrsreferent stehen wird, tut sich um ein Vielfaches leichter wenn er sagen kann oder wenn er zurückgreifen kann, wie wir es auch bisher getan haben beim ausgezeichneten Konzept vom Prof. Stickler, dass wir nachschauen können, was haben wir damals ausgemacht, entspricht das unseren Grundsätzen. Mit vagen Formulierungen, Ist-Zustände die auch in Afiesl oder in Bfiesl sein können, das wird dem Verkehr in Steyr nicht sehr viel helfen. Ich möchte sie auch der Ordnung halber deswegen erwähnen. Sicherstellen einer engen und optimalen Verknüpfung zwischen regionalen und städtischen öffentlichen Verkehrsmitteln. Bevorrangung des öffentlichen Verkehrs gegenüber dem motorisierten Individualverkehr durch bereits bewährte Maßnahmen wie z. B. Beeinflussung Busfahrstreifen ect. Optimierung der Linienführung und des Fahrplanes des öffentlichen Verkehrs. Verbesserung der Fuß- und Radwegverbindungen der äußeren Stadtbereiche ins Zentrum durch Schaffung bequemer und direkter Verbindungen. Orientierung der Gestaltung und Flächenaufteilung städt. Straßen nach den Bedürfnissen des Fußgänger und Radverkehrs. Einführen und betreiben eines Mobilitätsmanagements zur Beratung der Betriebe, Arbeitnehmer und Besucher der Stadt Steyr. Aufbauen und betreiben einer Öffentlichkeitsarbeit und setzen von bewusstseinsbildenden Maßnahmen in Zusammenarbeit mit Betrieben in der Stadt Steyr.

Einbeziehung des Verkehrs und Verkehrsverhaltens in den Unterricht um eine sozialverträgliche und umweltfreundliche Mobilität für die Zukunft zu fördern. Schlussendlich, Förderung neuer Wohn- und Mobilitätskonzepte wie z. B. das autofreie Wohnen und Auto teilen. Es geht hier weiter mit Abwicklung des verbleibenden KFZ-Verkehrs in möglichst sozialverträglicher und umweltverträglicher Form, Entlastung des Stadtzentrums vom fließenden und ruhenden KFZ-Verkehr, um eine weitgehende Verbesserung der Lebensqualität für Bewohner und eine Verbesserung der Kommunikations- und Aufenthaltsfunktion des Straßenraumes zu erreichen. Ich glaube, das sind hier diese Knackpunkte. Entlastung des Wohngebietes vom Durchzugsverkehr, um damit eine Verbesserung der Lebensqualität der Bewohner zu erreichen. Sicherstellung der Erreichbarkeit in für die Funktionsfähigkeit des Zentrums notwendige Wirtschafts- und Einkaufsverkehr und die ausreichende Sicherung der Mobilitätsansprüche der Bewohner. Bewirtschaftung des gesamten zentrumsnahen Stellplatzangebotes. Entwickeln, aufbauen und betreiben eines strategischen Parkraummanagements für das gesamte Stadtgebiet Steyr. Weiterentwicklung des Modells „Park and work“ bzw. „Park and ride“ als Instrument des strategischen Parkraummanagements für die Stadt Steyr. D. h., es gab grundsätzliche detaillierte Vorstellungen, die in diesem neuen Antrag, zu meinem Bedauern, nicht enthalten sind. Es ist eine Präzisierung, denke ich, in diesem Bereich sehr, sehr wertvoll. Das haben wir nicht geschafft. Ich kann auch mit den Überschriften leben, die jetzt übrig geblieben sind, aber ich denke, man wird sich in Zukunft da sehr viel schwerer tun.

Zum Gesamtverkehrskonzept möchte ich ihnen aber schon noch, zur Evaluierung die einzelnen Module nur überschriftsmäßig mitteilen, für die Kollegen, die nicht im Verkehrsausschuss sind. Das Modul Null ist die Projektorganisation. Dann haben wir Problemanalyse Verkehrszählung des Landes OÖ von 2001 als Basis. Dann haben wir Modul 2: Radverkehr, Überarbeitung des Konzeptes Girkingner/Kubisch. Dann den Fußgängerverkehr als Modul 3. Modul 4: Überregionaler, regionaler und städtischer öffentlicher Verkehr, in Abstimmung natürlich mit dem Konzept Rettensteiner bzw. Besch und Partner. Modul 5: Straßennetz und Knotenpunkte Individualverkehr. Modul 6: Standortuntersuchung Parkgarage Innenstadt (bereits abgeschlossen). Das Modul 7: Kleinräumiges Verkehrskonzept Wehrgraben. Also in dem Bereich, wo wir in nächster Zeit die größten Schwierigkeiten haben aufgrund der Veränderungen in diesem Bereich. Nur der Punkt 7 wäre meines Erachtens herauslösbar, ist aber auch aufgrund der Entwicklung in diesem Bereich absolut notwendig und ich denke sogar, dass für andere Stadtteile ebenfalls ein Detailkonzept erarbeitet werden müsste.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist ein Meilenstein, dass wir ein sehr gutes Gesamtverkehrskonzept von Prof. Stickler, wo ich mich wirklich jetzt posthum bei ihm und seinen Mitarbeitern von dieser Stelle her bedanken muss und auch gerne bedanken, das uns immer eine Leitschnur gegeben hat in den letzten 10 Jahren, eine Weiterführung des Gesamtverkehrskonzeptes. Ich weiß in Steyr natürlich wo die Knackpunkte sind, wobei aber der Verkehrsplaner nur sehr marginal Einfluss nehmen kann. Das ist im Bereich innerstädtischer Verkehrsring, diese angesprochenen Kreuzungen, das ist im Bereich Stadtplatz, das ist im Zentrum, wo wir natürlich unseren Aufgaben bis jetzt nicht nachgekommen sind. So etwas sensationell Neues ist ja in diesem Konzept und diesem Entwurf gar nicht drinnen. Auch Stickler, beispielsweise, hat bereits in seinem Gesamtverkehrskonzept drinnen gehabt, dass es mittelfristig innerstädtisch, innerhalb des Verkehrsringes, keinen nichtgebührenpflichtigen Parkplatz mehr gibt. Natürlich mit einer Bewohnerparkkartenregelung. Das haben wir damals bereits beschlossen. Es ist aber leider nie durchgeführt worden. Auch die zentrale Parkgarage ist nicht durchgeführt worden und, und und. Also, wir haben unsere Hausaufgaben nicht gelöst. Es sind aber die wesentlichen Punkte enthalten. Ich bin sehr stolz darauf, dass es heute gelungen ist, also mit diesen guten Leuten, Prof. Gobiet, Bergmann und Frewein, hier die Stadt Steyr an Experten gekommen ist, denen ich vertraue die Verkehrsprobleme der Stadt Steyr mithelfen zu lösen. Ich ersuche um Diskussion bzw. Zustimmung.

14) VerkR-1462/01 Gesamtverkehrskonzept Steyr 2003; Evaluierung und Überarbeitung des Verkehrskonzeptes 1993; Fortführung des Auftrages an die Stickler Consult durch die TU Graz.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Auftrag zur Fortführung des Gesamtverkehrskonzeptes Steyr 2003 wird aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA f. Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 16. 6. 2003 an die Technische Universität Graz, Institut für Straßen- und Verkehrswesen, Rechbauerstraße 12/2, A-8010 Graz, vergeben.

Die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von Euro 115.900,-- werden bei der VASSt. 5/031000/728000 (Stadtentwicklung und Stadtplanung/Entgelte für sonstige Leistungen, Planungen/Verkehrskonzept Überarbeitung) freigegeben. Die Restfinanzierung erfolgt 2004.

Die verkehrspolitischen Ziele der Stadt Steyr für das Gesamtverkehrskonzept Steyr 2003 werden wie folgt neu formuliert:

Sicherung einer auf Dauer tragbaren Mobilität von Personen und Gütern, damit

- die Lebens- und Umweltqualität verbessert wird,
- die wirtschaftliche Entwicklung positive Impulse erhält und
- das soziale Gefüge (Gerechtigkeit, Sicherheit, sozialer Zusammenhalt) gestärkt wird.

Dieses übergeordnete Ziel wird im Folgenden für die Stadt Steyr konkretisiert:

- Vermeidung unnötigen Verkehrs, da eine weitere Zunahme des motorisierten Individualverkehrs aus umweltpolitischen Gründen nicht erwünscht ist.
- Verlagerung von Verkehr auf umweltfreundliche Verkehrsmittel, um den Verkehr in möglichst umweltschonender Form abzuwickeln.
- Abwicklung des verbleibenden KFZ-Verkehrs in möglichst sozialverträglicher und umweltverträglicher Form.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Kollege Hack hat es natürlich schon eingeworfen, wir haben uns hier im Verkehrsausschuss nicht dafür ausgesprochen für diese detaillierte, scharfe Formulierung, weil uns das zu weit geht. Ich sage das bewusst so. Wir können uns wirklich finden in dieser jetzigen Formulierung. Ich möchte aber eines wirklich dazu sagen. Mir ist vollkommen klar, dass man das Unmögliche verlangen muss um das Mögliche zu bekommen. Aber zu glauben, dass sich der Individualverkehr verringert oder dass er kaum mehr steigt, das ist Illusion. D. h., wir müssen uns einstellen darauf, dass auch der Individualverkehr weiter fortschreiten wird. Alle Prognosen die wir derzeit auf den Tisch haben, belegen das. Jetzt Formulierungen fix hineinzunehmen wo eine ausschließliche Bevorteilung des Fuß- oder Radwegeverkehrs ist z. B. bei der Flächenaufteilung der Straße, das ist mir persönlich zu weit gegriffen. Wenn wir uns zum Kyoto-Ziel bekennen und möchten, dass in unsere Lebensräume weniger Abgase hinausgestoßen werden, dann müssen wir auch schauen, dass der Verkehr flüssig bleibt. Eine jede Studie belegt, dass die meisten Abgase durch einen Stau verursacht werden. D. h., ich bin durchaus für restriktive Maßnahmen, wenn die anderen Rahmenbedingungen geschaffen sind. Wenn z. B. der Ring um Steyr tatsächlich da ist, dass der unnötige Verkehr nicht mehr durch die Stadt geht, sondern um die Stadt herum geleitet wird, oder auch bitte schön, da gibt es die BMW-Studie die in Köln jetzt auch gemacht wurde, wie allein ein dynamisches Parkleitsystem den Suchverkehr verringert und wie viele tausend Stunde hier, PKW-Stunden, eingespart werden wenn man vernünftig vorgeht. Ich glaube in diese Richtung sollte man gehen und darum, mit der jetzt gefassten Formulierung im Amtsbericht, können wir uns durchaus finden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Herr Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich möchte meinen Vorrednern diesbezüglich zustimmen, dass es die Notwendigkeit gibt, dieses Verkehrskonzept in Auftrag zu geben. Es hat die Diskussionen in den einzelnen Gremien, Verkehrsausschuss aber auch in formale Gremien gegeben - was war das für ein Gremium?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ein Unterausschuss.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

... wo wir eigentlich eh schon sehr intensiv darüber diskutiert haben. Es ist ein bisschen spät daher gekommen muss man sagen, dass wir uns jetzt innerhalb einer Woche über die Ziele der Verkehrspolitik, die sicher auch den Bürgermeister interessieren müssten, unterhalten müssen, aber ich kann mit dem Antrag auch leben. Natürlich hätte ich auch mit dem weitergehenden Vorschlag leben können, da ich glaube, dass sie sehr zielgerichtet sind. Die drei Sätze die in unserem Antrag enthalten sind, haben natürlich einen umweltpolitischen Hintergrund und der Kollege Mayrhofer hat Kyoto angesprochen und dieses Kyoto-Thema möchte ich aufnehmen. Wir sind konfrontiert mit wachsendem Verkehr, keine Frage, aber alle Experten vom Landesbeauftragten für Klimaschutz beginnend ...

Es ist ziemlich fad, wenn man da nicht reden kann und ständig rennen irgendwelche Nebendiskussionen. Der Antrag kommt doch nachher zur Diskussion und da können wir auch noch darüber reden. Oder? Ich glaube, es ist ein wichtiges Thema.

Die drei Punkte haben den umweltpolitischen Aspekt sehr in den Vordergrund gestellt. Dass wir mit wachsenden Individualverkehr konfrontiert sind, das ist uns allen klar. Aber es steht ziemlich klar auch drinnen es geht um die Vermeidung unnötigen Verkehrs. Ob der Verkehr jetzt wachsend ist oder nicht, dass es unser Ziel sein muss unnötigen Verkehr zu vermeiden, ich glaube, da können wir uns alle treffen, dass es dann um die Lebensqualität ect. geht, das ist auch klar. Also, ich bin froh, dass auch die ÖVP diesem Antrag, diesem Verkehrskonzept zustimmt. Ich glaube auch, dass alle Module notwendig sind. Ich freue mich, dass dieser Antrag heute noch zum Beschluss kommt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es eine weitere Wortmeldung. Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich hat es auch Vorschläge gegeben, diese präziserte Vorstellung des Grundsatzbeschlusses noch viel mehr im Detail zu präzisieren und noch viel genauere Punkte in Vermeidung des motorisierten Individualverkehrs hineinzuschreiben. Das ist gar keine Frage. Aber sie werden mir vielleicht in zwei, drei Jahren Recht geben, es wäre gescheiter es auszuformulieren was man will, wo man hin will, als wenn man sich hier auf drei Überschriften beschränkt. Natürlich ist es besser als gar nichts. Vielleicht haben wir irgendwann einmal Gelegenheit eine Revue passieren zu lassen.

Zum Individualverkehr, natürlich wird der vermehrt und wird er weiter steigen. Aber selbst BMW als Autoproduzent und –hersteller hat schon 1995 die Stadt Steyr massiv unterstützt in der Untersuchung des Verkehrs. Sie haben damals den Einbahnring in der Stadt Steyr untersucht. Sie haben gesagt der wird kommen, die Zeit ist noch nicht reif. Das hat damals der Herr Dr. Rein vom Vorstand BMW München dann inszeniert bzw. untersucht hat die Deutsche renommierte Verkehrsuntersuchungsfirma Schönharting & Partner. Ich habe sie drüben, wem es noch interessiert und wer die Studie noch nicht kennt, die ist hoch aufschlussreich über einen Einbahnring in Steyr. Also auch das wird in Zukunft ein Thema werden. Aber was der Sinn ist, dass man unnötigen Verkehr, den man heute mit dem Auto zurücklegt, entweder zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem öffentlichen Verkehr zurücklegt. Das ist das Ziel. Das Fahrrad hat Gott sei Dank in den letzten paar Jahren auch in Steyr einen sehr großen Aufschwung bekommen. Nicht nur in Salzburg, nicht nur in Graz, auch in Steyr hat sich etwas getan, wo ich auch sehr froh bin.
Herr Bürgermeister, ich ersuche um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. In meinem nächsten Antrag geht es um eine Empfehlung des gemeinderätlichen Verkehrsausschuss an den Gemeinderat, dass hier der Gemeinderat eine Empfehlung beschließen soll.

15) VerkR-775/03 Empfehlung eines Standortes für eine zentrumsnahe Parkgarage.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Bezirksverwaltungsangelegenheiten, FA für Verkehrsrecht und öffentliche Sicherheit, vom 25. 06. 2003, wird folgender Empfehlung des Verkehrsausschusses zugestimmt:

Für die Errichtung einer zukünftigen zentrumsnahen Parkgarage wird der Standort „Werndlpark“ empfohlen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aufmerksamen Leser wird es nicht entgangen sein, dass es hier nicht die Aufgabe der Verkehrsabteilung sein kann, Bezirksverwaltung, eine Standortempfehlung für eine Parkgarage abzugeben. Das ist nicht deren Aufgabe. Das habe ich auch ganz deutlich den vorgesetzten Behörden gesagt. Aber mangels an Bereitschaft vonseiten der Zuständigen hat das eben die Bezirksverwaltung machen dürfen. Nur so zum Prozedere, weil ich denke es ist wichtig,

dass dieser Antrag heute im Gemeinderat ist.

Es gab hier einige Diskussionen über den Standort der zentrumsnahen Garage. Nach der Untersuchung die über den ruhenden Verkehr, Parkraumbedarf und Standortanalyse Parkgarage von der technischen Universität Graz, darf ich ihnen die Punkte noch vorlesen, zusammengefasst, dass der Parkraumbedarf derzeit keinen zusätzlichen Bedarf an Stellplätzen ergibt: „Trotz kleinräumiger Überlastung im Bereich Stöger Straße/Promenade, am Vormittag zwischen 9 und 12 besonders, weil in der City-Point-Garage und in der Wieserfeldplatzgarage noch deutliche Reserven vorhanden sind. Problem der gemischten Bewirtschaftungsform im Bereich Stöger Straße/Promenade Parksuchverkehr. Problem, das sich auch bei einer Untersuchung von 50 repräsentativen deutschen Beispiel Städten zeigt. Als Sofortmaßnahmen wurde von der TU vorgeschlagen: einheitliche Bewirtschaftungsform im Bereich Promenade/Stöger Straße in Form von gebührenpflichtigen Kurzparkzonen.“ No na, auch das ist nichts Neues. Meine sehr verehrten Damen und Herren im Gemeinderat, das haben wir bereits bei Stickler 1:1 drinnen gehabt. Nur, ich glaube, es waren 7 oder 8 Abstimmungen im Verkehrsausschuss. Man konnte sich nicht dazu durchringen diesen, einmal beschlossenen Forderungskatalog im Verkehrswesen eine Zustimmung zu geben, weil man auch, und wie heute auch der Kollege Eichhübl es im Rahmen des Budgetabschlusses 2002 erwähnt hat, den Forderungen, die wir gestellt haben für das Budget 2002, dass man einen Dauerparkplatz für die Mitarbeiter hier im Zentrum schafft, weil man hier nicht nachgekommen ist. Man hat das wohl ins Budget aufgenommen aber man hat nicht einmal Gespräche geführt geschweige denn sie zu Ende geführt. Hier ist noch sehr großer Nachholbedarf da. Die Standortanalyse Parkgarage mit Hilfe einer Nutzwertanalyse verschiedene Beurteilungsbereiche und vorgegebene verkehrspolitischen Zielen der Stadt Steyr, eine Zusammenfassung der Nutzwertanalyse. Platz 1 kommt die Hausgarage Werndlpark gefolgt vom Stadtplatz und an dritter Stelle der Standort Promenade mit Lift und Zugang zum Stadtplatz. Zielgewichtig durch die Mitglieder des Verkehrsausschusses, Befragung im Rahmen einer Verkehrsausschusssitzung, das war auch ganz interessant, hat ungefähr dasselbe Ergebnis gegeben. Ich darf auch sagen, dass ich etwas enttäuscht bin über die doch relativ mangelnde Diskussionsbereitschaft innerhalb und außerhalb hier im Rathaus, in der Bevölkerung. Es hat nicht wirklich, meines Erachtens, eine intensive Diskussion stattgefunden. Das hat es nicht so sehr gegeben, wie ich es mir gewünscht habe. Es gab dann schlussendlich in den Gesprächen „Stadtplatz im Aufbruch“ in der letzten Sitzung eine schriftliche Unterstützung bzw. einen schriftlichen Antrag der Hausbesitzer für den Standort Promenade. Die Geschäftsleute auf dem Stadtplatz, die für mich sehr wichtig sind, haben dort mündlich einstimmig erklärt sich ebenfalls für den Standort Promenade zu entschließen und zu votieren. Sie haben mitgeteilt, dass sie das auch noch schriftlich tun werden, was sie bis jetzt nicht getan haben. Ich sage es wie es ist. Meine persönliche Meinung ist, aus der Erfahrung jetzt als 12 Jahre Verkehrsreferent. Wenn es nicht gelingt direkt im Zentrum eine Stellplatzmöglichkeit in ausreichender Form anzubieten, wird das Zentrum massive Probleme bekommen. Meine persönliche Meinung ist, und ich bitte um Verständnis dafür, dass, ich halte die Werndlparkgarage für zu exzentrisch. Mein Haupteinwand gegen diesen Standort ist der, dass der Grünmarkt dann nicht in dieser Form verkehrsberuhigt werden kann wie er sollte. Wir werden den Verkehr auf dem Stadtplatz mit so einer exzentrischen Parkgarage weiterhin in dieser Form, mehr oder weniger, tolerieren müssen und aufrecht erhalten müssen. Der Grünmarkt leidet ja auch daran, dass die Attraktivität, die Durchgangsbreite, der Autoverkehr, dass die Attraktivität nicht gegeben ist für ein Einkaufserlebnis. Wenn man nun die exzentrisch gelegene Garage, die ich nebenbei für städtebaulich schlicht und einfach unverträglich halte, auch dort sind sehr große und viele Bäume, das ist dort der Platz, der am meisten sichtbar ist, die Verkehrslösung, obwohl sich schon einige Leute Gedanken gemacht haben, sehe ich nicht, dass sowohl der Individualverkehr als auch insbesondere der Fuß- und Radwegverkehr in irgendeiner stadtbildverträglichen und fußgängerfreundlichen Form angebanden werden kann. Ich sehe es nicht. Alle Vorschläge die bis jetzt gemacht worden sind, sind nicht tauglich, dass dieser Standort wahrscheinlich sehr problematisch sein wird.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Was empfehlst denn dann du?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das kommt schon. Darum erlauben sie mir, dass ich ähnlich, wie ich in den Diskussionen immer gesagt habe, dass mir eine zentrale Garage wichtig ist. Ob das jetzt auf der Promenade oder auf dem Stadtplatz ist, ich halte beide für gleichwertig. Mein bevorzugter Standort ist die Stadtplatzsituation. Ich habe auch kein Problem mit einem Promenadestandort. Nur dann kann im Zentrum dieses Problem, und das ist eines von vielen Problemen hier im Zentrum, gelöst werden. Ich denke, die Stadt Steyr hat nicht nur eine moralische sondern auch eine wirtschaftliche, eine persönliche massive Verpflichtung dieses Problem zu lösen. Das gehört zu den Hausaufgaben einer Stadtpolitik dazu,

dass man das Parkproblem löst. Es ist ein Irrglaube zu denken, dass unsere Besucher, dass unsere Gäste, dass unsere Mitarbeiter alle mit dem Fahrrad oder mit dem öffentlichen Verkehr anreisen. Das spielt es leider nicht. Wir müssen bewusst mit allen Verkehrsmitteln umgehen. Dass das Parken was kosten wird, das hat mittlerweile auch jeder akzeptiert und das ist auch eines der hervorragenden Ergebnisse, auch bei der Einführung der gebührenpflichtigen Parkplätze, dass es hier bis heute kaum Beschwerden gegeben hat. Das ist von der Bevölkerung her, die Form, akzeptiert worden. Ich denke, wenn wir behutsam damit umgehen und eine wirkliche zentrale Garage machen, und das empfehlen ja auch alle Wirtschaftsfachleute, von RegioPlan in Wien, alle sagen, macht das im Zentrum, alles andere bringt dem Standort nichts. Der Vorzug wäre, ähnlich wie in Linz, dass man die Ausgänge natürlich auch, wenn man es am Stadtplatz macht, aber auch Promenade, direkt in den Häusern, in den Innenhöfen, integrieren könnte. Machbar ist es, man muss es nur wollen. Ich erlaube mir daher gegen meinen eigenen Antrag zu stimmen, weil ich als Demokrat die Entscheidung des Verkehrsausschusses zur Kenntnis nehme, ich bringe die Entscheidung dem Gemeinderat vor, ich erlaube mir aber eine abweichende Meinung dazu. Ich danke ihnen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es noch eine Wortmeldung? Vzbgm. Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich war nicht im letzten Verkehrsausschuss, weil ich verhindert war und war eigentlich der Meinung, dass der Vorschlag, der heute zur Beschlussfassung als Empfehlung vorliegt, eigentlich von allen mitgetragen wird. Natürlich kann man immer unterschiedlicher Auffassung sein und was ist das Beste und was ist das Zweitbeste. Wir haben ja im Vorfeld da etliche Diskussionen, also wir diskutieren über das schon länger, auch in einer quasi kleineren Arbeitsgruppe haben wir auch darüber diskutiert, wo ich sehr wohl immer dabei gewesen bin und wir sind eigentlich alle der Meinung gewesen, dass theoretisch der beste Standort der Stadtplatz wäre. Aber es geht nicht nur darum, dass wir uns in der grauen Theorie bewegen, sondern es geht auch darum, dass wir Beschlüsse fassen die realisierbar und machbar sind. Ich habe geglaubt, dass wir in dieser Arbeitsgruppe da auch eine weitgehende Übereinstimmung haben. Ich habe tatsächlich gemeint Herr Verkehrsreferent, dass wir heute, anlässlich, zumindest ist es noch inoffiziell, dass sie bei der letzten GR-Sitzung noch diesen Schritt auch mit vollziehen wollen, dass wir nach vielen Diskussionen eine Empfehlung über den Standort einer citynahen Parkgarage abgeben wollen und das auch einleiten und in diese Richtung auch lenken wollen. Also, diese Überzeugung habe ich jetzt nicht mehr. Ihr Verhalten, dass sie jetzt auf einmal sagen, wenn nicht der beste Standort gewählt wird, dann bin ich einfach dagegen. Das ist meines Erachtens nicht eine verantwortungsvolle Politik die man betreiben kann. Also, ich habe das noch nie von ihnen gehört, dass sie gegen die Werndlparkgarage sind. Das habe ich von ihnen noch nie gehört. Ich habe es noch im Ohr, wie sie mit dem Ergebnis und mit der Untersuchung von der TU Graz gegangen sind und haben gesagt, die haben es uns jetzt auch noch gesagt, dass dort ein geeigneter Standort ist und in diese Richtung wird das auch gehen. Jetzt auf einmal ist das ganz anders. Ich bin schon etwas irritiert. Ich glaube, dass es auch die Aufgabe von uns ist, wie ich zuerst schon gesagt habe, die Empfehlung dorthin abzugeben was auch machbar ist und nicht irgendetwas zu empfehlen was dann sowieso nicht realisierbar ist. Das hilft uns nämlich um keinen Schritt weiter. Dass am Stadtplatz das nicht realisierbar ist, ich glaube, solche Träumer dürfen wir nicht sein, zu glauben, dass das machbar ist. So schön was es auch wäre, aber das ist nicht umsetzbar und würde auch die ganze Kaufmannschaft auf die Palme bringen und wer weiß, ob es dann am Ende der Fertigstellung überhaupt noch Kaufmannleute am Stadtplatz geben würde. Wir haben das wirklich diskutiert. Die zweite Variante die sie jetzt empfehlen wahrscheinlich, dass sie sagen Promenade, ich glaube, das ist auch vergossene Milch. Über das haben wir schon diskutiert und es sind keine neuen Erkenntnisse dazu gekommen. Wir haben uns, wenn ich es noch so gut in Erinnerung habe, im hohen Ausmaß, aus vielen oder mehreren Gründen haben wir gesagt, die Promenade ist auch nicht realisierbar. Es mag zwar ein paar Argumente dafür geben, dass es dort nicht schlecht wäre, es gibt aber eine Reihe Argumente dagegen. Dadurch ist meines Erachtens die beste Variante, unter anderem noch, weil es gibt ja noch mehrere Varianten, es gibt ja nicht nur die drei, es gibt ja mehrere Vorstellungen, Werndlpark ist und ich glaube, und an das werden wir uns auch wahrscheinlich in Zukunft gewöhnen müssen, wenn man da vorher im Generalverkehrskonzept, wenn da schon ein paar provokante Formulierungen drinnen sind, Individualverkehr zurückdrängen, und dann, wenn es um den Standort bei der citynahen Parkgarage geht, dann sind wir nicht einmal bereit dem Autofahrer drei, vier oder fünf Minuten Gehzeit ins Zentrum zuzumuten. Also, das ist schon sehr widersprüchlich. Ich glaube, dass diese Empfehlung, die wir heute abgeben, Werndlpark, der geeignetste Standort für eine citynahe Garage ist, dass das eine gute Entscheidung sein wird.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Kupfer ist der Nächste.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aufgabe ist nicht leicht. Der Platz in unserer Stadt ist sehr begrenzt eine Parkgarage unterzubringen. Die Studie die wir in Auftrag gegeben haben, haben wir gemeinsam in Auftrag gegeben und wir haben sie auch als Grundlage genommen, diese Thematik gemeinsam zu diskutieren. Natürlich gibt es Argumente die für einen Standort Stadtplatz sprechen. Keine Frage. Speziell wenn man sich vorstellt die Garage wäre schon da. Das kann ich mir gut vorstellen. Ähnlich wie in Linz. Das ist natürlich der attraktivste Weg auch dann sofort in das Rathaus, in alle Geschäfte ect. zu kommen. Ähnliches gilt für die Promenade. Wenn ich mir das vorstelle, die Zugänge ect., wenn ich mir vorstelle es gäbe keine Bürgerproteste und die Bäume müssten nicht gefällt werden, wäre auch vorstellbar. Auch die Zufahrten wären kein Problem. Nur das Problem was wir bei diesen beiden Standorten haben ist, dass sie so problembehaftet sind und wenn wir die Entscheidung für einen dieser beiden Standorte treffen, dann können wir uns ganz sicher sein, dass wir in den nächsten 10, 15, 20 Jahren keine Parkgarage haben. Dass wir eine Parkgarage in Steyr haben wollen, eine zentrumsnahe Parkgarage, weil wir eine Attraktivierung wollen, nicht weil es derzeit zu wenig Parkplätze gäbe, aber weil wir eine Attraktivierung des Parkens wollen, ist es einfach Aufgabe der Politik einen Standort zu suchen der auch machbar ist. Ich höre die Worte unseres Verkehrsreferenten der uns eindringlichst gebeten hat bitte einen einstimmigen, einen gemeinsamen Beschluss zu fällen, damit dieses so wichtige Thema gemeinsam in dieser letzten GR-Sitzung, noch dazu in der letzten Sitzung für sie als Verkehrsreferent, beschlossen wird. Ich glaube, keine Fraktion hat es sich leicht gemacht. Jede Fraktion hat auch andere Standorte zum Teil in den letzten Monaten und Jahren wieder in Aussicht gehabt. Dass dieser Kompromiss nun gefunden worden ist, da haben alle ein bisschen eine Überwindung gebraucht. Darum wundert es mich auch sehr, dass wir diesen Beschluss heute nicht gemeinsam tragen. Ich möchte aber auch noch hinzufügen, wenn wir heute diese Entscheidung fällen ist die Aufgabe natürlich nicht vorbei, dann beginnt es erst. Wir haben eine Menge an Aufgaben zu lösen. Von der städtebaulichen architektonischen, an diesem sehr wohl prominenten Platz, über die wichtige Verbindung wie bringe ich die Kunden in die Stadt oder die Besucher der Parkgarage, wie finanziere ich die Parkgarage, wie schaffe ich die Einbindung in die Schönauer-Brücke ect., das sind auch bei diesem Standort sehr, sehr diffizile Fragen. Ich glaube aber trotzdem, dass eine Parkgarage im Innenstadtring verkehrspolitisch das Gescheiteste ist. Wir fangen den Verkehr dort ab wo er ist und leiten ihn nicht in das Zentrum und ich glaube, dass es auch mit der Aufwertung des Areals Eybl/Schiffmeister und dieser Parkgarage auch zu einer dringend notwendigen Aufwertung des Grünmarktes und ich hoffe auch im Verlauf für das Stadtzentrum kommen kann.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Hack.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich glaube, es ist sicher eine der schwierigsten und eine der weitreichendsten Entscheidungen der letzten Jahre für die Innenstadt, wobei es sicher nicht nur den Stadtplatz betrifft, sondern die ganze Innenstadt. Das ganze Rundherum wird davon sicher beeinflusst werden. Es ist eine sehr schwierige Entscheidung und aus Sicht der Geschäftsleute gibt es natürlich ganz unterschiedliche Ansätze ob ich jetzt in der Enge oder am Grünmarkt mein Geschäft habe. Man kann von schönen Dingen träumen, man kann von optimalen Dingen träumen wo man glaubt es ist das Allerbeste, aber wenn es nicht umsetzbar ist, dann ist es immer noch ein schöner Traum. Wir glauben natürlich, dass die Promenade der ideale Standort wäre mit Ausgängen direkt heraus auf den Stadtplatz. Aber es ist, so wie es aussieht, nicht realisierbar. Wenn dann die Denkmalschützer sagen, super, ich schlage dort mein Zelt auf, und grabt den Stadtgraben dann händisch aus, weil da könnten wunderschöne alte Dinge drinnen sein, was wahrscheinlich der Fall ist, dann müsste man Verzögerungen von wahrscheinlich 1, 2 Jahren hinnehmen. Hier geht es wirklich darum, es muss eine schnelle, konkrete und wirklich eine reale Sache sein, die hier jetzt angegangen wird. Geredet wurde schon lange, diskutiert wurde noch viel länger und ich glaube es geht darum, was ist realistisch. Die 80 Meter Entfernung, das ist natürlich ein heikler Punkt, wie man das dann überwinden kann. Aber ich glaube, dazu gibt es gute Architekten und auch gute Vorschläge wie man das wirklich attraktiv macht, dass man das Gefühl hat in die Stadt hinein zu kommen.

Eine Parkgarage am Stadtplatz wäre wahrscheinlich auch schön, aber dann sind einmal die ganzen Geschäfte sicher weg. Es gibt dann vielleicht eine Neubesetzung aber das würden wir alle zusammen wahrscheinlich nicht überleben und ob es die Häuser überleben, das ist die zweite Frage. Wichtig ist natürlich jetzt dann gleich nach diesem Beschluss auch die Rahmenbedingungen zu untersuchen. Da muss man natürlich schauen, dass die Rahmenbedingungen dann allen entgegen kommen die davon etwas haben sollen. Das sind die Besucher, das sind die Leute die einkaufen gehen aber natürlich auch die Bewohner, auch die Mitarbeiter der Innenstadt, dass das wirklich zusammen passt. Ich glaube, da geht es jetzt wirklich an das Eingemachte, da geht es an das Konkrete, aber grundsätzlich dass man sagt, das ist realistisch, hier kann es gemacht werden, hier soll es rasch umgesetzt werden, alles andere muss dann danach abgestimmt werden. Ich glaube es ist einfach wichtig, es jetzt schnell anzugehen. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich GR Hauser.

GR Wetzl verlässt um 18.30 Uhr die Sitzung.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, meine werten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Ein Thema, das uns schon lange beschäftigt, haben schon einige Vorredner zuerst gesagt, und trotzdem denke ich mir, dass wir, wenn wir den heutigen Beschluss gefällt haben, erst am Anfang stehen. Denn es ist natürlich durchaus so, dass man von schönen Standorten träumen kann, wenn sie sich nicht realisieren lassen. Ich möchte nur hinweisen, dass sie, Herr Dr. Pfeil, zuerst gesagt haben, dass sie also keine Verkehrslösung noch in Sicht haben für die Parkgarage Werndlpark. Es gibt aber auch keine Verkehrslösung für eine Parkgarage Promenade oder Stadtplatz. Auch hier gibt es nur Ideen. Es gibt genauso aber auch diese Ideen für die Parkgarage Werndlpark. Ob sie ihnen gefallen oder nicht, das mag schon durchaus in ihrer persönlichen Beurteilung sein, aber es mag auch in unserer Beurteilung sein ob uns das auf der Promenade oder am Stadtplatz gefällt oder nicht und das sind eben die unterschiedlichsten Zugänge.

Die zweite Geschichte dabei ist, dass ich einfach sage, man muss sich schon manchmal auch die Kostenfrage überlegen. Ich glaube nicht, dass wir hier herinnen jemanden finden werden der sofort die Hand hebt, dass wir sagen, wir als Stadt bauen diese Parkgarage. Ja, ja, der Herr Hack natürlich als Geschäftsmann sagt wahrscheinlich als 1. das soll so sein. Aber grundsätzlich glaube ich nicht also jetzt nicht, dass wir da alle so hergehen und sagen, jetzt legen wir einmal das Geld auf den Tisch und bauen die Parkgarage und dann werden wir schon sehen was passiert. Da muss man schon dazu sagen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, eine Parkgarage auf der Promenade kostet in etwa so viel, was auch die drei Zugänge auf den Stadtplatz kosten. Und die drei Zugänge auf den Stadtplatz, das schaue ich mir an, wer die dann baut. Oder wenn ich mir z. B. vorstelle, was man am Stadtplatz alles sichern müsste, damit da nichts passiert, damit man da unter dem Stadtplatz eine Tiefgarage hinein bringt, geschweige denn was man am Ennskai tun müsste, dass man zu- und wegfahren könnte. Also, ich denke mir ganz einfach, so lapidar gesagt, das wären die besseren Standorte, ohne sozusagen ein bisschen daneben zu schauen was sonst noch passiert, das ist nicht sehr fair. Daher haben wir uns im letzten Verkehrsausschuss wirklich lange darüber unterhalten und das demokratische Prinzip, das hat der Herr Dr. Pfeil ja selbst unterstrichen, dass er hier diesen Antrag vorgetragen hat, würde aus meiner Sicht auch dazu gereichen, dass man dann zu diesem dort gefassten Beschluss auch steht und sich nicht dann hier her stellt und sagt, aber in Wirklichkeit bin ich für etwas anderes. Ich trage euch zwar das vor, aber dafür bin ich nicht. Warum ich zuerst gesagt habe wir stehen erst am Beginn der Angelegenheit, das hat sich auch im Verkehrsausschuss schon in der Diskussion gezeigt, wie wir nur ganz leise darauf getippt haben, dass natürlich hier im Umfeld sich was verändern muss. Ich sage da nur dazu: Verringerung der Stellplätze auf der Erde. Und Verringerung der Stellplätze auf der Erde beinhaltet für mich nach wie vor den Gedanken, den ich noch immer nachhänge, eines autofreien Stadtplatzes. Na da, da fahren sie gleich los, da werden gleich die Kanonen aufgebaut. So kann es ja nicht sein, sagen viele dann. Aber es kann auch nicht sein, dass wir 350 oder 400 Stellplätze bauen und es tut sich nichts auf der Erde, weil man es angeblich braucht. So geht es aus meiner Sicht auch nicht, dass wir heute hier auf der einen Seite darüber diskutieren dass wir eine Parkgarage bauen, im Umfeld soll sich auch nichts ändern und dann werden wir schauen, wie denn diese Dinge befüllt werden sollen. Eines ist auch klar, und ich glaube ganz einfach, dass wir auch ehrlich uns selbst gegenüber sein müssen, die Studie der TU Graz hat ganz eindeutig ausgesagt, dass wir derzeit genügend Parkraum haben. In Wirklichkeit unterwerfen wir uns dem Druck der auf uns alle wirkt, dass die Innenstadt, und da meine ich jetzt vor allen Dingen den Stadtplatz und das nähere Umfeld, gefährdet sind, nicht zu überleben, wie uns das

gesagt wird. Ich glaube auch bei manchen Dingen, dass das durchaus richtig sein mag. Wir sollten aber auch aufpassen, unsere Stadt nicht selbst krank zu reden. Weil wenn ich dann so Schlagzeilen lese, dass in Wirklichkeit der Stadtplatz eh schon stirbt, dann bin ich gespannt was eine Parkgarage helfen soll. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir diese Empfehlung gemeinsam beschließen werden, hoffentlich uns alle gemeinsam in die richtige Richtung bewegen werden, aber nicht darauf vergessen, dass wir erst am Anfang der Lösung des Problems stehen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Es gibt keine weitere Wortmeldung. Ich möchte noch was dazu sagen. Ich glaube, dass die Diskussionen im Team „Stadtplatz im Aufbruch“ aber auch im Verkehrsausschuss und Gemeinderat schon sehr häufig geführt worden sind und dass wir jetzt endlich einmal bei dem Punkt sein sollten wo wir sagen, dort wollen wir sie haben. Es hat auch ein langwierige Diskussion im Vorfeld gegeben und ich möchte wirklich einmal zu dem Punkt kommen dass wir sagen, wo stellen wir die Parkgarage wirklich hin. Das war eigentlich der Grund, warum wir die Studie in Auftrag gegeben haben, das war eigentlich der Grund, warum wir viel Geld in die Hand genommen haben und wo wir gesagt haben, wir wollen bis zum Sommer dieses Jahres endlich diesen Standplatz haben. Ich finde es nicht in Ordnung, dass man sich dann herstellt und sagt, wir haben zwar jetzt eine umfangreiche Diskussion, wir haben eine wissenschaftliche Untersuchung und wir haben eine politische Abstimmung, aber ich stehe nicht dazu. So kann es wohl nicht sein. Es muss irgendwann einmal ein Punkt gemacht werden und dann müssen wir sagen wo wir sie hinstellen wollen. Ich gebe auch dem Willi in dem Punkt Recht, das wir sagen, wir sind natürlich jetzt noch lange nicht am Ende. Aber wir haben uns jetzt einmal auf einen Punkt geeinigt. Genau zu diesem Zweck, dass wir sagen wo stellen wir sie hin, habe ich einmal mit einem Parkhausbetreiber, mit dem größten Parkhausbetreiber, Gespräche geführt, wie er sich das vorstellen könnte wie man denn so etwas umsetzt. Das war sehr ernüchternd für mich, das muss ich auch ganz klar sagen. Man braucht sich ja nur die paar Beispiele vor Augen führen die in Steyr schon in der Vergangenheit umgesetzt worden sind. Jedes Parkhaus das in Steyr gebaut worden ist, ist ja im Vorfeld diskutiert worden, auch in der Richtung, wo machen wir überall Parkplätze zu oder wo erschweren wir das Parken in der Umgebung, damit ja die Leute dann in das Parkhaus hinein fahren. Genauso diskutiert die Firma Abkorn mit mir, der dann sagt, wenn ich da vorne eines hinstellen würde, dann stelle ich ganz bestimmte Bedingungen daran, dann sind ganz bestimmte Bedingungen notwendig um mit Sicherheit dieses Parkhaus zu einer 65 %igen Auslastung zu befüllen. Nur unter diesen Bedingungen würde er ein Parkhaus betreiben. Er hat gesagt, das werden wir auf diesem Standort höchstwahrscheinlich nicht erreichen, wenn nicht sehr viele Maßnahmen gesetzt werden, die die Leute dort hineinzwingen. Er sagt, er könnte sich natürlich vorstellen, und das würde er mir empfehlen, dass man mit dem Grundbesitzer dort redet. Es gibt ja dort einen privaten Grundbesitzer und dass der Grundbesitzer dort ein interessantes Gebäude hinstellt, wo unter Umständen auch ein Geschäft drinnen ist, wo er für dieses Geschäftslokal Parkplätze braucht und dann kann man darüber reden ob man nicht eine Etage darunter macht, damit auch für den öffentlichen Verkehr dort Parkplätze geschaffen werden können. Aber alles andere, dass man ein wirtschaftliches Betreiben macht von einem Parkhaus das da draußen im Werndlpark steht und man macht dort 350 Parkplätze hin und sonst nichts, das würde dazu führen, dass es uns so geht wie den Bad Hallern vor einigen Jahren, wo halt dann niemand drinnen steht. Mich hat auch in der Vergangenheit der Herr Hartlauer angerufen, der offensichtlich von dieser Diskussion etwas mitbekommen hat, dass es den Wunsch Promenade wieder gibt. Er hat mir gesagt, er kann sich vorstellen, dass man dort 800 Parkplätze hinmacht. 800 Parkplätze, also da muss ich wirklich sagen, 800 Parkplätze in diesem Bereich, das wäre, also, wahrscheinlich wenn wir die mit 65 % befüllen würden, dann stehen sonst nirgends mehr Autos. Nur damit man auch einmal die Grundlagen sieht, wie es jetzt aussieht. Also, man kann nur sagen es muss eine kontinuierliche Entwicklung auch der Stadt geben. Jetzt sage ich einmal, gestern haben wir eine Präsentation der drei Architekten gehabt und die haben eine Bebauung des Bereiches rechter Brückenkopf dargestellt. Wenn das wirklich nur einigermaßen umgesetzt wird und wenn auch in diesem Bereich eine Belebung stattfindet und wenn die Ennsleite besser in diesen Bereich einbezogen wird, der Grünmarkt wieder belebt wird, dann werden auch solche Themen wie Parkhäuser einfacher zu lösen sein. So schaut es aus meiner Sicht aus.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich möchte hier nachstoßen und wirklich alle ersuchen sich zu überlegen, welche Auswirkung diese

Abstimmung und das Ergebnis einfach mit sich bringt. Wir wissen alle, dass uns die Entscheidung nicht leicht gefallen ist, es hat lange genug gedauert. Wenn wir jetzt wieder ein sehr differenziertes Abstimmungsverhalten an den Tag legen, dann wird die Diskussion über den Standort weiter gehen und damit ganz klar eine Verzögerung der Realisierung und damit helfen wir mit Sicherheit niemanden. D. h., ich appelliere wirklich an sie, Herr Dr. Pfeil, springen sie über ihren Schatten und im Interesse der Betroffenen finden wir endlich eine Lösung. Wenn es nicht die beste Lösung ist, dann ist es halt die zweitbeste Lösung.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ja das Problem, dass wir in Steyr immer zweit- und drittbeste Lösungen machen. Das ist genau der Punkt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist die beste Lösung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich mache das nicht aus Jux und Tollerei. Herr Bremm, sie haben gesagt, für sie ist das jetzt neu, dass ich meine Meinung geändert habe. Das stimmt gar nicht. Ich weiß nicht, ob sie das Amtsblatt lesen. Das ist ja nicht irgendein Geheimblatt. Da steht drinnen, vor drei Monaten habe ich das auch kund getan, laut und deutlich, für welchen Standort ich eintrete. Um auch die Diskussion ein bisschen zu kitzeln, weil mir zu wenig gekommen ist von allen. Ich habe laut und deutlich gesagt, ich trete für den Stadtplatz ein. Nix war. Jetzt weiß ich nicht, im Verkehrsausschuss habe ich immer die Meinung vertreten, dass natürlich, fern von allen Fraktionen, und ich würde mir nie trauen meiner Fraktion, meinen Mitgliedern vorzuschreiben was sie abzustimmen haben. Der eine wird dafür sein und der andere nicht so. Das ist so bei uns. Ich weiß nicht, wie sie denken. Natürlich wäre mir eine einstimmige Erklärung hier dazu auch sehr wichtig. Aber besonders aus zwei Gründen kann ich mich nicht entschließen für diesen Standort zu votieren. Vor allen Dingen einmal die Überlegungen der Wirtschaft von Fachleuten die wirklich von Standortanalysen was verstehen und zum 2. die Auswirkungen auf die Umwelt dort insbesondere auf das Stadtbild. Diese zwei Punkte, wobei der zweite Punkt mit den Verkehrsbeziehungen zusammen hängt, ist für mich sehr, sehr schwierig darzustellen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Herr Dr. Pfeil, erklären sie uns, wie man die anderen Standorte realisieren könnte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich komme schon dazu. Zum 3., es ist gesagt worden, ja, das ist alles nicht machbar bei uns in Steyr. Ich habe es im Verkehrsausschuss nicht einmal, ich habe es mehrfach gehört, es ist auch im Internet abrufbar, schauen sie sich das Parkhausprojekt Kastner und Öhler in Graz an. Dort gibt es ein Palais von Kastner und Öhler, ein riesiges Einkaufszentrum, die haben folgende Überlegung gehabt. Bauen wir was oder siedeln wir ab nach Seiersdorf. Die haben Folgendes beschlossen, im Zentrum, rundherum haben sie keine Platz gehabt, keinen Quadratzentimeter. Sie haben das ganze Palais auf provisorische Stelzen gestellt, mit Traversen, und haben darunter, wie in einem Spielzeughaus, ich weiß es nicht, 500 oder mehr, Parkplätze geschaffen. Im Herbst wird es eröffnet. Es wird sich rechnen. Die machen das nicht aus Jux und Tollerei. Die zwei Eigentümer die machen das nicht, weil sie in Graz verliebt sind, die machen das, weil es sich rechnet. Unter schwierigsten Bedingungen haben die dort das geschafft. Ich denke, dass das auch hier machbar wäre, auch auf dem Stadtplatz. Jetzt komme ich zu ihrer Frage Herr Kupfer. Gerade auf dem Stadtplatz wäre ja der große Vorteil, dass man den Grünmarkt und den Stadtplatz vom nicht gewünschten Verkehr wirklich befreien kann. Natürlich muss ich hier einen Teil des Kais zweispurig ausführen. Das ist überhaupt keine Frage. Man muss die Einfahrt und Ausfahrt im Bereich der Eisengasse machen. Technisch machbar. Einem möchte ich auch völlig widersprechen, es war in den ganzen Ausschüssen und Unterausschüssen nie die Rede, dass man nicht heroben zusammenräumen muss, wie das so schön heißt. Natürlich, wenn man eine Garage macht, muss ich natürlich die Oberflächenparkplätze alle genau einmal überlegen, welche brauche ich noch, a), um für das Stadtbild was zu tun und b), auch die Garage wirtschaftlich führen zu können. Überhaupt keine Frage, das gehört zu den Begleitmaßnahmen dazu. Aber da haben wir Konsens erzielt. Da bin ich auch immer sehr dahinter gewesen. Da war nur eine einzige

Aussendung die ich nicht näher kommentieren möchte, die gab es einmal von einer Gruppe, die gesagt hat, auf der Oberfläche darf kein einziger Parkplatz verschwinden. Solche Leute gibt es auch, aber ich glaube das ist nicht ganz ernst zu nehmen. Ich glaube das wären die Punkte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich wird es sehr unterschiedliche Meinungen über den Tag „X“ heute hinaus geben und es wird in allen Fraktionen auch unterschiedlich das dann am späten Abend oder in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten diskutiert werden müssen. Ich hoffe, dass eine zentrale Garage für Steyr bald kommt. Ich erlaube mir trotzdem eine eigene Meinung zu haben. Ich danke ihnen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag Werndlpark ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, GAL. Danke. Wer ist dagegen? 1 FPÖ (GR Fröhlich). Wer übt Stimmenthaltung? 2 FPÖ (Vzbgm. Dr. Pfeil und GR Reznar). Damit ist der Antrag mit Mehrheit angenommen. Ich bedanke mich beim Berichterstatter.

Jetzt übergebe ich den Vorsitz an meine Kollegen. Wir kommen zu Punkt 7).

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Zum Pkt. 7), Burg Design hat es ja einige rechtliche Fragen noch zu klären gegeben. Es gab da einige Unsicherheiten. Es hat deswegen auch so lange gedauert, weil der Rechtsanwalt der Stadt Steyr, der Herr Dr. Schmoll, auch noch mit dem Rechtsanwalt der Firma Burg Design sprechen musste um das Ganze abzustimmen. Ich nehme jetzt einmal an, dass es eine Lösung gibt. Ich bitte Herrn Dr. Schmoll um seine Ausführungen.

OMR DR. GERALD SCHMOLL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wertbes. Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates. Ich war leider vor der Pause nicht bei der Diskussion über diesen Antrag dabei, sodass ich also jetzt nur auf die Sache eingehen kann, die in der Besprechung im Stadtsenatssitzungszimmer vorgetragen wurden. Mir wurde berichtet, es ging vor allem um ein Vor- und Wiederkaufsrecht an den Grundstücken insbesondere an den Optionsflächen. Jetzt ist einmal auszuführen, dass auf einem Baurechtsgrund ein Vor- oder Wiederkaufsrecht, schon vom Wortlaut her, widersinnig ist, weil bei einem Baurecht bleiben sie Eigentümer des Grundes. Sie räumen nur einem Dritten, in dem Fall der Firma Burg Design, das Recht ein, auf diesem, ihrem eigenem Grund, ein Gebäude zu errichten. Aber natürlich der Einwand, der da gekommen ist, war richtig, es gibt auch Kaufoptionen in diesen Verträgen und dafür wäre es zweckmäßig und daher gibt es auch jetzt in der Zwischenzeit zwei Abänderungsanträge des Herrn Bürgermeisters. Zwei deshalb, weil ich habe es für sinnvoll erachtet da nicht aus dem Bauch heraus was wir hier beschließen dann einfach der Firma Burg Design sozusagen vor den Latz zu knallen, sondern das auch mit dem Anwalt der Firma zu verhandeln und habe den ersten Antrag mit dem Herrn Dr. Bruckmüller in Linz besprochen und der hat sein Okay dazu gegeben. Nur während ich hier ausgeteilt habe, kam ein Anruf vom Herrn Wolfsteiner, von der Firma Burg Design, der sich damit wieder nicht einverstanden erklärt hat, daher eine nochmalige Abänderung.

Ich darf jetzt vielleicht kurz zu den Abänderungen Folgendes erklären: Und zwar auch den Unterschied zwischen den ersten und den zweiten Abänderungsantrag herausarbeiten. Die Firma Burg Design bekommt für eine Fläche von 22.000 m² konkret für das Grundstück 410 im Grundbuch Gleink ein Baurecht eingeräumt. In diesem Baurecht ist eine Kaufoption drinnen. Burg Design möchte unverzüglich mit den Bauarbeiten für das neue Betriebsgebäude anfangen und wartet nur noch auf die Vertragsunterfertigung, möchte noch im heurigen Spätherbst die Eröffnung feiern. Herr Wolfsteiner sieht nicht ein, dass hier auch noch ein Vor- und Wiederkaufsrecht für bereits in Angriff genommene Investitionen gemacht wird. Er ist allerdings bereit, nach einiger Diskussion, dieses Vor- und Wiederkaufsrecht für die zukünftigen Optionsflächen, die er also bis 2007 bzw. die zweite Fläche bis 2005 einlösen kann, zu akzeptieren. Das ist das letzte Gespräch und auf das bezieht sich nun der zweite Abänderungsantrag. Ich bitte die Zustimmung zu erteilen. Falls noch Fragen an mich sind, bitte ich diese jetzt an mich zu stellen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir reden praktisch über den zweiten Abänderungsantrag.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Was ist bitte der erste und was ist der zweite Abänderungsantrag?

OMR DR. GERALD SCHMOLL: Darf ich bitte schauen. So, das ist der richtige.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke Herr Dr. Schmoll.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich verlese den Abänderungsantrag, damit wirklich alles klar ist.

Abänderungsantrag gem. § 9 der Geschäftsordnung zu Pkt. 7) der Tagesordnung der Sitzung des Gemeinderates vom 3. 7. 2003

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 16. Juni 2003 wird dem Abschluss eines Baurechtsvertrages, einer Optionsvereinbarung sowie einer Förderungsvereinbarung mit der Firma Burg Design GmbH zur Errichtung eines neuen Geschäftsgebäudes im Areal des Wirtschaftsparkes Stadtgut entsprechend den beigeschlossenen Vertragsentwürfen mit der Maßgabe zugestimmt, dass bei Ausübung der in der Vereinbarung festgehaltenen Kaufoptionen zwischen der Stadt und der Firma Burg Design GmbH für den Fall, dass Burg Design ihre Verpflichtungen gemäß Punkt 11 der Vereinbarung nicht erfüllt, der Stadt ein Vor- und Wiederkaufsrecht hinsichtlich jener Optionsflächen zusteht, auf der keine Erweiterung des Betriebes erfolgt. Die Vor- und Wiederkaufsrechte erlöschen jeweils mit Erweiterung des Betriebes auf den betreffenden Optionsflächen. Für den Fall der Einlösung des Vor- und Wiederkaufsrechtes ist jener Kaufpreis von der Stadt zu bezahlen, den Burg Design für die betreffende Optionsfläche entrichtet hat.

Alles klar?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Das ist jetzt der gemeinsame Abänderungsantrag. Wünscht dazu noch jemand das Wort? Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Antrag ist wohl wirklich sehr schlecht vorbereitet worden, auch mit diesem Abänderungsantrag. Ich habe folgende Bedenken dafür, obwohl ich überhaupt nichts dagegen habe, ganz im Gegenteil, dass sich eine Firma in dieser Form dort ansiedelt. Das ist überhaupt keine Frage. Nur mit solchen Verträgen, die irgendwo stehen, wir haben eben, oder ich habe speziell in den letzten fünf Jahren hier mehrfachst das Erlebnis gehabt, dass hier geschlossene Vereinbarungen nicht rechtsgültig sind, dass es einfach nicht zählt oder das dort steht und das da steht und darum hat es keine Rechtsgültigkeit. Ich kenne mich nicht aus. Wir haben das heute zum 1. Mal in dieser Form, jetzt, vor fünf Minuten, bekommen. Ich wage nicht über das Steuergeld in dieser Form auf Zuruf zu bestimmen und werde mich der Stimme enthalten. Das ist keine Vorbereitung meine sehr verehrten Damen und Herren. Es war auch nicht im Finanz- und Rechtsausschuss. Da geht es um sehr viel Geld. Ich möchte nicht dann einmal in 10 Jahren dastehen müssen bzw. von der Entfernung wissen, dass hier diese Vereinbarung, die im Gemeinderat auf die Schnelle gemacht wurde, nicht hält, weil diese oder jene Bestimmung nicht zählt. Das haben wir hier mehrfachst erlebt. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist eh kein Geheimnis, dass auch wir mit dem verhältnismäßig kurzfristig konfrontiert werden, nicht glücklich sind und dass es glaube ich auch für die Zukunft, dass man eher das Gespräch suchen sollte. Ich glaube uns allen geht es aber um diese Ansiedelung. Was wir jetzt mit diesem Abänderungsantrag erreicht haben ist das, dass eine Spekulation damit nicht möglich ist und dass, wenn es nicht zweckgewidmet bebaut wird, dass wir zum selben Preis als wir es verkaufen, wieder das Wiederkaufsrecht haben. Ich glaube, damit haben wir die Absicherung erreicht, die wir eigentlich wollten. Wir wollen ja nicht die Ansiedelung verhindern und auch eine Weiterentwicklung dieser Firma natürlich nicht behindern.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Genau. Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr Bürgermeister Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine Damen und Herren, ich bin froh, dass wir, trotzdem dass es die eine oder andere Schwierigkeit bei der Vertragsgestaltung gegeben hat, jetzt einmal so weit sind, dass wir diesen Vertrag unterzeichnen können, weil es ja da um Termine geht, die auch von Firmen, die die Autoindustrie zuliefern, betreffen und die ja sehr eng gesetzt sind. Nichtsdestotrotz hätte ich mir auch von dem einen oder anderen Verhandler erwartet, dass er mich rechtzeitig darauf hinweist, welche Folgen da eventuell drinnen sein könnten die zum Nachteil der Stadt sein könnten. Diese Diskussion, da muss ich meinem Vorredner Recht geben, müssen wir in Zukunft wahrscheinlich intensiver führen, sodass die Vorbereitung auf solche Beschlüsse noch etwas exakter sein könnte und wir dann auch die Beschlüsse wesentlich einfacher fassen könnten. Trotzdem noch einmal mein Dank an die Verhandler. Für die Zukunft ist der Wunsch von mir, dass auch auf einzelne Themen eingegangen wird, die die Stadt sehr ursächlich betreffen könnten wie eben der Verkauf eines Grundstücks das uns gehört. Ich bitte um die Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir werden das jetzt in Form des Amtsberichtes im Sinne des gemeinsamen Abänderungsantrages machen. Wir können auf einmal abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, GAL, 6 FPÖ. Wer ist dagegen? Niemand. Wer übt Stimmenthaltung? 1 FPÖ (Vzbgm. Dr. Pfeil). Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Ich gebe den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich übernehme den Vorsitz und gebe dem Vizebürgermeister Bremm das Wort.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Jetzt haben wir lauter leichte Anträge, jetzt wird das ruck, zuck gehen. In meinem ersten Antrag geht es um die erste Etappe Vollwärmeschutz und Fensteraustausch in der Sonderschule Industriestraße. Ich ersuche den Gemeinderat diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

16) GHJ2-9/03 Erste Etappe Vollwärmeschutz und Fensteraustausch in der Sonderschule Industriestraße.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 26. 05. 2003 wird den Auftragsvergaben für die erste Etappe des Vollwärmeschutzes und des Fensteraustausches der Sonderschule Industriestraße, Industriestraße 7, an die

Fa. Optima, Enns – Fenster inkl. Fensteraustausch € 51.743,26 inkl. USt.

Fa. Hofmann, Rohrbach - Vollwärmeschutz € 18.630,00 inkl. USt.

Fa. Huber, Steyr – Malerarbeiten € 12.610,20 inkl. USt.

Fa. Baumgartner, Linz – Rollos € 3.374,28 inkl. USt.

Fa. Mitterhuemer, Steyr - Elektroarbeiten € 1.600,00 inkl. USt.

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung zur Durchführung dieser Erneuerungen wird der

Mittelfreigabe von € 88.000,00 inkl. USt. (achtundachtzigtausend) bei der VA-Stelle 5/213000/010000 (Sonderschulen Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 88.000,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Wegen Dringlichkeit wird gemäß § 47 Abs. 5 der Magistrat zum sofortigen Vollzug des Beschlusses

ermächtigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Fragen? Das ist nicht der Fall. Gibt es zu diesem Antrag Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das ist auch nicht der Fall. Einstimmige Annahme. Danke schön, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Da geht es ebenfalls um eine erste Etappe Fensteraustausch und Vollwärmeschutz Volks- und Hauptschule Tabor. Ich ersuche den Gemeinderat auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

17) GHJ2-10/03 Erste Etappe Fensteraustausch und Vollwärmeschutz Volks- und Hauptschule Tabor.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 26. 05. 2003 wird den Auftragsvergaben für die erste Etappe des Fensteraustausches und des Vollwärmeschutzes der Volks- und Hauptschule Tabor, Taschelried 1, an die

Fa. Gaulhofer, Pichl – Fenster inkl. Fenstertausch € 82.226,40 inkl. USt.

Fa. Alpine, Steyr – Vollwärmeschutz € 82.376,83 inkl. USt.

Fa. Klotzner, Linz – Jalousien € 7.557,60 inkl. Ust.

Fa. Federer, Ramingdorf - Eingangsportal € 14.700,00 inkl. USt.

Fa. Held & Francke, Steyr – Baumeisterarbeiten €14.889,12 inkl. USt.

Fa. Frank, Garsten – Malerarbeiten € 3.743,58 inkl. USt.

Fa. Klausriegler, Steyr - Installateurarbeiten € 4.610,00 inkl. USt.

Fa. Faatz, Steyr – Spenglerarbeiten € 4.500,00 inkl. USt.

Fa. Gegenhuber, Grünburg - Blitzschutz € 3.000,00 inkl. USt.

Fa. Mitterhuemer, Steyr – Elektroarbeiten € 3.000,00 inkl. USt.

FA für kommunale Dienstleistungen – Rekultivierung € 3.000,00 inkl. USt.

sowie einer Kreditübertragung in der Höhe von € 45.600,00 inkl. USt. von der VA Stelle 5/211000/010000 (Volksschulen Gebäude)

und um Mittelfreigabe von € 223.600,00 inkl. USt. (zweihundertdreiundzwanzigtausendsechshundert) bei der VA-Stelle 5/212000/010000 (Hauptschulen Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 223.600,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Wegen Dringlichkeit wird gemäß § 47 Abs. 5 der Magistrat zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Frage? Keine. Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Antrag geht es um die Erneuerung der Dachfläche in der VHS Stelzhamerstraße. Ich ersuche auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

18) GHJ2-32/03 Erneuerung der Dachfläche VHS Stelzhamerstraße 11.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 16. 05. 2003 wird der

Auftragsvergabe zur Erneuerung der Dachfläche der VHS, Stelzhamerstraße 11, an die

Bietergemeinschaft Langthaler/Faatz, Steyr – Dachdecker- und Spenglerarbeiten und Wärmedämmung (€ 64.354,64 exkl. USt.)

sowie um Mittelfreigabe von € 51.000,00 inkl. USt. (einundfünfzigtausend) bei der VA-Stelle 5/270000/010000 (Volkshochschule-Gebäude)

und € 22.000,00 exkl. USt. (zweiundzwanzigtausend) bei der VA-Stelle 5/240000/010300 (Kindergärten-Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 50.000,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke schön, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Punkt geht es um eine wesentliche Sache die wir ja schon seit längerer Zeit diskutieren und vollziehen wollen. Das ist die Übersiedlung der Bezirksverwaltungsbehörde ins Rathaus. Es geht hier um die Vergabe von Lieferungen und Leistungen im Ausmaß von 218.000,00 Euro. Ich ersuche den Gemeinderat diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

19) BauH-102/03 Übersiedlung Bezirksverwaltungsbehörde; Vergabe von Lieferungen und Leistungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hochbau, vom 26. Mai 2003 wird der Vergabe der nachstehenden Lieferungen wie folgt zugestimmt:

1.0 Bodenlegerarbeiten

1.1 Fa. Seywaltner, Steyr brutto EUR 10.110,--

2.0 Elektroinstallation

2.1 Fa. Mitterhuemer, Steyr brutto EUR 66.178,46

3.0 Glaserarbeiten

3.1 Fa. Hayek, Steyr brutto EUR 1.671,43

4.0 Heizungs- und Sanitärinstallation

4.1 Fa. Klausriegler, Steyr brutto EUR 9.769,24

5.0 Innenausbauarbeiten

5.1 Fa. Sunk, Steyr-Gleink brutto EUR 33.148,20

6.0 Maler und Anstreicherarbeiten

6.1 Fa. Seywaltner, Steyr brutto EUR 8.744,52

7.0 Möbellieferung

7.1 Fa. Staudinger, Steyr brutto EUR 22.687,20

8.0 Schlosserarbeiten

8.1 Fa. Pointner, Steyr brutto EUR 12.333,60

9.0 Tischlerarbeiten

9.1 Fa. Hackl, Steyr brutto EUR 13.482,--

10.0 Interne Leistungen

Für Leistungen, die kurzfristig und unbürokratisch vom GB VII durchzuführen sind (Abbrucharbeiten, Möbeltransport im Zuge der Übersiedelung, kleinere Maurerarbeiten), werden Mittel in der Höhe von brutto Euro 5.000,-- benötigt.

11.0 E-Projektant

Um das bei der Rathaussanierung begonnene Elektrokonzept weiter umzusetzen, soll der Projektant, zu den damaligen Konditionen, weiterbeschäftigt werden.

Fa. TB-Energietechnik, Steyr brutto Euro 11.000,--

12.0 Leitsystem

Das Leitsystem ist im gesamten Rathaus anzupassen.

Fa. Bayer, Sierning brutto Euro 4.000,--

13.0

Für Unvorhersehbares bzw. kleinere Maßnahmen die mittels Bestellschein beauftragt werden sind bei einem Umbau 10 % der ermittelten Kosten anzunehmen. brutto Euro 19.800,--

Die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 218.000,00

werden mit einem Teilbetrag von EUR 128.000,00 aus den übertragenen Mitteln des Jahres 2002 und der Rest von EUR 90.000,00 aus den für Brandschutzmaßnahmen im Jahr 2003 präliminierten Mittel bei VSt. 5/029000/013000 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Punkt geht es um die Errichtung einer automatischen Brandmeldeanlage im Rathaus. Das ist auch schon einige Male diskutiert worden und das soll jetzt realisiert werden. Ich ersuche den Gemeinderat diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

20) BauH-61/03 Errichtung einer automatischen Brandmeldeanlage im Rathaus.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hochbau, vom 17. Juni 2003 wird der Vergabe der nachstehenden Lieferungen und Leistungen wie folgt zugestimmt:

1.0 Lieferung und Geräte

1.1 Fa. Kammerhofer, Steyr brutto EUR 132.266,40

2.0 Elektroinstallation

2.1 Fa. Kammerhofer, Steyr brutto EUR 67.875,12

3.0 E-Projektant

3.1 TB-Energietechnik Wolfinger, Steyr brutto EUR 15.483,15

Für Unvorhersehbares, kleinere Maßnahmen und Verputzarbeiten die mittels Bestellschein beauftragt werden, sind Mittel in Höhe von 5 % der Bausumme anzunehmen. brutto EUR 10.000,00

Die hierfür erforderlichen Mittel in der Höhe von EUR 226.000,00

werden mit einem Teilbetrag von EUR 130.000,-- aus den für Brandschutzmaßnahmen im VA 2003 präliminierten Mittel finanziert und freigegeben. Der Rest von EUR 96.000,-- ist im Budget 2004 bei VSt. 5/029000/010300 vorzusehen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Frage? Keine Wortmeldung? Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Punkt geht es um die Tarifordnung für die Sport- und Kulturhalle Tabor. Ich ersuche den Gemeinderat von einer detaillierten Vorlesung Abstand zu nehmen. Es wird ja dazu Diskussionen geben. Wenn es gewünscht ist, werde ich natürlich das gerne machen. Aber ich nehme an, dass jeder Gemeinderat und jede Gemeinderätin die Unterlagen hat und aus zeitökonomischen Gründen und um der Diskussion mehr Spielraum geben zu können, würde ich den Bürgermeister ersuchen die Diskussion zu führen und dann die Abstimmung herbeizuführen.

21) Sport-11/02 Sport- und Kulturhalle Tabor; Tarifordnung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 5. Juni 2003 wird den Tarifen sowie den dazugehörigen Stornogebühren für die neue Sport- und Kulturhalle Tabor, entsprechend dem im zitierten Amtsbericht unterbreiteten Vorschlag, mit Wirkung vom 1. September 2003 zugestimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr GR Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren. Eigentlich müsste ich stolz sein, dass man die Kultur so hoch einschätzt und so hoch wertet. Aber diese Wertschätzung zeigt sich hier am falschen Platze. Ich muss vorerst einmal feststellen, dass wir diese Tarifordnung nicht im Kulturausschuss bekommen haben, wir hätten zwei Kulturausschüsse seit 21. Mai gehabt. Was habe ich zu kritisieren? Ich habe einfach zu kritisieren, dass man die Veranstaltungen des Sportes anders misst als die Veranstaltungen der Kultur. Ich sehe es einfach nicht richtig an, dass die Kulturveranstaltungen um ein Vielfaches teurer zu bezahlen sind als die Sportveranstaltungen. Das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist, ich sehe es nicht richtig, dass man beim Sport sehr wohl zwischen Trainingsbetrieb und Veranstaltungen unterscheidet, bei der Kultur könnte man auch unterscheiden zwischen Vorstellungen mit Eintritt und Vorstellungen ohne Eintritt. Eine dritte Sache, die mir nicht recht einleuchtet ist, dass man bei Veranstaltungen der Kultur eine Kautions verlangt, bei den Sportveranstaltungen nicht. Vielleicht gibt es dafür Begründungen. Mir selber leuchtet das nicht ein. Für mich ist auch die Möglichkeit für Steyrer Kulturveranstalter die Halle zu benützen schier weg, denn wir haben eigentlich doch gemeint, dass auch Chorkonzerte, Konzerte aller Chorvereinigungen in dieser Kulturhalle stattfinden sollten. Bei diesem Preis wahrscheinlich nicht. Es wird ja nicht so sein, wie manche böse Zungen behaupten, das Wort Kultur vor der Halle wäre nur deshalb hingeschrieben, damit auch vom Land eine Kulturförderung gegeben wird. Ich glaube das nicht ganz, aber man hört das auch so sagen. Also, ich bitte doch die Kultur ein bisschen gnädiger zu behandeln, d. h., die Steyrer Kulturtreibenden. Unsere Zustimmung war gegeben worden mit diesen 30 % der Möglichkeit für die Kultur. Nun, bei diesen Preisen, für die Steyrer Kulturtreibenden, ich rede jetzt nicht von diesen Mega-Veranstaltungen, von denen will ich jetzt nicht reden, die können, denke ich, auch zahlen, aber ich meine einfach auch, dass unsere Steyrer Vereine die Halle auch benützen wollen. Wir sollen doch hier auch unsere Steyrer mit hinein lassen. Das wäre meine Bitte. Bei diesen Preisen werden wir es aber nicht schaffen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Roman, du bist am Wort.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, sie verzeihen mir das kurze Zwischengespräch mit dem Bürgermeister beim Herausgehen. Ich darf gleich zur Sache kommen. Und zwar werde ich mich sehr kurz halten. Ich darf aber doch in Erinnerung rufen, dass wir, die Freiheitliche GR-Fraktion, nie einen Hehl daraus gemacht haben, dass wir die Auffassung vertreten, dass es erforderlich ist, in Steyr eine Sport- und Veranstaltungshalle neu zu

errichten. Wir haben aber auch nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir diesen Standort, oben am Tabor, nach wie vor für falsch erachten. Ich persönlich, und auch meine Fraktionskollegen, haben uns aber bei der Beurteilung dieses vorliegenden Antrages, wo es ja um die Tarife für Sport- und Kulturveranstaltungen geht, nicht davon beeinflussen lassen und ich darf ihnen meine Überlegungen dazu kurz darlegen. Es hat ja im Vorfeld, im Finanz- und Rechtsausschuss, bereits Diskussionen gegeben. Es hat eigentlich grundlegend zwei Punkte gegeben, die dort angesprochen wurden. Das ist zum einen das was mein Vorredner, Herr Dir. Lengauer, zum Ausdruck gebracht hat, dass es nämlich unterschiedliche Tarife gibt zwischen Sport- und Kulturveranstaltungen einerseits und da habe ich auch in Erinnerung, dass nicht nur ich mich diesbezüglich zu Wort gemeldet habe, es offensichtlich gar nicht so sehr erwünscht ist, dass man in diesem Bereich z. B. eine große Ballveranstaltung durchführt, weil das nicht möglich sein wird. Die Begründung warum das nicht möglich sein wird, da geht es nämlich um das Rauchverbot. Da gehe ich einmal davon aus, wenn man heute eine Ballveranstaltung in einer Lokalität macht wo Rauchverbot ist, da wird es wahrscheinlich schlecht ausschauen um diese Veranstaltung. Ich bin nicht der Vertreter der Raucher, ich rauche selbst am allerwenigsten, eher meine Frau, aber die geht nicht auf Bälle, aber trotzdem meine sehr geehrten Damen und Herren glaube ich, ist das sicherlich ein Manko das dazu führen wird, dass man eben sozusagen damit rechnen kann, dass keine Ballveranstaltungen dort durchgeführt werden. Ja und warum können diese nicht durchgeführt werden? Weil es darum geht, dass der Boden, der dort vorhanden ist, zum Schutz vor dieser Veranstaltung abgedeckt werden muss, obwohl es angeblich, so haben wir zuletzt durch einen Vortrag in unserer Fraktion vom Herrn Sommer gehört, gibt es anscheinend nur Platten die eine gewisse Brandschutzklasse aufweisen, die es ausdrücklich nicht möglich machen dort das Rauchen zu erlauben. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich hier nochmals sehr deutlich sagen, geht es meiner Meinung schon in die Richtung, dass man eigentlich eher gar nicht wünscht, dass dort derartige Veranstaltungen durchgeführt werden. Ich darf aber auch sehr deutlich hier sagen, ich persönlich habe kein besonderes Problem damit, dass es Unterschiede gibt zwischen sportlichen Veranstaltungen und kulturellen Veranstaltungen was den Eintrittspreis betrifft, denn ich glaube, dass die Stadt sicherlich schlecht beraten wäre, wenn hier ein großes Event durchgeführt wird, wo heute bekannte Stars auftreten, und die ja, ich bin es ihnen nicht neidig, aber sicherlich hunderttausende Schilling nach dem alten Geld kassieren und dort Manager auftreten die diese Veranstaltung vorbereiten, dann wird da die Stadt nicht mit so großer Dummheit beschlagen sein und ein entsprechendes Eintrittsgeld verlangen, weil alle anderen machen das zu Recht auch, denn diese Veranstaltungshalle kostet ja, Sporthalle muss ich dazu fügen, in der Errichtung und im weiteren Betrieb sehr viel Geld. Wie gesagt, damit hätte ich kein Problem. Allerdings, und da stimme ich auch meinem Vorredner zu, müsste man auch eine ähnliche Vorgangsweise machen, nämlich eine Unterteilung im Tarif was den sportlichen Bereich betrifft wenn es um Einnahmeveranstaltungen geht, dass man auch da diese Grenze einzieht und auch im sportlichen Bereich nicht alles über einen Kamm schert. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind die Gründe warum ich sicherlich also mit diesem Antrag nicht mitgehen kann. Soweit ich weiß, betrifft das auch mehrere meiner Fraktionskollegen. Ich danke ihnen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin der Meinung, dass wir uns nicht mehr länger belügen sollten und von einer Sport- und Kulturhalle sprechen sollen. Wir sprechen, mit dem Zustand wie wir die Halle jetzt vorfinden, von einer Sporthalle. Ich sage es ganz offen, ich bin nicht einmal unglücklich. Ich glaube, dass wir diese Halle wirklich hauptsächlich für Sportveranstaltungen brauchen. Ich bin auch nicht unglücklich, dass man da drinnen nicht rauchen darf, das sage ich als passionierter Nichtraucher, und glaube auch, dass Veranstaltungen wie Bälle eigentlich in dieser Halle nichts verloren haben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Ich sage das mit absoluter Offenheit. Ich möchte aber hinzufügen, dass es uns aber gleichzeitig schon zeigt, dass wir in Steyr eine Kulturhalle brauchen. Wir brauchen, wenn wir den Zustand unseres Stadtsaals kennen, wenn wir diverse Projektbetreiber kennen die uns mit diesem Anliegen auch immer wieder entgegen kommen und diese Vorschläge einbringen, dann glaube ich, dass die Sporthalle eigentlich nicht der geeignete Punkt und Ort für kulturelle Veranstaltungen ist. Diejenigen die sich die Halle schon angeschaut haben oder die Möglichkeit hatten es sich anzuschauen, wissen,

dass das immer mit gewissen Problemen behaftet ist. Ich will jetzt gar nicht von kommerziellen und nichtkommerziellen Veranstaltungen sprechen, weil man immer noch gesagt hat, na ja, aber zumindest kommerzielle Kulturveranstaltungen also größere Konzerte ect., über die könnte man ja reden. Mit dem Rauchverbot sind auch diese Veranstaltungen meines Erachtens gestorben. Denn wie soll das eigentlich verhindert werden? Ich kenne keine Halle in Österreich oder in Europa wo das funktioniert. Wo es vielleicht verboten ist aber wo es sicher nicht funktioniert. Wenn wir die Halle in einem gewissen Zustand halten wollen, dann denke ich mir, müsste dieses Rauchverbot auch in diesem Sinne durchgezogen werden. Dass wir das eigentlich ursprünglich ganz anders wollten, das ist auch klar, weil wir wollten eine Sport- und Kulturhalle. Wie sie es richtig gesagt haben, Herr Kollege Lengauer, der Herr Landeshauptmann der ein bisschen was an Kulturförderung rüber lässt, der wird sich ordentlich freuen, wenn man ihm das näher trägt, dass eigentlich für die Kultur nicht sehr viel Platz sein wird. Die Kulturveranstaltungen die da drinnen stattfinden werden, das werden Alibiveranstaltungen sein. Recht viel mehr wird da an Kultur gar nicht sein, weil wir auch den Zeitkalender unserer Schulen kennen, weil wir auch den Zeitkalender unserer Sportvereine kennen, da klopfen sie schon alle an und die Halle wird auch dementsprechend genutzt werden. Die Frage Stadtsaal drängt sich meines Erachtens auf, denn der Stadtsaal, so wie er sich jetzt präsentiert ist ja beinahe ungenützt. Wir kennen die Schwierigkeiten die dieser Stadtsaal mit sich bringt, hauptsächlich bautechnischer Natur. Vielleicht sollten wir, nicht sofort, jetzt bauen wir einmal die Sporthalle fertig, aber ich denke mir es ist für die nächste Periode ganz sicher ein Thema und ein Thema, dass wir nicht zu spät angehen sollten, dass wir auch über einen Stadtsaal neu und ein Stadtsaal, der natürlich dann diese Nutzungen bekommt die jetzt in der Sporthalle nicht möglich sein werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Der Bürgermeister will sich auch zu Wort melden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich muss jetzt eine Antwort geben, weil so rausgekommen ist wir hätten in Steyr keine entsprechenden Kulturveranstaltungsräumlichkeiten. Ich habe es mir jetzt gerade, während der Herr Kupfer geredet hat, zusammen geschrieben. Ich möchte das wirklich jedem zur Kenntnis bringen, weil es so ist, dass die neue Sport- und Kulturhalle, ich nenne sie Kulturhalle, weil für mich auch Sport Kultur ist, eine sinnvolle Ergänzung ist.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Aber das meinst du nicht ernst?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Doch, das meine ich ernst. Wir haben in Steyr, das große Haus für 600 bis 700 Zuschauer, wir haben natürlich das Alte Theater, wir haben theoretisch auch die Rößl-Räumlichkeiten zur Verfügung, wenn es wirklich was wäre, wir haben das Museum Arbeitswelt, wir haben in Zukunft auch das Casino, wir haben Schloss Lamberg, wir haben in Zukunft den Graben, wir haben die Sport- und Kulturhalle und wir haben den Stadtsaal. Wir haben jede Menge an Plätzen wo wir Kulturveranstaltungen in Steyr, in jeder Größenordnung, durchführen können. Wir haben jetzt die Sport- und Kulturhalle für 3.000 Besucher. Die Abstufungen nach unten, ich sage um 660 im großen Saal und dann das Museum Arbeitswelt und, und, und. Jede Menge an Möglichkeiten. Ich habe das auch mit den verantwortlichen Herren bei dem Thema „Steyr 2010“ diskutiert, und da ist eindeutig dabei heraus gekommen, eigentlich brauchen wir nicht unbedingt noch einen zusätzlichen Saal.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Der Kollege Payrleithner hat sich schon lange zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich muss heute wirklich einmal dem Kollegen Kupfer außerordentlich Recht geben. Ich glaube nämlich auch, dass sich diese Halle dort droben für Kulturveranstaltungen nur in sehr, sehr bescheidenem Ausmaß eignen wird. Allerdings hätte man von Haus aus den Mut und die Ehrlichkeit haben sollen das auch hinein zu schreiben. Das wird heute auch zu Recht kritisiert. Man hätte nie von einer Kulturhalle in dem Zusammenhang schreiben sollen. Es ist so wie der Altbürgermeister Leithenmayr vor vielen Jahren immer gesagt hat, dass dieser Standort eigentlich ganz wo anders besser wäre, wir immer dieser Meinung waren, dann auf einmal war das alles nichts mehr wert und auf einmal hat man gesagt es muss dort oben hinkommen. So ähnlich verhält es sich auch mit der Bezeichnung Sport- und Kulturhalle. Aber vielleicht hat das auch einen anderen Grund, weil es ist ja glaube ich bekannt, und

die Wortmeldung vom Herrn Bürgermeister hat es glaube ich in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, dass wir großen Bedarf an einer Kulturhalle haben, aber offensichtlich das auf die lange Bank geschoben werden soll. Wo legen wir denn unsere Eier in Zukunft hin? Denn der Stadtsaal in dieser Form ist ja wirklich fast unbrauchbar. Es gibt fast keine Ballveranstaltungen mehr. Ich möchte nicht sagen, dass der Zustand des alten Stadtsaals der alleinige Grund ist, warum es keine Bälle mehr gibt, aber er ist sicher ein Mitgrund. Das Museum Arbeitswelt ist, bei all seinen anderen Vorteilen die die Räumlichkeiten dort bieten, sicher nicht die geeignete Halle für Ballveranstaltungen. Ein umgebauter Stadtsaal würde sich sicher wieder in Zukunft vermehrt, vor allem für Bälle die Vereine anbieten, wieder so präsentieren wie wir uns einen Veranstaltungssaal wünschen. Nur sollte man dann auch einmal sagen, in welchem Zeitrahmen der alte Stadtsaal verwertet und saniert werden soll. Soll dieses Projekt das Braunsberger & Braunsberger vorgestellt haben verwirklicht werden? Ich glaube, es ist höchst an der Zeit, nach der Fertigstellung der Sporthalle, in der neuen Legislaturperiode sich raschest darüber Gedanken zu machen. Ich bin schon der Meinung, dass wir das nicht nur brauchen, sondern dass sich wahrscheinlich eh der alte Stadtsaal auch eignen würde, wenn man ein entsprechendes Konzept, entweder selber oder durch Außenstehende, verwirklicht. Aber man hätte von Haus aus, ich sage das wirklich mit aller Deutlichkeit, hier sagen sollen, das wird eine Sporthalle und Kulturveranstaltungen, Ballveranstaltungen oder was auch immer sollen in Zukunft entweder in einem neu gestalteten Stadtsaal oder wo anders stattfinden. Ich glaube, dazu hätte man sich durchringen sollen, dann würden wir uns heute diese Diskussion, die ein bisschen unehrlich ist, nämlich ersparen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich muss ein klares Wort zum Herrn Bürgermeister sagen. Si tacuisses philosophus mansisses. Wenn du geschwiegen hättest wärst du ein Philosoph geblieben.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Es war für mich schon abenteuerlich zu hören, aber es bleibt mir das Lachen in der Kehle stecken, weil ja der Hintergrund wirklich ernst ist. Wir sind wirklich jetzt jahrelang an der Nase herumgeführt worden. Es hat immer geheißsen, das ist mindestens eine gleichwertige Sport- und Kulturhalle und wir haben auch kein Problem gehabt außer mit dem Standort natürlich, wo ich nach wie vor überzeugt bin, für beide Ansprüche ist dieser Standort nicht geeignet. Aber von der Finanzierung her und von der Ausgestaltung her war der Gemeinderat immer der Auffassung, so ist auch immer informiert worden, es ist eine gleichwertige Sport- und Kulturhalle. Erst wie dann die einzelnen Anfragen gekommen sind über mögliche Benutzung im kulturellen Bereich wo die dann abgewimmelt worden sind, wo dann gesagt worden ist, na ja, jetzt schauen wir zuerst einmal, jetzt geben wir einmal den Sportlern die Halle und dann schauen wir einmal was für die Kultur übrig bleibt, ist man hellhörig geworden. Dann die doch etwas eher fadenscheinige Ausrede mit dem Boden, die Bodengeschichte, weil es angeblich in Österreich keinen B1-Boden gibt, also Brandschutzklasse 1, das ist lächerlich. Den gibt es, den gibt es sogar in Steyr zu kaufen. Aber ein Beamter sagt den gibt es nicht und das ist ein Blödsinn. Das ärgert mich wirklich, dass der Gemeinderat da schlicht und einfach jahrelang falsch informiert wird und heute sagen sie, wir haben eh immer gesagt, dass wir dort keine Kulturhalle wollen. Prost Mahlzeit.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nächster ist Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ja Herr Bürgermeister, sie fordern ja direkt heraus, dass man sich zu Wort meldet. Ich möchte in aller Deutlichkeit sagen, ich fühle mich verraten und missbraucht. Sie wissen ganz genau, wir haben die Zustimmung für diese Halle dort oben nur unter der Voraussetzung gegeben, dass es wirklich eine gleichwertige Halle für beide Nutzungen wird. Wir haben es sogar definiert mit ungefähr 30 % Kulturnutzung. Jetzt, als man dann da fertig wurde, als man auch die Finanzierung mit dem Land usw. alles da gehabt hat, jetzt auf einmal sagt man, ja, Kultur schon, aber nur was halt vielleicht überhaupt

geht, weil ein Ball geht nicht, die anderen Veranstaltungen machen wir so teuer, dass eh nichts passiert. Der Gipfel bitte schön, und wir haben ja Gott sei Dank einen Vertreter der Presse auch da und ich hoffe, dass wir das morgen in aller Deutlichkeit auch in der Zeitung lesen, „für mich ist Sport Kultur“. Jetzt überspitze ich es und interpretiere es Herr Bürgermeister, d. h., wir brauchen in Steyr keine Kultur. Wir haben den Sport und das ist für uns in Steyr genügend Kultur. Dieser Schluss ließe sich hier nach ihrer Wortmeldung fast ziehen. Ich hoffe Herr Bürgermeister, dass das nicht so ist wie ich das jetzt interpretiert habe. Wenn uns ein Fachbeamter vollen Ernstes sagt, der Boden, die Abdeckung ist brandgefährlich, es gibt nichts anderes, dann würde ich ihm empfehlen, dass er sich einmal Kultur gibt, z. B. in der Staatsoper oder in anderen Häusern, wo das sehr wohl möglich ist. Sogar in solchen Objekten ist es möglich zu rauchen. Aber ich hätte nicht einmal ein Problem wenn man sagt, dort wo die Bodenabdeckung ist, ist das Rauchen verboten, ich habe eh noch das Foyer, ich habe die Ränge oben, dort gibt es kein Problem. Aber vorweg zu sagen, als Fachbeamter, einen Ball werden wir dort nicht machen können, weil dort gibt es Rauchverbot, das finde ich eine absolute Sauerei. Das muss man einmal in der Deutlichkeit auch sagen. Dass man kein Interesse an Kultur hat, das ist ganz klar erkennbar gewesen als man gefragt hat, sind die Tarife besprochen worden. Ja, mit den Sportvereinen. Dann haben wir gesagt, ist es mit dem Kulturausschuss oder mit Kulturschaffenden besprochen worden. Da hat es geheißen, nein, wir haben eh mit den Sportvereinen gesprochen. Das ist die Wertschätzung die die Stadt Steyr der Kultur entgegen bringt und dafür gebe ich mich nicht her.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Hauser.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Geschätztes Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Also, eine gleichwertige Aufteilung habe ich persönlich nie gehört, dass es so sein soll, sondern es war immer ein ...

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:
Nein, 30 %.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Der Herr StR Mayrhofer hat zuerst da heraußen gesagt, gleichwertig.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Dass sie gleichwertig für beide Arten verwendbar ist.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Das ist sie eh. Die Frage ist nur, was verstehen sie unter gleichwertig. Für mich war das schon so, dass, wenn wir eine Halle haben, die also ein Fassungsvermögen von 1.000 bis 3.000 Besuchern hat, es dort um Großveranstaltungen geht. Das ist einmal das 1. Das 2. ist, dass ich sage, dass es nicht unbedingt abwegig ist, dass bei Konzerten udgl. Rauchverbot herrscht, weil ich war selbst in der ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Bälle!

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Ich rede jetzt nicht einmal von Bällen, sie haben nicht zugehört, ich rede von Konzerten. Ich war in der Bosch-Halle und in anderen Hallen, dort herrscht sehr wohl Rauchverbot. Das 3. ist, dass ich ihnen sage, offensichtlich sind sie im Gesellschaftsleben nicht daheim, weil es gibt keinen Ball in einer Halle mehr.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Weil wir keine haben.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Denn das Verhalten ist, dass man in Hallen Zwischenwände einbaut, damit es nämlich kleine Einheiten in Bällen gibt, dass man dieses neue gesellschaftliche Verhalten hat, wie man es zufällig im Museum Arbeitswelt aus der baulichen Situation erleben. Nur in ganz wenigen Ballsituationen ist es so, dass keine solchen Einheiten eingebaut werden. Grundsätzlich muss ich dazu sagen, das

Museum Arbeitswelt z. B. fasst also sicherlich über 1.000 Besucher bei einem Ball. Man kann also daher nicht sagen, dass man solche Möglichkeiten nicht hätte. Ich frage mich, ob sozusagen die Sport- und Kulturhalle als Ballsaal gebaut worden ist.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Herr Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Ich möchte nicht über Bälle und Rauchverbot reden, darüber rege ich mich nicht auf. Ich bin maßlos enttäuscht Herr Bürgermeister, dass du heute sagst, es war immer so gedacht, dass die Kultur da drinnen nicht hineingehen soll.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das habe ich nicht gesagt.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Das war so jetzt aus deiner Wortmeldung schier heraus zu hören. Ich bin froh, wenn du jetzt das so sagst. Ich denke schon, ...

GEMEINDERAT RUDOLF BLASI:
Was da alles hineininterpretiert wird, das ist schon sensationell.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Sie werden staunen, wenn sie das Protokoll lesen, wie man das gehört hat. Dort werden sie es sehen, dass das so gesagt worden ist. Aber ich bin froh, dass das nicht so gemeint war.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das habe ich so nicht gesagt.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Es hat sich so angehört. Sind wir froh, mehr will ich ja nicht. Ich denke einfach, wir haben wirklich die ganze Zeit her, in der wir über Kultur- und Sporthalle gesprochen haben, immer auch von einer Kulturhalle gesprochen. Zum Preisangebot: Wir brauchen aber glaube ich auch für unsere anderen Vereine Möglichkeiten, dass wir hineingehen und man nicht einfach von diesem Preisangebot her, von diesem Verlangen her, von vornherein diese Leute ausschließt. Das kann man nicht tun. Wir haben wirklich unsere Zustimmung geben, nur unter der Bedingung, dass 30 % der Auslastung im Jahr für die Kultur gegeben wird.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Für Veranstaltungen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Für Kulturveranstaltungen.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
So war unsere Zustimmung. Ich bitte wirklich in die Richtung hin zu gehen, wirklich das zu überlegen und doch die Preissituation für die Kulturveranstaltungen irgendwo abzuspecken, irgendwo einen Unterschied hineinzusetzen für Steyrer Kulturvereine und Großkulturveranstaltungen damit auch wirklich unsere Kulturschaffenden und Kulturbetreibenden die Halle benützen können, denn wir haben ihnen wirklich drei Jahre gesagt, wir bauen eine Sport- und Kulturhalle.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wünscht noch jemand das Wort? Herr Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Herr Bürgermeister, in meiner Emotion habe ich noch eines vergessen, sie haben angesprochen „Steyr 2010“. Sie wissen, dass ich da Arbeitskreisleiter bin von den übergreifenden Strukturmaßnahmen und ich darf auf das Protokoll verweisen, in dem ganz klar drinnen steht, wir brauchen Veranstaltungsräumlichkeiten die ein größeres Fassungsvermögen für mehr Leute haben. Ganz klar eine Forderung der Leute aus dem Arbeitskreis 2010. Auf die Aussage zuerst noch einmal

kommend, wenn wir wirklich der Meinung sind, dass diese Halle für Kultur nicht geeignet ist und wir brauchen eine andere Lokalität für die Kultur, dann ist es besser wir rufen den Landeshauptmann an und sagen, er soll das Geld für diese neue Lokalität sparen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wünscht noch jemand das Wort? Frau Reznar.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, eines muss ich aber jetzt schon noch einflechten, es wäre z. B. jetzt schon ein Anlass gegeben, diesen Teil der Kulturhalle zu benützen, denn der Herr Ebner mit seinem Musikfestival ist sicherlich daran interessiert einen ordentlichen Rahmen für Evita z. B. wie er es jetzt inszeniert, zu bekommen, denn die leidige Geschichte, die wir mit dem Herrn Röber haben, die hängt mir schon beim Hals heraus und das hängt dem Herrn Ebner auch schon beim Hals heraus. Also, mit dem Herrn Röber möchte ich auf jeden Fall einmal, dass da ein Schlussstrich gezogen wird und solche Veranstaltungen dann doch in dieser Kulturhalle sein dürfen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Da kann ich vielleicht direkt antworten dazu. Das Thema Evita, da war der Herr Ebner schon vor zwei Jahren bei mir und hat mir erklärt, dass das große Haus bestens geeignet ist, genau für dieses Musical, dass er eigentlich dort hinein möchte und dass es gar keinen besseren Raum für dieses Musical gibt. Sie wollten natürlich sagen, dass es Schwierigkeiten mit dem Röber gibt. Na selbstverständlich, weil wir nur eine beschränkte Anzahl an Tagen haben.

Herr Mayrhofer, zu ihrer Wortmeldung wollte ich auch noch etwas sagen. „Steyr 2010“, da ist es darum gegangen, dass ja die Unternehmer in Steyr auch wünschen, entsprechende Veranstaltungsräumlichkeiten zu haben. Da haben wir ihnen einmal aufgezeigt, was es alles gibt. Da waren sie leider nicht da bei diesem Gespräch. Das ist ganz eindeutig gesagt worden, am liebsten wäre ihnen eine gute Koordination und das entsprechende Anbieten dieser Räumlichkeiten, was es in Steyr jetzt schon gibt, weil sehr viele damit eigentlich zufrieden waren, sehr zufrieden waren. Das waren aber fast sämtliche Vertreter der großen Firmen in Steyr, die gesagt haben, eigentlich wird in Steyr jetzt schon sehr viel an guten Räumlichkeiten angeboten. Das Problem ist eigentlich das, dass ein Auswärtiger nicht unbedingt die Übersicht hat und nicht unbedingt gleich zur richtigen Adresse kommt. Wenn man es ihnen aber dann sagt was es alles gibt und welche Vielfalt wir jetzt schon bieten und dass wir jetzt zur Ergänzung noch eine Sport- und Kulturhalle bauen, wo ein Fassungsvermögen dann für 3.000 Besucher da ist, das ist ja fantastisch haben die gesagt, was besseres können sie sich gar nicht vorstellen. Wenn sie sich noch eines vor Augen halten, dass auch ein Landeshauptmann Dr. Pühringer bei der Stadthalle in Linz ganz eindeutig sagt, dass in erster Linie diese neue Halle für Sportveranstaltungen da ist. Für Großveranstaltungen, was die Kultur betrifft, möchte er gar nicht haben, dass zu viele kleine Vereine da hinein kommen, weil das ja ein Wahnsinn wäre. Außerdem soll das ja auch einigermaßen wirtschaftlich geführt werden. Es ist ja doch undenkbar, wenn sie eine Kulturveranstaltung da drinnen machen und dann schauen 200 Leute zu wo 3.000 hineingehen. So etwas wollen wir doch nicht unbedingt. Wenn sie in Zukunft eine größere Veranstaltung machen wollen, dann werden wir einen Weg finden. Und den finde ich mit Sicherheit, dass wir auch diese Veranstaltung dann so unterstützen, dass halt dann ein Geld retourniert wird. Diese Möglichkeit werden wir auf alle Fälle finden.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Herr Bürgermeister, sie haben gerade angesprochen das mit dieser Vernetzung. Ich war auch sehr überrascht, als sie gefordert haben diese Vernetzung der Räumlichkeiten, die angeboten werden, und ich sie aufklären musste, dass diese Vernetzung bitte seit Jahren vom Tourismusverband geschieht ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Aber nicht alle.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Aber selbstverständlich.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein!

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Wir bieten alle diese Räumlichkeiten gemeinsam an. Bitte schön, nehmen sie Kontakt mit dem Herrn Neubaur, ihrem eigenen Direktor auf und lassen sie sich das erklären.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wünscht noch irgendwer das Wort? Jetzt, vor kurzem haben sie einen Katalog herausgebracht. Vorher haben wir es nicht gehabt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Wir haben es gehabt, aber ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der wünscht sich ja was anderes. Herr Mayrhofer, das haben sie ja falsch verstanden. Die wünschen sich einen Zugriff auf ein Internet wo sie sofort finden, welche Räumlichkeiten stehen uns für Veranstaltungen in Steyr zur Verfügung und wie bekommen wir einen möglichst schnellen und wirtschaftlichen Zugriff auf diese Räumlichkeiten. Das war der Hintergrund. Wenn sie das hätten, ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das gibt es!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das gibt es auch noch nicht!

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Bitte transportieren!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Na ja, wenn es das gibt, dann ist es eh gut. Das war der Wunsch dieser Leute. Schlusswort Herr Vizebürgermeister.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Die neue Halle hat sich diese Diskussion nicht verdient. Das muss ich schon sagen. Ich möchte schon einige Dinge da ein bisschen ins Lot bringen, weil es nämlich nicht so ist. Natürlicherweise und ich verwehre mich auch als Referent dagegen, dass wir da den Gemeinderat oder Teile des Gemeinderates ein paar Jahre an der Nase herumgeführt haben. Wir sollten uns nur zurückerinnern zu dem Zeitpunkt wo wir über die Halle zu diskutieren begonnen haben. Wir haben sehr intensiv darüber diskutiert, dass wir in Steyr dringendst eine Sporthalle notwendig haben, weil die derzeitige Halle wirklich für den Steyrer Sport nicht mehr repräsentativ ist. Also, ich möchte mich da wirklich sehr vornehm ausdrücken, mir würden dazu ein paar andere Begriffe einfallen. Als Sportreferent habe ich das massiv auch betrieben und habe dafür dementsprechend geworben. In dieser Diskussion ist dann aufgetaucht, wo wir in Steyr auch ein großes Manko haben. Wir haben in Steyr ein großes Manko 1., dass wir in Steyr keine gescheite Sporthalle haben, gehabt haben, jetzt steht sie ja schon fast vor der Fertigstellung. Ich habe sie mir heute angesehen, es wird eine wunderschöne Halle. Das 2., was in Steyr ein riesiges Manko ist, ist, dass wir keine Großveranstaltungen durchführen können. Kulturell oder wie man es nennen will, haben wir keine Halle. Wir haben keine Halle, wo man eine Veranstaltung mit 1.000, 2.000 oder 3.000 Leuten durchführen können. Alle diese großen Veranstaltungen, die auch eine Kultur in einer Stadt braucht, so wie die kleinen Veranstaltungen der Kultur und die kleinen Kulturvereine, also die großen sind immer abgewandert nach Amstetten, Linz, Wels, Kremsmünster oder Kirchdorf, die jetzt errichtet worden ist vor einiger Zeit und in Steyr gibt es so etwas nicht. Da waren wir uns darüber einig, und zu dem stehen wir auch heute noch, dass solche Großveranstaltungen in dieser Halle auch durchgeführt werden sollen und ich wünsche es mir. Persönlich wünsche ich es mir, weil für gewisse Großveranstaltungen reicht auch mein Kulturverständnis. Für bestimmte andere nicht, aber für bestimmte reicht es und ich würde mich freuen, wenn diverse Großveranstaltungen mit wirklich Künstlern, die sonst in Steyr immer vorbeigefahren sind, wenn die in Steyr auch eine Veranstaltung machen würden. Also, das würden wir uns wünschen und das sollte auch sein.

Aber eines sollten wir nicht verkennen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir da jetzt so frei diskutieren, Kulturveranstaltungen - und jeder meint ein bisschen etwas anderes dabei. Wie die Halle konzipiert ist, macht es natürlich keinen Sinn, eine Kulturveranstaltung drinnen zu machen, die auf einem sehr hohen Niveau und in einem kleinen Kreis ist, vielleicht mit 200 bis 400 Leuten, das macht keinen Sinn, für das ist diese Halle nicht ausgelegt und das ganze Ambiente passt auch nicht

dazu. Ich glaube, die, die sich mit Kultur auseinandersetzen, die werden dem sicherlich beipflichten. Die Halle ist eine Sport- und Turnhalle für unsere Steyrer Schüler, sie ist eine Dreifachturnhalle, sie bietet für bestimmte Großveranstaltungen eine hervorragende Möglichkeit und auf das, glaube ich, wird man sich beschränken müssen. Wenn wir die Debatte führen, ob es eine gescheite Halle ist, wo man Bälle darin machen kann; also bitte schauen wir sie uns doch an, erstens sind wenig Bälle und die Bälle die sind, da muss ich dem Hauser Willi beipflichten, das Ballverhalten ist heute ein ganz anderes, ob es uns passt oder nicht. Ich persönlich gehe z. B. nicht gerne auf einen Ball in das Museum Arbeitswelt, aber wenn man sich die Besucherzahlen im Museum Arbeitswelt anschaut, ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Weil es keine Alternative gibt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Das Ball- bzw. Freizeitverhalten ist halt heute ein ganz anderes, die jungen Leute - der Großteil der Ballgeher - wollen nicht irgendwo auf einem Sessel sitzen und 6 Stunden auf die Tanzfläche hinausschauen, sondern die sind in Bewegung, die wollen unterwegs sein. Aus dem heraus, ist das nicht geeignet. Eines sollte uns doch ein gemeinsames Anliegen sein, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich bin zwar nicht der Befürworter, dass man sagt, in ganz Österreich darf man nirgends mehr rauchen, ich habe selber geraucht, rauche aber heute nicht mehr, finde es auch gescheit, wenn man nicht raucht, aber der was rauchen will, soll rauchen; aber uns allen hier herinnen muss es doch ein Anliegen sein, dass man in einer Turnhalle, die sie nämlich in einem hohem Ausmaß ist, unsere Steyrer Schulen gehen von Montag bis Freitag von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr dort turnen, dass man dann nicht die Halle für Bälle nutzen kann, wo auch geraucht wird und die Gerüche dort auch bleiben. Das wissen wir ja, es gibt keine so gute Absaugung - ohne dass eine gewaltige Zugbelastung ist - wo dann nicht Rückstände vom Rauch bleiben und da sollen dann nächsten Tag unsere Kinder wieder turnen gehen. Das muss ein Anliegen von uns sein, und aus diesem Grund - und nicht weil wir es nicht wollen - meine sehr verehrten Damen und Herren, wird sich die Debatte über Bälle in der Sporthalle erübrigen, weil es gibt keinen einzigen Ball in Österreich, wo man sagt, da gibt es Rauchverbot im Kern des Bereiches. Wir müssten aber drinnen auf der großen Fläche und auf der Tribüne hinauf Rauchverbot machen, nicht dass wir irgendwen sekkieren wollen, sondern für unsere Kinder, dass dort eben dementsprechende Luft ist.

Jetzt noch zu den Veranstaltungen: Es ist mir ein großes Anliegen und ich werde auch in diese Richtung dementsprechend Druck machen, natürlich ist es auch eine Frage des Geldes, aber ich habe im Kreise der Fraktionsvorsitzenden das Thema schon angeschnitten, dass es dringendst notwendig ist, dass wir unserem Stadtsaal ein Facelifting machen. Aufgrund unserer Finanzsituation, die großen Brocken, die wir haben, Sporthalle, im Münichholz das APM, wo wir als weitere Auflage haben, dass wir am Tabor das Alten- und Pflegeheim auch den gesetzlichen Bestimmungen anpassen und sanieren müssen, wie das noch alles wird, da werden wir in der nächsten Periode noch genügend Diskussionen führen; aus diesem Grund, was wir da noch alles machen müssen, wie die finanzielle Belastung sein wird, werden wir keinen neuen Stadtsaal machen können, den werden wir nicht bezahlen können. Der wird sich in einer Größenordnung von ungefähr 100 Mio. Schilling bewegen, und da bin ich nicht so ein Optimist, dass wir das bei unserer finanziellen Situation so locker vom Hocker zahlen können. Dadurch glaube ich, können wir den Zustand unseres Stadtsaales nicht so lassen wie er jetzt ist, weil da ist er wirklich nicht unbedingt einladend und geeignet, dass man da schöne Veranstaltungen machen kann, sondern da würde ich meinen, mit einem vernünftigen Facelifting, wie man das so schön in der Autobranche nennt, lässt sich sicherlich einiges zu einem verträglichen finanziellen Aufwand machen. Das sollten wir uns auch zum Ziel setzen, das sollten wir machen, damit wir für solche Veranstaltungen wie Bälle udgl. die Möglichkeit haben. Das sollten wir auch in der nächsten Zeit angehen und da sollten wir etwas tun.

Zu den 30 %, was da immer für die großen Veranstaltungen angeschnitten wird; im zeitlichen gibt es natürlich gewissen Grenzen, weil eines ist einmal klar; da haben wir auch die Verpflichtung und die Verträge, dass wir den Schulsport dementsprechend abwickeln müssen, also der Turnunterricht muss abgewickelt werden. Es gibt aber genügend Freiräume und es muss auch ein Anliegen für uns sein, wenn wir eine so schöne Halle hinbauen und die kostet uns so viel, dass wir dort auch eine dementsprechende Auslastung zustandebringen.

Lieber Gunter Mayrhofer, du hast dort ja auch die Debatte geführt und hast sie auch eingebracht, es ist doch unsinnig - und da gebe ich dir recht, aber beim Geld sind da gewisse Grenzen, aber wir haben auch diese Hürde gepackt und überschritten, wie du gesagt hast, wir brauchen eine klimatisierte Halle. Die brauchen wir aber nicht im Winter, da brauchen wir nur die Heizung ein wenig zurückdrehen, dann haben wir eh die niedrigeren Temperaturen, wir brauchen sie nämlich im Sommer, dass wir über die lange Zeit, wo Ferien sind, wo der Sport mit drinnen ist - weil im April - Mai haben wir am Wochenende schon eine relativ schlechte Auslastung und in den Monaten Juli, August,

bis Mitte September ist fast überhaupt nichts drinnen, ebenso in den Ferien - in den Energieferien, Osterferien usw., also es gibt genügend Zeiten die zur Verfügung stehen, wo wir die Halle nützen können.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Eines möchte ich auch noch bekräftigen, weil das auch unsere Überzeugung ist und wir haben das auch bei uns in der Fraktion diskutiert. Ich glaube, und da bin ich auch bei ihnen, Herr Dir. Lengauer, wenn es Steyrer Kulturvereine gibt und wenn es Kulturveranstaltungen von Steyrer Vereinen gibt, so wie eine Chorveranstaltung, wo unsere Steyrer Chöre singen, wo man auch sagt, wir brauchen da die Halle, weil wir da 1.500 bis 2.000 Leute hineinbringen wollen und weil die auch da sind und die das ohne bzw. mit einem geringfügigen Eintritt machen, dann liegt das doch an uns, wie wir da herinnen sitzen - und das tun wir ja heute schon, wir haben ja heute schon eine Reihe von Veranstaltungen im Stadtsaal, sie wissen das als Kulturobmann, - dass man das empfiehlt und sagt, jawohl wir wollen die Veranstaltung dort haben. Dann kommt der Veranstalter und sagt, aber beim Zwirn „hunzt“ es mich, dann sagen wir okay, wir verlangen zwar den Eintritt, weil es unsere Tarifordnung verlangt, und am Subventionswege geben wir das gleichzeitig wieder zurück, also wir verlangen dann für bestimmte Dinge nichts. Das liegt an unseren Personen, die da handeln und das werden wir auch unterstützen. Ich möchte schon zurückweisen, dass wir gegen die Kultur sind.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Wird das dann wieder vom Kulturbudget genommen?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Nein!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, das liegt in unserer Hand, das ist eine Preisgestaltung.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Um jetzt noch einmal direkt zum Antrag zurückzukommen, den Unterschied in den Tarifen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich hoffe, dass doch ein Großteil hier herinnen den Steyrer Sport kennt. Wir spielen in Ligen, egal in welcher Sportart, wo das Geld nicht so hereinrinnt, die da nicht solche Eintritte verlangen können, dass sie sich das finanzieren können. Wir haben auch einige Vereine, die ihren Trainings- und Meisterschaftsbetrieb ausschließlich in der Halle durchführen können und dort muss man doch einen Tarif haben, dass sich die Vereine das leisten können. Wir sind ja in Klassen, wo überhaupt kein Geld drinnen ist, wo die Vereine von einer Saison zur anderen raufen, dass sie das finanzieren können. Aus diesem Grund haben wir hier auch vorgeschlagen, für den Sport einen moderaten Tarif einzuführen. Über das sind wir uns, glaube ich, eh einig.

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Über das sind wir uns ja eh einig, dass die Tarife für den Sport dort auch passen. Die Tarife für Kulturveranstaltungen, die ich zuerst angesprochen habe, wo Großveranstaltungen mit 2.000 bis 3.000 Leute sind, das sind Veranstaltungsagenturen die das durchführen, dort werden von den Besuchern Eintritte von S 500,- aufwärts verlangt - ich sage es immer noch in Schilling, da tue ich mir leichter. Die müssen ihre Tarifgestaltung bzw. Eintrittsgeld so staffeln, dass sie das auch zahlen können und es wäre auch nicht gescheit, dass wir von der Stadt solche Groß-Events subventionieren, die müssen sich selber finanzieren. Die Subventionen brauchen die Kleinen und Armen und nicht die Großen und Reichen.

Ich ersuche doch, diesem Antrag die Zustimmung zu geben und ersuche den Bürgermeister, darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich möchte vielleicht noch erwähnen, dass ja bereits ein paar größere Veranstaltungen gebucht sind, z. B. das Tanzturnier ist ja bereits Mitte September, übrigens auch eine Kulturveranstaltung. Wenn ich ganz ehrlich sein soll, da ist ja Sport und Kultur eines, nur damit das auch klar gestellt ist, das ist in

vielen Bereichen sehr wohl eng verbunden und ich stehe einfach dazu, dass diese Halle auch wirtschaftlich geführt werden sollte. Das kann sie aber nur, wenn ich eine entsprechende Tarifgestaltung mache.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Gleiches Recht für alle, Herr Bürgermeister!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, da muss ich auch unterscheiden. Ich muss so einen Groß-Event ganz anders gestalten.

Diskussion verschiedener Mandatare

Unverständlicher Zwischenruf von StR Gunter Mayrhofer

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist aber etwas anderes. Wir werden uns darauf einstellen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer für die neue Tarifordnung ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ u. GAL. Wer ist dagegen? 11 (ÖVP u. FPÖ). Stimmenthaltung? 1 - StR Roman Eichhübl. Die Tarifordnung ist mit Mehrheit angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
In meinem nächsten Antrag geht es auch um die Sport- und Kulturhalle Tabor.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

22) BauH-108/2000 Sport-11/2000 Sport- und Kulturhalle Tabor, Vergabe von zusätzlichen Architektenleistungen (Drehung) sowie Mehraufwendungen, Ankauf von Maschinen und Einrichtungsgegenständen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 10. Juni 2003 wird der Auftrag für zusätzliche Architektenleistungen (Drehung) an das Architektenbüro Schmid + Leitner in Höhe von € 112.300,-- exkl. USt. sowie die Generalunternehmerleistungen für den Ankauf der Maschinen, Geräte und Einrichtungsgegenstände sowie unvorhersehbare Mehraufwendungen an die ARGE Strabag/Dywidag, zum Preis von € 214.800,-- exkl. USt. vergeben.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von € 327.100,-- (i.W. dreihundertsiebenundzwanzigtausendeinhundert) werden bei der VSt. 5/263000/010000 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 327.100,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche den Gemeinderat, hier die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr StR Mayrhofer bitte und dann Herr GR Fürweger.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren. Das Thema ist ja noch nicht erledigt. Die meisten hier im Saal werden sich erinnern können, dass wir seinerzeit gegen die freihändige Vergabe der Planung an dieses Architekturbüro waren, weil wir gesagt haben, eine Planung in dieser Größenordnung muss EU-weit ausgeschrieben werden - wir haben dann im Nachhinein auch Recht gehabt. Wir haben leider Gottes auch mit dem Recht gehabt, dass das Ganze schief geht. Weil was ist passiert? Man hat den Architekten überhastet mit der Planung beauftragt, dann hat sich herausgestellt, dass wir über ein Grundstück geplant haben, das überhaupt nicht zur Verfügung steht. Wenn mein lieber Kollege Bremm gesagt hat, die Finanzen der Stadt sind sehr triste, oder nicht so, dass wir uns wirklich recht viel leisten können, dann möchte ich sagen, hier haben wir fast 2 Mio. Schilling buchstäblich beim

Fenster hinausgeschmissen. Das sind zusätzliche Planungskosten, die nur dadurch entstanden sind, weil man überhastet und ohne wirklich zu prüfen Aufträge vergeben hat, weil man Vergabeordnungen nicht eingehalten hat. Und das bitte ist das Ergebnis, auf dem Rücken der Steyrer Bürger. Wenn ihr mich aus der heutigen Sicht fragt, kurz vor dem Jahrestag des 12. August, dann möchte ich sagen, dass ich dieses Geld, das wir jetzt hier für die Umplanungen, für das Drehen der Halle brauchen, diese 112.280,- plus MWSt., das hätte ich lieber den Hochwasseropfern gegeben und denen damit geholfen.

Ich darf sie berichtigen, der Vergabe der Planungsleistungen hat die ÖVP nicht zugestimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Aber der Halle haben sie zugestimmt und sie haben ganz genau gewusst, weil da sind wir nämlich beieinander gesessen, dass das Drehen der Halle sehr wohl was kosten wird.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sie haben selber gesagt, das wird geringfügig teurer, € 112.000,- !

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ihnen muss aber klar, und sie sind für die Bauthemen in Steyr zuständig, ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja bitte, geben sie mir das Ressort!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Sie haben eh das Bauressort.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Herr Bürgermeister, wertes Präsidium. Ich habe nur eine kurze Frage an den Herrn Vizebürgermeister und zwar zu diesen Großveranstaltungen mit zwei- bis dreitausend Leuten, wie er das sieht, wie diese Leute dort hinkommen und ihre Autos dort abstellen? Gibt es schon Überlegungen, wo sie ihre Autos abstellen können, gibt es schon ein Besucherleitsystem, auch für die öffentlichen Verkehrsmittel usw.?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich höre fast nichts, bist schon fertig? Ist die Wortmeldung schon beendet, oder war das das falsche Thema?

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Das ist ein sehr wichtiges Thema.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Okay, gibt es eine weitere Wortmeldung? Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Also diese Bezirkssport- und Kulturhalle ist von Anfang an von Pleiten und Pannen verfolgt gewesen.

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Soll ich dir das alles vorlesen?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich kenne das alles.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das Hauptproblem war - ich habe es hier im Gemeinderat schon einmal gesagt, aber ich sage es noch einmal - Stadtentwicklung - Professor Breitling, Flächenwidmung - Professor Breitling, Standortsuche - Professor Breitling, Wettbewerbausschreibung - Professor Breitling, oberster Juror - Professor Breitling. Es wurde heute schon einmal erwähnt, dass von der Standortsituation her, die Grundstücksituation zuwenig beleuchtet wurde und man ist auch auf die Argumente nicht eingegangen, man hat immer gesagt, das wird eh schon. Das „wird eh schon“ ist heute sehr, sehr teuer. Wenn man rechnet, dann hat man heute alleine für die Planung Mehrkosten in der Höhe von € 112.280,-. Das Sensationelle dabei ist aber, dass wir exakt ca. 10 % Planungskosten haben. 10 %

und das ist heutzutage bei allen vergleichbaren Bauten ein sensationeller hoher Wert. Wenn man dabei denkt, dass man nicht bereit war, diese Planung auch dem Gestaltungsbeirat vorzulegen, weil man gesagt hat, man hat ja eh eine Jurorengeschichte gehabt und das genügt schon, wenn Gemeinderäte und Fachleute hier vom Hause darüber abstimmen, dann frage ich mich, wozu haben wir überhaupt einen Gestaltungsbeirat, wo ganz klar in unseren Bestimmungen drinnen steht, dass solche große Bauten zwingend dem Gestaltungsbeirat vorzulegen sind. Das ist jetzt nicht neu, aber ich sage es nur der ordnungshalber noch einmal dazu.

Jetzt komme ich wieder zurück zur Drehung. In dieser denkwürdigen Sitzung des Gemeinderates vom 14. Februar 2002 gab es ja auch schon so merkwürdige Aussagen und auch so eine Art Fragestunde an den planenden Architekten und der hat auf eine Frage vom Gerhard Klausberger, über die Kosten der Drehung, folgendes geantwortet. Ich zitiere auszugsweise: „Das heißt, wir bekommen einen Preis, der sicher einmal höher ist. Aber absichtlich einmal höher, weil überall einmal die beste Ausführung gewählt wurde, ausgeschrieben wurde.“

Das ist weder deutsch, noch kann ich es sinngemäß verstehen, aber das heißt, wenn ich weitergehe: „Es wurden aber billigere Varianten dazu ausgeschrieben, das heißt, wenn wir die Angebote herinnen haben, können wir mehr sagen.“ Und jetzt auf die Planungskosten. „Wir haben natürlich ein bisschen mehr Kosten, das wissen ja alle. Wir sind zuerst runter und jetzt sind wir wieder auf die 89.“ Da meint er wahrscheinlich 89 Mio. Schilling und dann sind so schrittweise die Kleinigkeiten dazugekommen. Wir haben die Halle gehoben, wir haben sie wieder abgehoben usw. und dann haben wir sie gedreht; und diese Drehungskosten haben wir heute unter anderem zur Diskussion. Aber auch im heutigen Amtsbericht, ich weiß nicht wer ihn gelesen hat, ist auch schon bei der ersten Zeile etwas - ich verstehe halt auch dieses Deutsch nicht ganz, vielleicht habe ich damals wirklich zuwenig Schulstunden gehabt, hab vielleicht zuviel gefehlt.

„In den Jahren 2000, 2001 und 2002 wurden vom Stadtsenat bzw. Gemeinderat der Stadt Steyr Aufträge für die Sport- und Kulturhalle am Tabor in Höhe von € 8.232.031,82 exkl. USt. vergeben.“ Man meint wahrscheinlich Planungsleistungen, Aufträge heißt für mich, das ist auch ein Bauauftrag.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Was, Planungsleistungen um 8 Mio. Euro? Das kann nicht stimmen, das sind jetzt die Gesamtkosten.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Wir haben 12 Mio. Schilling Planungskosten!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Moment, wir haben 10 % Planungskosten, das sind ungefähr 10 Mio. Schilling. In Euro sind das knapp 900.000,-, dazu kommt noch die Mehrwertsteuer. Das ist für diese Halle ein sehr großer Patzen Geld.

In der damaligen Gemeinderatssitzung wurde auch von mehreren Gemeinderäten unterschiedlicher Fraktion, eine Folgekostenberechnung verlangt. Das wäre auch nett, wenn sich auch jemand vor der Inbetriebnahme darüber Gedanken macht. Wir haben heute ja auch über die Kontrollabteilung gesprochen, vielleicht wäre auch da einmal was gegeben. Was kostet uns die Halle wirklich, dann könnten wir auch darüber diskutieren, was müssen wir dafür berechnen. Ich bin auch dafür, dass man die Halle kostengünstig und kostengerecht führt. Ich habe auch mit dem Herrn Kupfer unter vier Augen darüber gesprochen und ich teile auch seine Meinung, da kann man durchaus auch darüber diskutieren, dass man so eine Halle auch ausgliedert. Das gehört gut geführt und da gehört auch keine Magistratsabteilung mit der Führung dieser Halle betraut. Das haben wir schon hinter uns, dass solche Konstruktionen nicht gut sind.

Ich bin auf die Diskussion, die heute hier aufgetaucht ist, schon sehr gespannt, weil man ja so locker gesagt hat, na ja, im Kulturbereich, wenn es jemanden zu teuer ist, dann wird man es ihnen über den Subventionsweg wieder zurückgeben. Da bin ich schon sehr gespannt, aus welchem Topf das dann kommt. Weil bis jetzt war es immer so, dass das auf Kosten der Kultur geht. Es zeigt auch schon, dass diese Konstruktion absichtlich so gewählt worden ist, mit dem Hintergrund, dass sich das eh keiner anschaut, weil es eh nur ein bisschen teurer geworden ist.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es zu diesem Thema noch eine Wortmeldung? Nein das ist nicht der Fall.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen. Die Debatte kommt ja nicht überraschend, wir haben sie ja schon im Stadtsenat geführt. Ich muss ehrlich sagen, ich hoffe und wünsche mir nur, dass man die Sport- und Kulturhalle nur mies zu machen versucht, weil sie eben in meinem Ressort ist.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich hoffe nicht, dass das die Haltung einiger gegenüber dem Sport ist.

Das würde ich mir nur wünschen, weil ich halte es eh aus.

Ich gestehe ein, dass wir die Halle drehen mussten. Das war nun mal so, wir haben darüber genügend diskutiert. Vom Ausschauen her, sagen heute alle, super - Gott sei Dank mussten wir sie drehen, weil wenn wir es jetzt entscheiden müssten, dann hätten wir es gleich so entschieden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hätte sich der Gestaltungsbeirat damit befasst, dann wäre das Problem nicht aufgetreten.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Wenn sie keine Sporthalle haben wollen, dann ist das ihr Problem, ich akzeptiere das.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist eine böse Unterstellung!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Nein, Herr Dr. Pfeil, sie wollen einfach Argumente nicht zur Kenntnis nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Warum haben sie es nicht rechtzeitig dem Gestaltungsbeirat vorgelegt? Dann wäre die bessere Variante empfohlen worden.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Sie haben die Standortfrage nur dazu benützt, um dagegen zu sein. In Wirklichkeit ...

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Fix noch einmal, würde ich sagen, wenn ich Betriebsratsobmann bin und so einen undisziplinierten Betriebsrat hätte.

Wir haben die Standortfrage ja eh von hinten und vorne diskutiert, und wir haben auch an einen anderen Standort geglaubt. Wir haben geglaubt, hinten bei der Sporthauptschule wollen wir sie machen. Wir haben dort den Grund nicht gehabt und wir haben auch die Zustimmung vom Bund nicht bekommen, weil sie gesagt haben, es gehen keine Bundesschulen hinein. Also, darüber haben wir ja eh endlos diskutiert und darum glaube ich, dass der Standort dort auch in Ordnung ist, aber sie schieben das halt immer vor, dass der Standort nicht passt und darum sind sie auch gegen die anderen Sachen und den Breitling mögen sie auch nicht. Aber das ist auch ihr Kaffee, den haben sie auch schon in den Zeiten, wo er bei uns aktiv war, nicht mögen.

Zu den Kosten möchte ich schon noch eines dazu sagen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Es geht ja in Wirklichkeit nur um die 112.000,-- Euro, weil das andere betrifft ja die Einrichtung.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

„Nur“ ist gut.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich sage es ihnen ja nur, weil wir beschließen ja € 327.000,-- und von einem Drittel davon, reden wir von Planungskosten. Das sind nicht nur Architektenhonorare, die in den 112.000,-- Euro drinnen sind. Gunther, du weißt das nämlich ganz genau, deine Fachabteilung hat das vorbereitet, die hat das ausverhandelt. Das sind nicht nur Planungskosten und nicht nur Kosten für das Drehen, sondern wir haben über vieles diskutiert und wir haben unter anderem auch gesagt, dass dieses und jenes noch dazu muss, da waren Umplanungen da, da ist noch ein Lift dazugekommen, wir haben die Halle noch gehoben, das haben wir uns am Verhandlungswege ausgemacht. Das muss man natürlich zahlen, das weißt du genau, dass du von einem Professionisten, von einem Architekten, nicht irgendwelche Leistungen kostenlos bekommst.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Du kannst dich aber schon noch erinnern, dass vom Leithenmayr das Etat gekürzt worden ist und

runterlimitiert worden ist, und dass man im Nachhinein, nachdem die Planung passiert ist, das wieder um ein vernünftiges Maß anpassen musste.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
„Herr“ Leithenmayr, so viel Zeit muss sein!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Das ändert ja an den Architektenhonoraren nichts, weil nämlich die Gesamtbaukosten ...

Unverständliche Zwischenrufe

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich habe auch nicht immer reingeschrien, wie du geredet hast.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sagt einmal, könnt ihr nicht ein bisschen disziplinierter sein?

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Es ist interessant, dass die Sporthalle immer solche Emotionen hervorruft. Also, in diesen € 112.000,- - sind die Erhöhung und die Drehung dieser Halle drinnen, aber meine sehr verehrten Damen und Herren, da ist auch die Statikerleistung drinnen, Bodengutachtung, Farbgebung, Abwasserprojekt, Planungs- und Baustellenkoordinator, Haustechnik- und Elektroplanung. Also, das ist umfassend und nicht so wie man es darstellt, dass das alles der Architekt kassiert hat. Außerdem noch, und das muss ich hier auch einmal in aller Klarheit sagen, es ist nicht in Ordnung, wenn man auch politisch unterschiedlicher Meinung ist, dass man ununterbrochen einige Beamten unseres Hauses hernimmt, wie wenn die ihre Arbeit nicht ordentlich machen würden, wie wenn sie schlampig wären und wie wenn sie irgendetwas nicht korrekt machen würden und schwach bei den Verhandlungen wären. Alles, was heute hier beschlossen wird, wurde vom Hochbau, aber auch von der Fachabteilung Kontrolle und Revision geprüft, sachlich und rechnerisch anerkannt und auch für in Ordnung befunden. Wenn wir sagen, es ist uns zu viel, okay. Aber auch zu den Verhandlungen über das Architektenhonorar, weil man jetzt so tut, der hat ja nur sagen müssen, was er will, und dann hat er das bekommen. Es gibt da eine Honorarordnung - ich kenne mich da nicht so gut aus wie du, aber ich habe mir das erzählen lassen, damit ich dazu heute noch was von mir geben kann. Es sind 36 % Nachlass von dem, was er aufgrund der Honorarordnung verlangen könnte. Also, die Beamten und die Verantwortlichen haben da schon anständig vorbereitet, haben anständig gearbeitet und das möchte ich schon in aller Klarheit sagen. Es ist einfach nicht in Ordnung, wenn man da immer auf den Beamten herumreitet - weil du weißt es ja, dass das die Beamten machen, vorbereiten und ausverhandeln und die haben da wirklich hervorragende Arbeit geleistet.

Ich ersuche den Bürgermeister, über diesen Antrag abstimmen zu lassen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Es geht bitte darum, dass die Schuld nicht bei den Beamten liegt, sondern bei den politischen Entscheidungsträgern, die das nicht ausgeschrieben haben.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bitte keine Zwiegespräche. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ und GAL. Wer ist dagegen? Niemand; Stimmenthaltung? ÖVP und FPÖ.

Der Leopold möchte hier eine Berichtigung zu seiner Wortmeldung bringen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Der Herr Prof. Gerhard Klausberger, mein Freund, will eine Klarstellung zu meinen Zitaten aus dieser Gemeinderatssitzung vom 14. 2. 2002 haben. Das ist natürlich immer die Gefahr, wenn man auszugsweise zitiert, was ich auch gesagt habe.

Aber in dieser Debatte war eindeutig klar, dass es nur um die Drehung ging, das war ja der Sinn dieser Gemeinderatssitzung und ich zitiere den Bürgermeister Ing. David Forstenlechner jetzt vorweg auch auszugsweise, bevor die Fragestellung vom Herrn Gerhard Klausberger kommt.

„Ich habe eigentlich das Gefühl gehabt, wie er das präsentiert hat, bei mir im Büro, über diese Drehung und wie er argumentiert hat, ich war nachher fast der Ansicht, wir müssen im Nachhinein direkt froh sein.“ Die Debatte ging also nur um die Drehung. Der Herr GR Mag. Gerhard Klausberger sagt - und seine Frage sage ich jetzt wörtlich, weil er sagt, das hat sich nicht auf die Drehung bezogen, sondern auf die Gesamtkosten. „Meine Frage bezieht sich auf den Zeitpunkt der Fertigstellung. Welche verbindliche Aussagen lassen sich hier a) in zeitlicher Art, b) in finanzieller Art treffen? Was mich ein bisschen erschüttert, ist die Thematik der Kostenexplosion. Kann man hier dem Gemeinderat oder dem Steuerzahler verbindlich sagen, wie das ausschaut?“ So das war jetzt der vollständige Text.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke für die Berichtigung. Als nächster Berichterstatter bitte ich Herrn StR Gunther Mayrhofer um seine Berichte.

Unverständliche Zwischenrufe

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Entschuldigung, Eichhübl. Roman, verzeih mir noch einmal.

BE:STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Selbstverständlich gerne, Herr Bürgermeister. Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich hoffe, dass meine beiden Anträge nicht so große Emotionen verursachen und darf daher ganz kurz zur Sache kommen. Der erste Antrag betrifft das Stadtbad Steyr, nämlich eine Preisanpassung im Hallenbad und in der Sauna per September 2003. Ich darf nur ganz kurz zur Einleitung sagen, dass es ...

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Es gehört ja nicht nur zur Verantwortung einer wirtschaftlichen Führung eines Dienstleistungsunternehmens im öffentlichen Bereich, dass man die interne Kostenentwicklung stets im Auge behält, sondern dass man auch andauernd die Einnahmenseite beurteilt und wenn es notwendig ist, auf der Einnahmenseite entsprechende Anhebungen durchführt, die allerdings in einem Rahmen sein sollten, die das Verhältnis zwischen dem, was man der Bevölkerung, dem Besucher von öffentlichen Freizeiteinrichtungen bietet und dem, was man dafür einnimmt, dass sie nicht auseinander klaffen und den gewissen Rahmen eben nicht sprengen. Es gibt daher einen einstimmigen Verwaltungsausschussbeschluss vom 28. 4. 2003, der zum Inhalt hat, dass bei den Tarifen im Hallenbad im Durchschnitt eine Preiserhöhung von 1,5 % vorgeschlagen wird und im Bereich der Sauna eine Preisanhebung von 1,6 %. Ich darf den hohen Gemeinderat bitten, dass ich jetzt nicht im Einzelnen auf die Tarife hier eingehe, es wurde ja sehr ausführlich im Verwaltungsausschuss darüber diskutiert. Ich darf ihnen daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, den Antrag vortragen.

Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ an den Gemeinderat.

23) STW-41/03 Stadtbad Steyr - Preisanpassung Hallenbad und Sauna per September 2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 04. 04. 2003 über die Preisanpassung für das Hallenbad und Sauna mit Wirksamkeitsbeginn 01. 09. 2003 und zufolge des Beschlusses im Verwaltungsausschuss für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ entsprechend der Beilage wird der Anwendung der neuen Eintrittspreise zum genannten Zeitpunkt zugestimmt. (Beilage)

Herr Bürgermeister, ich darf dich bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung über diesen vorgetragenen Antrag durchzuführen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall, daher einstimmige Annahme.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der nächste Punkt betrifft ebenfalls den Freizeitbereich der Bäder, nämlich das Stadtbad Steyr, die Erlassung einer neuen Badeordnung. Da geht es darum, dass vom Fachverband der Bäder Österreichs und den dazugehörigen Fachverbandausschuss die Aufforderung auch an die Stadt Steyr als Betreiber eines Freibades herangetreten wurde, um eben diese Badeordnung entsprechend zeitgemäß zu verändern. Wobei es inhaltlich im Großen und Ganzen darum geht, dass die Verantwortlichkeiten entsprechend zugeordnet werden. Zum einen für den Unternehmer, zum anderen für den Besucher einer derartigen Badeanlage.

Es ergeht der Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ an den Gemeinderat.

24) STW-42/2003 Stadtbad Steyr - Erlassung einer neuen Badeordnung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 15. 04. 2003 wird dem Ansuchen um Erlassung einer neuen Badeordnung für das Stadtbad Steyr zugestimmt. (Beilage)

Herr Bürgermeister, ich ersuche dich die Diskussion, bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Wahrscheinlich nicht. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter ganz herzlich und schlage eine kurze Pause zum Durchlüften vor.

PAUSE VON 20.16 UHR BIS 20.32 UHR

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, meine Damen und Herren, wir machen gleich wieder weiter, Herr StR Mayrhofer bitte.

BE:STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Mein erster Antrag bezieht sich auf den Bebauungsplan Schlüßlmayr. Er wird uns heute noch ein zweites Mal beschäftigen. Dieser Bebauungsplan ist Ende der Sechziger, Anfang der Siebziger Jahre gemacht worden, nach den damaligen Vorstellungen über das Bauen. Es ist nicht mehr zeitgemäß und darum hat es Anträge um Änderung gegeben, vor allem in der Einzelhausverbauung. Die Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung hat sich damit beschäftigt und empfohlen, diesen Bebauungsplan zu ändern.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

25) BauGru-39/00 Bebauungsplan Schlüßlmayr; Änderung Nr. 1.1.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Änderung Nr. 1.1 wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 22. 8. 2001 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 19. Mai 2003 gemäß §§33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idGF., beschlossen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Punkt ist der Lieblingsantragspunkt vom Kollegen Pfeil, hier geht es um die Verbindungsstraße Werndlstraße - Pyrachstraße, um die Vergabe der Straßenbauarbeiten.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

26) BauStr-22/2001 Verbindungsstraße Werndlstraße - Pyrachstraße; Vergabe der Straßenbauarbeiten; Kreditübertragung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 21. 05. 2003 wird der Vergabe für die Errichtung der Verbindungsstraße Werndlstraße - Pyrachstraße an die ARGE Straßen- und Pflasterbau und Lang- und Menhofer, der Einfahrtstorerrichtung im Bereich der ÖBB und den Eigenleistungen des GB VII wie folgt zugestimmt.

Vergabevorschlag:

Vergabevorschlag - Auftragnehmer - Errichtung/Finanzierung - Betrag incl. MWSt., Nachlass u. SK

1. Verbindungsstraße Werndlstraße-Pyrachstraße - ARGE SP & LM - 2003 - EUR 201.926,44
2. ÖBB-Einfahrtstor lt. Vertrag - Diverse Auftragn. - 2003 - EUR 10.000,--
3. Planungskoordination lt. BauKG - EIGENLEISTUNG - 2003 - EUR 0,--
4. Eigenleistungen wie Verkehrszeichen udgl. - FA für komm. Dienste - 2003 - EUR 5.000,--
5. Bepflanzungen und Sonstiges - Stadtgärtnerei - 2003 - EUR 1.073,56

GESAMT: EUR 218.000,--

Die erforderlichen Mittel werden wie folgt finanziert, auf VST 5/612000/002430 übertragen und freigegeben:

Finanzierung des Bauvorhabens:

Budget - Betreff - Voranschlagstelle - Betrag incl. MWSt. - Bemerkung

2003 - Verbindungsstraße Werndlstraße-Pyrachstraße - 5/612000/002430 - EUR 30.000,-- - übertragene Mittel von 2002, Rest

2003 - Gemeindestraßen Straßenbauten-diverse Belagsarbeiten - 5/612000/002430 - EUR 144.700,-- - Budgetmittel 2003, Rest

2003 - nicht verbrauchte Mittel Baulos Werndlstraße übertragen von 5/611000/771010 auf - 5/612000/002430 - EUR 43.300,--

Finanzjahr 2003 - EUR 218.000,--

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 Absatz 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Niemand. Stimmenthaltungen? 4 - Hr. Vizebgm. Dr. Leopold Pfeil, Hr. StR Roman Eichhübl, Hr. GR Andreas Kupfer, Hr. GR Stefan Fröhlich. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Bei meinem nächsten Punkt geht es um einen Formalakt und zwar um die Abwasserbeseitigung.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

27) Fin-95/2002 Abwasserbeseitigung Stadt Steyr; Bauabschnitt 11, Annahme Fördervertrag.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 02. Mai 2003 wird der Annahme des

Fördervertrages (Antragsnummer A 202299) der Kommunalkredit Austria AG, Türkenstraße 9, 1092 Wien, für den Bauabschnitt 11, Abwasserbeseitigung Stadt Steyr zugestimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Im Zuge der Straßensanierung im Bereich Gutenberggasse, das ist jener Bereich, der direkt beim Parkplatz des Vorwärtsplatzes ist, wird auch die Kanalisation in einem ungefähr 50 m langen Stück neu gemacht.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

28) BauT-2/2003 Kanalisation Stadt Steyr 2003, NK Gutenberggasse; Vergabe und Mittelfreigabe der Bauarbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 11. Juni 2003 werden die Erd-, Baumeister- und Rohrverlegearbeiten zur Herstellung der Kanalisation Pyrach - Reichenschwall (NK Gutenberggasse) an die Fa. Ages-Bau, 3362 Mauer, mit ihrem Gesamtangebot in Höhe von EUR 47.884,10 exkl. MWSt. vergeben.

Die erforderlichen Mittel sind bei VSt. 5/851000/004000 „Kanalbau Pyrach - Reichenschwall“ vorgesehen.

Der Beschluss gilt vorbehaltlich der Zustimmung der Vergabekommission des UWF beim Amt der OÖ Landesregierung.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist für das Jahr 2003 eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 47.884,10 exkl. MWSt. notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

In meinem nächsten Punkt geht es um die Hangbrücke Schlüsselhofgasse, und zwar um den Umbau der Auskragungskonstruktion.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

29) BauBrü-1/2002 Hangbrücke - Schlüsselhofgasse; Umbau der Auskragungskonstruktion; Antrag;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 10. 06. 2003 wird der Vergabe des Umbaues der Hangbrücke - Schlüsselhofgasse in Höhe von EUR 80.229,92 an die Fa. ARGE Museumsteg zugestimmt. Für unvorhersehbaren Mehraufwand sowie für Hilfestellung durch den GB VII, kommunale Dienste, sind zusätzlich EUR 6.000,-- vorzusehen.

Die Mittelfreigabe im erforderlichen Gesamtausmaß von EUR 86.230,-- erfolgt bei der vorgesehenen VSt. 5/612000/002270 „Gemeindestraßen, Straßenbau, Brückenerhaltung“.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Fußgängerübergang Altgasse - Klotzstraße, das ist jener Fußgängerübergang, der Richtung ehemalige Steyr Werke geht. Hier sind Instandsetzungsarbeiten notwendig, nämlich die Erneuerung der Tragwerksabdichtung.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

30) BauBrü-1/2003 Fußgängerübergang Altgasse - Klotzstraße; Instandsetzung 1. Teil, Erneuerung der Tragwerksabdichtung; Vergabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 10. Juni 2003 wird der Vergabe der Instandsetzungsarbeiten 1. Teil am Fußgängerübergang Altgasse in Höhe von EUR 59.207,89 an die Fa. Alpine - Mayreder, Steyr, zugestimmt.

Für unvorhersehbaren Mehraufwand sowie für Hilfestellung durch den GB VII, kommunale Dienstleistungen, werden zusätzlich EUR 5.000,-- vorgesehen.

Die Mittelfreigabe im erforderlichen Ausmaß von EUR 64.210,-- erfolgt bei der vorgesehenen VSt. 5/612100/002000 „Fuß- und Radwege; Straßenbau Fuß- und Radübergänge“.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 64.210,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Nein, dann kommen wir zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Nächster Punkt bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Hangsicherung Taborstiege, das heißt jene Verbindungsstiege zwischen dem alten Gymnasium und dem Friedhof hinauf. Hier haben wir starke Frostaufbrüche und müssen diese Stiege zur Gänze instandsetzen. Erst letzte Woche sind wir bei einer Kanalspülung auch darauf aufmerksam geworden, dass auch der Kanal in diesem Bereich vollkommen kaputt ist. Für diese Sicherung gibt es nur noch eine Fachfirma, die sich damit beschäftigt und das ist die Fa. Kaim.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

31) BauH-34/2000 Hangsicherung Taborstiege, 3. Teil; Vergabe der Arbeiten;
KREDITÜBERTRAGUNG

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 27. Mai 2003 wird der Vergabe der Erneuerung von Teilen der Brüstungsmauer der Taborstiege sowie der Errichtung eines Steinschlagschutznetzes im Gesamtausmaß von EUR 32.766.02 an die Fa. Kain, Wien, zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel in einer Gesamthöhe von EUR 32.800,-- werden durch Freigabe im Ausmaß von EUR 8.320,-- bei der vorgesehenen VSt. 5/612100/002210 „Fuß- und Radwege; Hangsicherung“ und durch Kreditübertragung im Ausmaß von EUR 24.480,-- von VSt. 5/612100/002000 „Fuß- und Radwege; Straßenbau Fuß- und Radübergänge (Diverse Reparaturen)“ nach o. a. VSt. 5/612100/002210 „Fuß- und Radwege; Hangsicherung“ aufgebracht.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 32.800,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Hier haben wir wieder Bebauungsplan Schlühslmayrsiedlung im vorderen Bereich. Ähnlich wie bei dem ersten geht es auch hier wieder um eine Anpassung an die heutigen Erfordernisse.

Es ergeht der Antrag des Bauausschusses an den Gemeinderat.

32) BauGru-10/02 Bebauungsplan Nr. 34 - Schlühslmayr; Änderung Nr. 5.

Der Gemeinderat möge die Einleitung der Änderung Nr. 5 des Bebauungsplanes Schlühslmayr - entsprechend den Plänen der FA Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 26. 09. 2002 und den Ausführungen im Amtsbericht der FA für Baurechtsangelegenheiten vom 02. Juni 2003 beschließen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Bebauungsplan Nr. 64 - und zwar ist das jener Bebauungsplan, der bei der Gründbergsiedlung, direkt neben dem Landeskrankenhaus ist. Hier geht es um die Aufhebung im Bereich des Eckgrundstückes, vis-a-vis vom derzeitigen Hofermarkt, Priedwasserobjekt. Es war im Gestaltungsbeirat, hat die Zustimmung gefunden und soll jetzt gebaut werden. Darum ist eine Aufhebung des derzeit noch gültigen Bebauungsplanes notwendig.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

33) BauGru-15/03 Bebauungsplan Nr. 64 „Schinagl Gründberg“ - Änderung Nr. 1 - Aufhebung;

Der Gemeinderat möge die Einleitung des Verfahrens zur Änderung Nr. 1 des Bebauungsplanes Nr. 64 - Aufhebung - entsprechend den Plänen der FA Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 22. 10. 2002 und den Ausführungen im Amtsbericht der FA für Baurechtsangelegenheiten vom 12. Jun 2003 beschließen.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Einreihung einer Aufschließungsstraße im Bereich Dachsbergweg als Gemeindestraße. Hier hat es auf den ehemaligen Hofstettergründen von der Fa. Priedwasser eine Verbauung für einige Einfamilienhäuser gegeben. Im Zuge der Aufschließungsvereinbarung war eine spätere Übernahme in das öffentliche Gut nach Fertigstellung auch beinhaltet.

Antrag des Bauausschusses an den Gemeinderat.

34) BauGru-54/02 Einreihung einer Aufschließungsstraße im Bereich Dachsbergweg als Gemeindestraße.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Das Grundstück Nr. 774, EZ. 2752, KG Steyr wird ins öffentliche Gut übernommen und als Gemeindestraße eingereicht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter und ersuche Herrn StR Walter Oppl um seine Ausführungen.

BE:STADTRAT WALTER OPPL:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Ich darf euch heute 3 Anträge stellen. Die ersten zwei Anträge beschäftigen sich mit unserem Kinderschutzzentrum „Wigwam“. Aufgrund von Liquiditätsproblemen des Vereines, weil die Bundes- bzw. Landeszuschüsse noch nicht geflossen sind, geht es bei meinem ersten Antrag um die Jahressubvention in der Höhe von Euro 36.400,--.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

35) Fin-204/02 Kinderschutzzentrum „Wigwam“; Subvention 2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Jugendangelegenheiten vom 24. 4. 2003 wird dem Trägerverein Kinderschutzzentrum „Wigwam“, 4400 Steyr, Promenade 8, zur Förderung der Vereinsaktivität für das Jahr 2003 eine einmalige, außerordentliche, Subvention in Höhe von

Euro 36.400,-- (sechsendreißigtausend-vierhundert)

gewährt.

Die erforderlichen Mittel für diese Subvention werden bei der VSt. 1/439100/757000 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT WALTER OPPL:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Beim zweiten Antrag geht es um eine Resolution an die OÖ Landesregierung im Zusammenhang mit der Finanzierung des Kinderschutzzentrums „Wigwam“. Wie sie dem Amtsbericht entnehmen können, hat das Kinderschutzzentrum heuer schon um eine Subvention in der Höhe von 50.000,-- Euro angesucht. Wir selber haben aber haben im Budget 36.400,-- Euro drinnen und können daher auch nicht mehr auszahlen. Faktum ist aber, dass die Betreuungsfälle enorm steigen und auf der anderen Seite stellt sich aber heraus, dass 40 % dieser Fälle nicht aus Steyr sind, sondern von der Region Steyr kommen. Leider Gottes weigern sich unsere angrenzenden Gemeinden irgendeinen Beitrag zum Kinderschutzzentrum zu bezahlen. Wir haben das im Sozialausschuss ausführlich diskutiert und wir sind gemeinsam, einstimmig zur Auffassung gekommen, dass wir die heutige Gemeinderatssitzung zum Anlass nehmen, um als Sozialausschuss eine Resolution an die Landesregierung zu beantragen, dass es hinkünftig in die Wege geleitet wird, dass die Finanzierung des Kinderschutzzentrums so wie bei den Frauenhäusern im Umlageverfahren durchgeführt wird. Das soll uns aber nicht hindern, dass alle Vertreter, die hier von den verschiedenen Fraktionen anwesend sind, mit unseren Kolleginnen und Kollegen in den Randgemeinden Gespräche führen und sie motivieren und animieren, dass sie sich trotzdem an der Finanzierung des Kinderschutzzentrums beteiligen.

ANTRAG

zur Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am 3. Juli 2003

Gemäß § 6 Abs. 1 lit. der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse stellen die unterfertigten Mitglieder des Gemeinderates folgenden Antrag:

Das Kinderschutzzentrum Steyr ist an die Stadt Steyr mit der Bitte um Erhöhung der Jahressubvention von Euro 36.500,-- auf Euro 50.000,-- herangetreten.

Begründet wird dies mit dem rapiden Anstieg der Klientenzahl und der damit verbundenen Personalaufstockung.

Aus dem vorgelegten Tätigkeitsbericht für das Jahr 2002 geht hervor, dass rund 40 % der Klienten aus den Umlandgemeinden kommen. Laut Aussagen des Kinderschutzzentrums Steyr weigern sich diese jedoch, sich an der Finanzierung des Kinderschutzzentrums zu beteiligen.

Über Antrag des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und in Ansehung dieser Tatsache möge daher der Gemeinderat der Stadt Steyr nachstehende

Resolution

an die OÖ. Landesregierung beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr tritt an die Oberösterreichische Landesregierung heran mit dem Ersuchen, das Kinderschutzzentrum Steyr in Zukunft im Rahmen eines Umlageverfahrens (analog Frauenhaus) zu finanzieren.

Friederike Mach (Geschäftsf. Vizebgm.)

Walter Oppl (Stadtrat)

Claudia Durchschlag (Gemeinderätin)

Kurt Apfelthaler (Gemeinderat)

Ich ersuche um Annahme dieser Resolution, bzw. Diskussion.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung?

Herr GR Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Leider wird dieser Antrag schon zu späterer Stunde behandelt und die Aufmerksamkeit ist nicht mehr so groß, wie ich merke. Ich glaube aber, dass das ein wichtiger Antrag ist, speziell aus jenem Grund, wenn man sich die Zahlen anschaut, bzw. sich die Arbeit des Kinderschutzzentrums vergegenwärtigt und speziell auch die Entwicklung des Kinderschutzzentrums. Der Walter Oppl hat meines Erachtens eine ganz wichtige Frage eingebracht, nämlich wie schaut es eigentlich mit unseren Umlandgemeinden aus. Diese Frage betrifft ja nicht nur das Kinderschutzzentrum, das betrifft sehr viele soziale Einrichtungen, die wir von der Stadt tragen, die aber auch von den Umlandgemeinden in Anspruch genommen werden. Wenn die Aussagen so stimmen, wie es die Mitarbeiterinnen des Kinderschutzzentrums „Wigwam“ mitgeteilt haben, wie Bürgermeister der Umlandgemeinden auf die Frage einer Mitfinanzierung reagiert haben, nämlich so „das Problem Kindesmissbrauch gibt es am Land nicht“ und das sind wortwörtliche Zitate, „das machen wir selbst“. Es gibt natürlich keine Einrichtungen der Qualität, wie wir es haben, es gibt keine Therapieplätze etc., dann frage ich mich wirklich, was soll das Ganze. Es wird, glaube ich, ganz wichtig sein, dass wir nicht nur das Land hier mit einbeziehen, sondern auch den Sozialhilfeverband.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich merke, eine inhaltliche Diskussion ist jetzt schwierig, weil es nicht mehr alle interessiert, ...

Ordnungsruf

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

...aber die Problematik ist eine große und wer weiß, dass die Warteschlange derzeit 4 bis 6 Wochen ist, dass dringende Fälle im „Wigwam“ behandelt werden können, wenn man sieht, wie sich eigentlich auch die Gespräche und die Anzahl der Klienten in den letzten Jahren entwickelt hat, dann muss man auch im Nachhinein sagen, dass es ganz wichtig war, dass wir diese Initiative vor einigen Jahren ergriffen haben, wir haben ja einige Diskussionen darüber gehabt, und ich glaube die Gegenwart zeigt uns, wie notwendig das war. Jetzt gilt es, ähnlich wie beim Frauenhaus, diese Stelle wirklich langfristig abzusichern, damit wir nicht jedes Jahr die Finanzierungsdiskussion haben und die Mitarbeiter des „Wigwams“, bzw. die Geschäftsführung damit konfrontiert ist, kann ich jetzt die Therapeuten - und um die geht es in dem Fall - weiter anstellen, oder muss ich sie demnächst

kündigen. Ich hoffe, dass wir da relativ schnell eine Lösung finden und im kommenden Jahr diese Diskussion nicht mehr benötigen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Als Nächste hat sich Frau Durchschlag zu Wort gemeldet.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, dass das „Wigwam“ eine wichtige Einrichtung ist, darüber sind wir uns alle einig. Die starke Frequenzsteigerung ist schon angesprochen worden. Das ist auf der einen Seite negativ, weil es offensichtlich notwendig ist, auf der anderen Seite positiv, weil es bekannter geworden ist und auch die Hemmschwelle gesunken ist, so etwas für sich in Anspruch zu nehmen. Ich glaube, das ist genau der Punkt, wo man aufpassen muss. Die schwierige finanzielle Situation - und die ist sicher gegeben - darf nicht dazu führen, dass es irgendeinen Hilfesuchenden gibt, der einfach nicht angenommen werden kann, weil eines ist auch klar, Menschen, die in der Jugend missbraucht oder misshandelt worden sind, werden ganz sicher irgendwann einmal in ihrem Leben Folgekosten verursachen, die wesentlich höher sind, als das was jetzt ihre Behandlung kosten würde, daher ist auch hier das finanzielle Argument eines, wo man sagt, wenn ich jetzt Geld in die Hand nehme, dann erspare ich mir etwas für später. Weil der Herr Kupfer die Frauenhäuser angesprochen hat - es hat auch damals, bei der Einführung der Frauenhäuser, diese Argumente gegeben, das brauchen wir alles nicht. Da das fast immer, sowohl bei Frauen als auch bei Kindern, in der Mehrheit Männer sind, stelle ich hier - und ich weiß, ich bin hier in einer Minderheit als Frau - die provokante These auf, dass das so ein bisschen eine Abwehrhaltung ist, mit dieser Geschichte will ich eigentlich nichts zu tun haben. Ich glaube, dass der Weg über die Umlagefinanzierung sicher ganz wichtig ist und ich bitte hier wirklich, einen möglichst starken Druck auf den Soziallandesrat auszuüben, um dies zu ermöglichen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Frau Vizebürgermeister bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich möchte eigentlich nur kurz etwas dazu sagen. Über die Wichtigkeit brauchen wir nicht zu diskutieren, da sind wir uns alle einig, aber die Frau Farkas und der Vorstand vom Kinderschutzzentrum waren bei mir und ich möchte schon auch erwähnen, dass ich mir die Aufstellung geholt habe, habe mit ihnen gesprochen, also sie haben auch voriges Jahr eine Nachzahlung von ca. ½ Million Schilling vom Landesrat Ackerl bekommen. Es ist das Jahr 2003 jetzt gesichert. Ich war schon beim Landesrat, wir haben darüber diskutiert und er sagt, er muss die Wahlen jetzt abwarten, aber wenn er wieder dieses Ressort bekommt, dann wird er die Kinderschutzzentren um ca. 30.000,- Euro aufstocken. Wenn ich die Vergleiche anstelle, was der Bund für Linz, Wels und Steyr zahlt, dann möchte ich schon erwähnen, dass der Bund für Linz 54.000,- Euro zahlt, für Wels zahlt er 67.000,- Euro und für Steyr zahlt er nur 16.000,- Euro. Also man muss schon sagen, dass die Abstufung hier gewaltig ist. Man weiß aber auch, dass sehr viele Umlandgemeinden ihr Budget nicht mehr ausgleichen können, darum - glaube ich - ist der Herr Landesrat Ackerl auch bereit aufzustocken. Er ist auch gebeten worden, dass er diese Resolution annimmt und dass er sich im Umlageverfahren bemüht. Für diese Einrichtung wäre es am besten, wenn sie abgesichert sind und man kann nicht so, wie die Landbürgermeister sagen, bei uns kommt das nicht vor, weil man weiß genau, dass die Sozialarbeiterinnen vom Land jetzt das Kinderschutzzentrum wesentlich mehr in Anspruch nehmen wie am Anfang. Sie brauchen die Hilfe und Unterstützung, sei es in den Kindergärten oder in den Schulen, es kommt am Land genauso vor, ich glaube, da machen sie sich etwas vor, weil sonst würden wir diese Einrichtungen nicht so sehr brauchen. Wir sind alle aufgerufen, unser ganzes Wissen beizutragen, dass das umgesetzt wird. Präventiv zu arbeiten ist immer besser, als das im Nachhinein wieder gutzumachen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich ersuche um ein Zeichen mit der Hand, wenn sie für diese Resolution stimmen. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT WALTER OPPL

Bei meinem letzten Antrag geht es um die Weiterführung der Streetworker. Wir müssen eine neue Vereinbarung mit dem Land Oberösterreich schließen, nachdem ja am 31. Jänner 2002 der Vertrag mit dem Land Oberösterreich, bezüglich der Finanzierung, abgelaufen ist. Wir haben dieses Thema ja schon in einer der letzten Sozialausschusssitzungen voriges Jahr positiv behandelt.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

37) JW-17/95 Streetwork-Projektstelle Steyr; Weiterführung – Aufstockung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendangelegenheiten vom 6. 6. 2003 wird vom Gemeinderat als zuständigem Organ der Stadt Steyr gemäß § 46 Abs. 1 Z.12 des Stadtstatutes beschlossen, dass sich die Stadt Steyr ab 1. 1. 2003 auf unbestimmte Zeit an den Kosten der Streetwork-Projektstelle in Steyr im Ausmaß von der ½ der Gesamtkosten der Projektstelle entsprechend der beigeschlossenen Kostenbeteiligungsvereinbarung, die gleichzeitig genehmigt wird, beteiligt.

Weiters wird eine Aufstockung der Streetwork-Projektstelle in Steyr um 1 Personaleinheit (40 Wochenstunden) genehmigt. (Beilage)

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter und ersuche den nächsten Berichterstatter um seine Ausführungen.

BE:STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag hat die Chorgemeinschaft Stahlklang dieses Ansuchen um eine Sondersubvention für das IDOCO-Festival vom 29. 5. bis 1. 6. 2003, gestellt; das ist das internationale Chorfestival IDOCO (Internationale Dachorganisation aller Arbeitergesangsvereine). Hier wurden internationale Chöre eingeladen und einer der Chöre hat dann am 30. 5. 2003 in Steyr ein Konzert gegeben und ich muss wirklich sagen, das war einer der besten Chöre, die in den letzten Jahren hier in Steyr gesungen haben.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

38) Fin-297/02 Chorgemeinschaft STAHLKLANG STEYR; Ansuchen um Sondersubvention für IDOCO-Festival vom 29. 5. bis 1. 6. 2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 28. April 2003 wird der Chorgemeinschaft STAHLKLANG STEYR, vertreten durch die Vorsitzende Margit Zineder, 4400 Steyr, Zellerstraße 2, zur Unterstützung eine Sondersubvention für die Teilnahme am IDOCO-Festival in Linz und der Organisation und Finanzierung des Partnerschaftskonzertes in Steyr in Form einer Projektförderung in der Höhe von € 600,-- (EURO sechshundert)

zuerkannt und der erforderliche Betrag bei der VA-Stelle 1/322000/757000 freigegeben.

Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung von der VA-Stelle 1/300000/757000 (Kulturangelegenheiten; lfd. Transferz. an private Organisationen ohne Erwerbscharakter - Sonstige Subventionen) auf die VA-Stelle 1/322000/757000 (Kulturangelegenheiten - Maßnahmen der Musikpflege; lfd. Transferz. an private Organisationen ohne Erwerbscharakter - Sonstige Subventionen) bewilligt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem zweiten Antrag geht es um die Errichtung einer Treppe in den Burggraben des Schlosses Lamberg und Verlegung eines Holzbodens. Der Kulturverein Schloss Lamberg ist an die Stadt Steyr herantreten, um diese neue Spielstätte auch entsprechend bespielen zu können. Es wird auch ein entsprechender Vertrag ausgearbeitet, in der schlussendlich die Stiege innerhalb von 10 Jahren in

das Eigentum der Stadt Steyr zurückfällt.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

39) Fin-113/02 Errichtung einer Treppe in den Burggraben des Schlosses Lamberg und Verlegung eines Holzbodens.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 12. Juni 2003 wird dem Kulturverein Schloss Lamberg, vertreten durch den Obmann Franz Anzenberger, 4400 Steyr, Berggasse 2, für die Errichtung einer Treppe in den Burggraben des Schlosses Lamberg und der Verlegung eines Holzbodens eine Projektförderung in der Höhe von

€ 41.759,- (EURO vierzigtausendsiebenhundertfünzigneun)

zuerkannt und der dafür im Voranschlag 2003 vorgesehene Betrag in der Höhe von € 36.400,- bei der VA-Stelle 5/300000/050000 - Kulturangelegenheiten, Sonderanlagen - Schloss- graben freigegeben. Die Differenz in der Höhe von € 5.359,- wird durch die vom Vorjahr auf das Jahr 2003 übertragenen und dafür vorgesehenen VA-Mittel abgedeckt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen zu diesem Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem letzten Antrag geht es um den Verein Museum Arbeitswelt; Ansuchen um zusätzliche Subvention in Höhe von EUR 145.342,- für Abgangsdeckung 2002 und 2003. Bekannterweise hat das Museum Arbeitswelt um eine Förderung in der Höhe von € 182.000,- für das Jahr 2003 angesucht. Im Kulturausschuss wurde dieser Antrag behandelt und die im Budget vorgesehene Subventionshöhe von € 109.000,- fürs erste einmal beschlossen, zugleich wurde aber Herr Mag. Hochgatterer bzw. die Abteilung von unserem Finanzdirektor ersucht und beauftragt, eine entsprechende finanzielle Überprüfung des Museum Arbeitswelt durchzuführen und anhand dieser Überprüfung wurde nun der entsprechende Amtsbericht erstellt, dem Museum eben eine zusätzliche Subvention in der Höhe von € 145.342,- zukommen zu lassen.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

40) Fin-182/02 Verein Museum Arbeitswelt; Ansuchen um zusätzliche Subvention in Höhe von EUR 145.342,- für Abgangsdeckung 2002 und 2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Kultur, Bildung und Sport vom 23. Juni 2003 wird dem Verein Museum Arbeitswelt eine Subvention in Höhe von Euro 145.342,- für die Betriebsabgänge der Jahre 2002 und 2003 gewährt. Zu diesem Zweck wird eine Kreditüberschreitung bei der VASSt. 1/360000/757000 in der genannten Höhe genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehensbedingungen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Abstimmung bzw. Diskussion.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr Vizebgm. Dr. Pfeil hat sich zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist wohl einer der sensationellsten Anträge, die wir heute hier zu besprechen haben. Eines ist richtig, der Verein Museum Arbeitswelt hat am 20. 6. 2002 das Ansuchen gestellt, Euro 183.000,- als Jahressubvention für 2003 vorzusehen. Der

Kulturausschuss der Stadt Steyr hat im letzten Jahr empfohlen auf die Jahressumme von € 109.000,-- einstimmig zu gehen. Das haben wir auch getan, da haben wir kein Problem damit, wir wollen das Museum Arbeitswelt gleichermaßen schätzen, bewahren und auch den Betrieb für die Zukunft weiter ermöglichen. Was dann kam, war Schweigen, bis zu diesem etwas mehr als merkwürdigen Antrag, weil der ist dann nirgendwo gewesen, es steht nur, dass der Verein Museum Arbeitswelt mit dem Ersuchen an die Stadt Steyr herangetreten ist, die angefallenen Betriebsverluste in der Höhe von Euro 54.652,-- für das Jahr 2002 und gleichzeitig für die budgetierten Betriebsverluste für 2003 in der Höhe von Euro 90.690,-- pauschal zu übernehmen. Soweit so gut; wäre Recht gewesen, wenn man das auch einmal im Kulturausschuss besprochen hätte und wenn das notwendig gewesen wäre, das dann auch budgetiert hätte. Jetzt stelle ich fest, dass kein schriftlicher Antrag für diese zusätzliche Subvention vorliegt, dass es nicht im Kulturausschuss ist, dass es gleichzeitig eine Kreditüberschreitung ist, dass der Antrag, der Amtsbericht, mehr als tendenziös geschrieben worden ist, weil da wird hingeschrieben, wie wenn aufgrund der EU-Minderbemittelung jetzt plötzlich das ganze Finanzwesen zusammengebrochen ist. Es wird hier nur die Teilwahrheit, und zwar im Zwanzigstel-Bereich hingeschrieben, da steht, von der EU wird um € 15.000,-- im Jahr 2002 weniger bezahlt als 2001. Das ist schon richtig, aber dafür bekommen sie € 257.000,-- im Jahre 2003; das ist ja nicht gerade ein Butterbrot. Was mir aber bei dem Ganzen fehlt, wir haben das ja nicht zum ersten Mal, die Vorgangsweise; und die Verbindungen von der Frau Mag. Heger hier ins Rathaus wissen wir auch und auch ihre politische Neigung kennen wir. Das heißt, man schert sich um nichts, um schlicht und einfach nichts. Ob es budgetiert ist, ob es besprochen ist, es wird sowieso im Gemeinderat mit Mehrheit beschlossen. Was dazu fehlt - wenn man nur ansatzweise nähertreten würde - ist eine mittelfristige Finanzplanung dort unten. Wie geht es denn weiter? 1992 oder 1993 - ich kann es nicht genau sagen, weil wir diese Probleme ja schon 10 Jahre mitschleppen, wir haben sogar eigene Kulturausschüsse dort unten abgehalten und haben gesagt, die Finanz- und Personalsituation kann nicht mehr so weiter gehen. Wir warten bis heute auf Vorschläge von den Damen und Herren im Museum Arbeitswelt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren. Ja, ich kritisiere auch, wir haben - wie Herr StR Spanring gesagt hat - im Kulturausschuss das normal im Budget vorhandene Ansuchen, über die gegebene Subventionshöhe beschlossen und haben einfach gesagt, mehr ist zur Zeit nicht da. Sollte der Aufwand wirklich notwendig sein, müsste man noch einmal darüber reden, darüber befinden und überlegen. Nun aber kommt dieser Antrag, ohne dass im Kulturausschuss noch einmal eine Möglichkeit zu besprechen war. Ich habe aber ein Protokoll über die Fraktionsvorsitzendenkonferenz vom 19. Mai bekommen, dort wurde sehr wohl über diese Sache verhandelt. Ich habe zuerst gemeint, Datum 24. 6. - es wäre kein Kulturausschuss mehr möglich, keine Möglichkeit mehr, darüber zu reden. Wenn ich aber nun sehe, dass am 19. Mai in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz darüber gesprochen worden ist, dann hätte es sehr wohl die Möglichkeit - und ich denke auch die Notwendigkeit - gegeben, im Kulturausschuss darüber zu reden. Ich meine nicht, dass wir als Kulturausschuss über der Fraktionsobmännerkonferenz stehen, überhaupt nicht, aber wir haben im ersten Teil schon einmal befunden und haben einen Teil abgelehnt. Wir haben uns auch bereit erklärt, noch einmal über das Thema zu reden und dann wurde es uns nicht gegeben. Ich würde ja nur ein kleineres Problem sehen, wenn in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz eine einhellige Meinung gewesen wäre, wenn also alle Fraktionsvorsitzenden gesagt hätten, selbstverständlich, die Begründungen liegen klar da. Nun war aber auch in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz die Meinung dazu nicht einhellig, daher denke ich wirklich, wäre es notwendig gewesen, dass wir auch im Kulturausschuss noch einmal darüber hätten befinden können. Ich kann verstehen, für das Jahr 2003, wo einfach eine neue Ausstellung kreiert worden ist, wo man einfach noch neues dazu machen hat müssen, wo durch das Hochwasser einfach noch manches umgeplant werden musste, dass man dort diese Erhöhung zubilligt - das könnte ich mir vorstellen, aber aus dem Jahre 2002 - da denke ich mir - hätte man schon mehr Unterlagen gebraucht. Wir bekommen immer wieder diese Ansuchen, auch wenn sie zum Bürgermeister kommen, zu uns herüber in den Kulturausschuss, und müssen oft für € 1.000,--, für € 2.000,-- und dann und wann für € 10.000,-- wirklich mit Mühe und Not überlegen, wo wir das Geld hernehmen und hier geht es aber doch um eine höhere Summe, da wird aber der Kulturausschuss nicht beauftragt, sich damit zu beschäftigen. Es wäre auch ganz interessant gewesen, wieder einmal zu erfahren, wie die Erstbetreiber und die anfangs ganz großen Förderer, die Gewerkschaft und die Arbeiterkammer auch dem Museum Arbeitswelt in Notsituationen weiterhilft, darüber hätten wir z. B. auch reden können und müssen. Wie der Herr Vizebgm. Pfeil schon gesagt hat, mit einer mittelfristigen

Finanzplanung hätte man wohl auch manches überlegen können. Wir werden uns daher der Stimme enthalten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau Reznar bitte.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Es ist schon faszinierend und erschütternd, um nach dem Slogan der Stadt Steyr zu gehen, ein starkes Stück, mit welcher Sorglosigkeit und Unverfrorenheit mit Steuergeldern im Museum Arbeitswelt umgegangen wird und gefordert werden. Immerhin sind € 145.000,- keine Kleinigkeit. Die Bilanz des Jahres 2002 müsste längst schon bekannt gewesen sein, eine Budgetierung für 2003 und für die Sonderausstellung müsste lange bekannt gewesen sein, eine Verminderung des Budgets war allerorts sicher. Die EU-Mittel und die Mittel vom Land und Bund waren bekannt und da denke ich mir doch, man muss sich halt auch einmal nach der Decke strecken. Ich kann auch nicht Schulden machen, die ich dann nicht bezahlen kann und kann auch dann nicht zum Bürgermeister gehen und sagen, bitte zahlen sie mir meine Schulden, das geht ganz einfach nicht; und Euro 145.000,- zu verlangen ist wirklich ein starkes Stück. Im Amtsbericht werden einfach die € 145.000,- gefordert, obwohl nicht einmal der Kulturausschuss mit der Sache befasst wurde. Das alleine hätte vom Termin her wirklich möglich sein müssen. Das Museum Arbeitswelt hat seine Jahressubvention erhalten, gut und schön, da waren wir immer dafür, das ist selbstverständlich. Aber dann, bei dieser finanziell angespannten Situation der Stadt Steyr, dieses Geld noch zu verlangen, ist wirklich eine Unverfrorenheit schlechthin und noch dazu, wenn man weiß, dass das Geld mit einer Kreditüberschreitung erst aufgebracht werden muss. Selbst bei Subventionen, die wir im Kulturausschuss besprechen, müssen wir alles mögliche einsparen, bei € 1.000,- gibt es eine Mordsdebatte, weil wir uns das nicht leisten können, wir müssen immer schauen, wo wir jeden Schilling, jetzt Euro hernehmen und plötzlich tauchen € 145.000,- auf. Das ist einfach unmöglich und ich kann mich mit diesem Gedanken nicht auseinandersetzen und darum bin ich auch dagegen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Keiler bitte.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Werter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Stadtsenat, werte Kollegen und Gäste. Liebe Frau Kollegin Reznar, der Grund, warum das Museum Arbeitswelt heuer und voriges Jahr einen so hohen Abgang hat, ist der, weil das Museum ...

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Willst wetten? Es ist nicht das Hochwasser, sondern der Bund hat heuer 60 % weniger Förderung herausgerückt, im Vergleich zum ersten Jahr, in dem dem Museum Arbeitswelt eine Förderung zuerkannt wurde, im Jahr 1992; 60 % weniger. Es gibt auch keine Förderung von anderen Ministerien mehr, nicht nur vom Kulturministerium hat es bisher Förderungen gegeben, auch die bleiben heuer aus. Zu den Umstrukturierungen ist anzumerken, dass das Museum 2000 und 2001 sehr wohl Leute gekündigt hat und Einsparungen beim Sachaufwand getätigt hat. Das alles wurde von der Finanzabteilung des Magistrates ge-prüft und es wurde in dieser Hinsicht kein Einsparungspotential mehr ge-sehen. Wie gesagt vom Magistrat und nicht vom Museum selbst. Es gibt im Jahr 50.000 Besucher im Museum Arbeitswelt, davon 25.000 bis 30.000, die Veranstaltungen im Veranstaltungszentrum, das das Museum Arbeitswelt ja auch darstellt, besuchen. Man muss sich einmal die Umwegrentabilität von 50.000 Besuchern, bzw. Veranstaltungsbesuchern, die um einen sehr hohen Prozentsatz mehr Geld ausgeben als Touristen, das sind sozusagen Tagungsbesucher. Diese Umwegrentabilität bringt der Stadt Steyr, glaube ich, weit mehr, als wir über die Subvention vergüten.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Eine nationale Sonderausstellung „Migration“, wie sie gerade dort stattfindet, hat bisher - nicht allzu

lange nach der Eröffnung - 4.500 Besucher angelockt und der Bund hat dazu 0,-- Euro zugeschossen.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:
256.000,-- Euro!

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:
Die EU, ich habe vom Bund gesprochen.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Im Amtsbericht steht es ganz genau, was der Bund gezahlt hat.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:
Ja, das ist mir klar, aber der Bund hat laut Aufstellung der Frau Mag. Heger 0,-- Euro zugeschossen.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:
Die Förderung, die hier steht, ist nicht für die Sonderausstellung, sondern für das Museum Arbeitswelt als Jahressubvention. Für diese Ausstellung 0,--.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:
Ja dann ist das hier falsch. Die Frau Mag. Heger hat mir gestern ...

Unverständliche Zwischenrufe

Ordnungsruf

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:
Ich kann das nicht beurteilen. Laut ihrer Auskunft von gestern, hat sie für diese Ausstellung vom Bund keine Förderung bekommen. Es gibt eine zweite internationale Ausstellung für „Migration“, die mittlerweile in 6 Mitgliedstaaten der EU unterwegs ist, von Manchester angefangen über Kopenhagen.
Die Frage ist, warum kürzt der Bund die Mittel für das Museum Arbeitswelt, wo doch der Herr Staatssekretär Morak gesagt hat, ich darf zitieren vom 12. 06. 2003 von einer ÖVP Pressekonferenz: „Er möchte ja - wie bekannt aus dem Fall mit Wien und den Festwochen - von Wien auf die bevölkerungsreichen Bundesländer umverteilen, insbesondere Niederösterreich und Oberösterreich. Ich frage mich, warum er dann Steyr vergessen hat.
Uns, als Stadt, ist es jedenfalls wert, das Museum mit einer - zugegebenermaßen hohen - außerordentlichen Subvention zu begünstigen um das Museum zu erhalten. Deswegen werden wir natürlich diesem Antrag zustimmen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Lieber Stephan, ich möchte ein paar Zahlen richtig stellen. Mit den Subventionen, da hast du ein bisschen etwas durcheinander gebracht; es macht ja nichts. Im Akt ist auch nicht sehr viel, aber an den nachprüfbaren Zahlen konnte ich folgendes feststellen. Ich bin jetzt nur bis zum Jahr 2000 zurückgegangen, ich habe jetzt keine Geschichtsforschung betrieben. Im Jahre 2000 hat sich die Gesamtsubvention wie folgt dargestellt:
Im Jahre 2000 hat es 586.324,-- Euro Subvention gegeben. Gesamtsubventionen, da ist Bund, Land, EU, Stadt Steyr und sonstige dabei. Im Jahre 2001 hat es bereits 739.355,-- Euro gegeben. Im Jahre 2002 hat es dann einen kleinen Rückschritt gegeben, Euro 682.488,-- und dieses Jahr, 2003 sind es Euro 1.008.030,--. Das sind die nackten Zahlen. Was mich wirklich dabei aufregt, der Kulturausschuss setzt sich zusammen, diskutiert lange, lädt einmal die Frau Heger ein, manchmal machen wir es ohne sie, man kommt zu einem Beschluss und man lässt sich Fragen aufklären und dann sagt man okay, ja Subvention ist in Ordnung. Dann, ein Jahr später, ohne weitere Angaben, das

ist ja das Problem, ohne weitere Ansuchen, weil dieses Ansuchen, das hier ist, das ist ja vom Vorjahr, das ist ja auch alleine von der Wertigkeit her eine Frechheit, für diese hohe Summe so ein Ansuchen an die Stadtgemeinde Steyr zu richten. Das alleine zeigt schon, wie wir nur als Zahler gebraucht werden. Es gibt ein altes Sprichwort: Mit vollen Hosen ist leicht stinken; und nur mit zugekauften Ausstellungen, das ist schon gut, dass das in Steyr passiert, aber Eigenausstellungen habe ich leider noch keine gesehen. Da sind 4 Akademiker unten, Historiker dabei.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Die Ausstellung ist selber gemacht, im Rahmen des Projektes.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da bin ich dabei, aber mit so einer Summe so etwas darzustellen, dürfte nicht allzu schwierig sein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja es reizt einfach zum Widerspruch, wenn hier in den Raum gestellt wird, 50.000 Besucher, eine Umwegrentabilität ähnlich eines Kongresszentrums und dann wissen wir alle ganz genau, dass wirklich 80 % der Besucher Schulgruppen sind. Wir wissen alle, dass sich das Museum Arbeitswelt von der ursprünglichen Ausrichtung weg bewegt hat. Erstens haben sich die ursprünglichen Proponenten mittlerweile verabschiedet, ÖGB ist weg, Arbeiterkammer ist weg, die Wirtschaftskammer ist noch dabei, aber hier ist wirklich zu überlegen, ob man da in Zukunft noch dabeibleiben soll. Weil, wenn sich ein Teilnehmer nach dem anderen verabschiedet, dann muss man sich, glaube ich, als Verantwortlicher dieses Museums die Frage stellen, kann ich dann das Museum in dieser Art und Weise noch aufrechterhalten. Wir haben in den letzten Jahren mehr im Veranstaltungszentrum eine neue Ausrichtung vorgenommen, durchaus in Ordnung, aber auch hier muss eine Rentabilitätsrechnung da sein, oder wir sagen, diese Veranstaltungsstätte ist uns das wert. Was wir eingangs verlangt haben - und der Herr Dr. Pfeil hat das auch gesagt - es kann doch nicht sein, dass wir auf immer und ewig einfach sagen, Verlustabdeckung - gut, alles was ihr an Verlust produziert, decken wir ab. Wir haben ja auch gesagt, das was die Ausstellung kostet - jede Ausstellung kostet was und das ist mit Sicherheit auch eine gute Ausstellung - ist uns was wert, aber der Auftrag, der an die Geschäftsführung gegangen ist, dass man die Verlustabdeckung in den Griff bekommt, die ist nicht erfolgt und wir haben auch kein Szenario, keine Zukunftsaussicht, die belegt, dass das halbwegs in einem vernünftigen Rahmen bleibt. Wir bekommen Jahr für Jahr nur: Das fehlt uns, deckt es ab. Es gibt immer weniger der ursprünglichen Zahler, die bereit sind zu zahlen und wir übernehmen von Jahr zu Jahr mehr. So kann es nicht weiter gehen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Bei meiner zweiten Wortmeldung möchte ich nur noch einmal darauf hinweisen, es wäre einfach richtig und gut gewesen, all diese Belange im Kulturausschuss überlegen zu können, denn für den Kulturausschuss ist das Museum Arbeitswelt sicherlich eine wertvolle Veranstaltungsstätte, aber wir müssen auch verantwortlich mit dem Geld umgehen und wenn wir bei kleinen Kulturbetreibern wirklich jeden Cent überlegen, auf den Belegen kontrollieren, anschauen, noch einmal überlegen, wo gäbe es andere Möglichkeiten, dann müsste es doch bei solch einer Summe und gerade beim Museum Arbeitswelt einfach dringend notwendig sein, dass das über den Kulturausschuss geht, es ist letztlich ja das Geld der Kulturtreibenden für die Kulturtreibenden. Ich muss das als Vorsitzender des Kulturausschusses wirklich sagen, wir fühlen uns da wirklich übergangen, wir hätten uns das wirklich überlegen, überdenken und auch Wege finden wollen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke, Herr GR Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Stadtrat Mayrhofer hat über den Wert dieser Einrichtung gesprochen. Ich denke mir, das ist auch die zentrale Frage. Was ist der Stadt das Museum Arbeitswelt wert? Ist es uns wichtig, dass es das Museum Arbeitswelt gibt? Eine Einrichtung, die wir jetzt seit 1988 haben, mit einer vielgerühmten Landesausstellung, von der wir noch immer zehren, die eine sehr wichtige Impulswirkung für den Stadtteil gehabt hat, wir wissen alle, was dieser Impuls

ausgelöst hat und das hat auch schon ein bisschen etwas mit Umwegrentabilität zu tun. Der Wert des Museum Arbeitswelt wird leider vom Bund und von anderen, die sie auch angesprochen haben, nicht mehr so eingeschätzt. Die Gründe sind uns bekannt.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich versuche es ja gerade zu erklären. Zum Teil ziehen sie sich zurück um Geld zu sparen, weil natürlich ...

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

... weil natürlich diese Einrichtungen auch öffentlichen Druck verspüren Einsparungen zu machen. Ich rede jetzt einmal von den Gebietskörperschaften. Warum sich der Bund und das Land zurückzieht, das könnten wir politisch diskutieren, weil von diesem Phänomen ist nicht nur das Museum Arbeitswelt betroffen, von diesem Phänomen sind sämtliche Kultureinrichtungen seit der Ära Morak betroffen.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Das stimmt nicht!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das stimmt natürlich.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Der Bund hat sich überhaupt nicht zurückgezogen, da ist die Graphik dazu.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Wir reden über das Museum Arbeitswelt und wie die Subventionierung der öffentlichen Gebietskörperschaften, von Bund und Land in den letzten Jahren weniger geworden ist, zusätzlich von der Arbeiterkammer und der Gewerkschaft etc. Wir können jetzt als Stadt sagen, okay, lassen wir das Museum sterben. Sie haben das ein bisschen so angedeutet, Herr Mayrhofer, überlegen wir uns was Neues, oder überlegen wir uns, wie wir dem Museum Arbeitswelt helfen können, wie es möglich ist, dem Museum Arbeitswelt eine Soforthilfe zu gewährleisten. Wir wissen, dass es Einsparungen gegeben hat. Jetzt komme ich auf den Punkt, wir wissen, dass die Einsparungen in einem Bereich gemacht worden sind, nämlich in der Pädagogik, was meines Erachtens uns allen sehr weh tut. Wir haben heute schon über Bildungspolitik diskutiert und wenn wir davon sprechen, dass 80 % der Besucher Schüler sind und wenn man mit den Schülern bzw. den Lehrkräften spricht, dann ist das eine sehr wertvolle Arbeit, eine sehr wertvolle Projektarbeit und mir ist es wichtig - und das ist auch der Wert des Museum Arbeitswelt - dass wir sagen, okay, Kongresstourismus, Veranstaltungen, das ist ein wichtiges Zubrot. Nur der Wert des Museum Arbeitswelt für die Stadt ist nach wie vor der pädagogische und der kulturelle. Nur um diesen Wert geht es und den müssen wir uns leisten. Wenn wir sagen, es gibt eine Ausstellung, die europaweit entwickelt wird und für die auch EU-Gelder nach Steyr kommen, dann ist das ja auch nicht schlecht, wir reden da ja auch nicht von unbedeutlichen Mitteln. Wir alle haben das Problem gehabt, das es in den letzten Jahren im Museum keine wirklich attraktive Dauerausstellung gegeben hat. Jetzt gibt es wieder die Möglichkeit, auch im pädagogischen Bereich etwas anzubieten, Klassen nehmen das wieder in Anspruch und darum denke ich mir, damit ist der Wert begründet. Wo ich auch ein Problem sehe, und da gebe ich dem Kollegen Lengauer als Vorsitzenden vom Kulturausschuss Recht, ist natürlich diese Informationspolitik. Die ist seit Jahren die selbe, wir erfahren es nicht, wir müssen uns selber schlau machen, eine transparente Vorgangsweise ist das auf keinen Fall.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bist du nicht ein Vereinsmitglied?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich bin nicht Vereinsmitglied. Meines Wissens ist mein Kollege im Vorstand und dieser Vorstand trifft

einmal im Jahr zusammen und das ist am Ende des Jahres und sicher nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Diese Kritik muss erlaubt sein und die ist auch wichtig, denn als Kulturausschuss - das erfahren wir leider - werden wir immer wieder zu einer Abstimmungsmaschine im Gemeinderat degradiert. Also da muss sich etwas ändern. Es stimmt natürlich auch, wenn ein kleiner Kulturverein oder ein anderer Subventionsnehmer ein Ansuchen stellt, dann muss ein Budgetplan beigelegt werden und das muss auch begründet werden. Das ist mir bei diesem Antrag nicht bekannt, im Kulturausschuss haben wir es nicht besprochen, vielleicht als positive Anregung, das in Zukunft zu machen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Keiler bitte.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Ich möchte nur noch zwei Sachen klar stellen. Zuerst einmal muss ich dem Herrn Dir. Lengauer natürlich teilweise Recht geben, dass das Prozedere nicht optimal war, nur wie sie wissen, habe ich genauso wenig Einfluss darauf wie sie und dabei belassen wir es. Dass da irgendetwas falsch ist und in dem Amtsbericht etwas nicht stimmt, das darf ich auch aufklären, da müssen sie den Satz noch einmal lesen, Herr Stadtrat Mayrhofer. Ich darf diesen drittletzten Absatz in die zwei Teile zerlegen; „dass EU-Mittel für die Sonderausstellung in der Höhe von Euro 276.000,- geflossen sind.“ Der zweite Absatz heißt; „dass vom Bundesministerium die Subvention“ - und damit ist die Jahressubvention gemeint und nicht für die Sonderausstellung - „gekürzt wurde.“ Ich habe behauptet, dass die Mittel für diese Sonderausstellung vom Bund gleich Null waren und das stimmt. Das was sie sagen, stimmt. Das was hier steht, stimmt auch und das was ich sage, stimmt ebenfalls. Und zu dir darf ich sagen, lieber Leopold, letztes Mal hast du mir noch erklärt, dass ich einen Blödsinn zusammenrede, heute sagst du, dass ich es durcheinander bringe. Es tut mir Leid, wenn wir dieses Spiel ab Herbst nicht mehr weiterspielen dürfen, höchstens am Stadtplatz, wo du sehr viel netter zu mir bist.

Gelächter

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Ich habe nichts durcheinander gebracht, du hast die Zahlen 2000, 2001 und 2002 verglichen, das mag richtig sein, diese Zahlen habe ich nicht. Ich habe die Zahlen von 2003 mit Beginn der Förderung 1992 verglichen und in diesem Vergleich sind es jetzt 60 % weniger. Da hast du mir vielleicht nicht zugehört, aber durcheinander gebracht habe ich nichts.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es eine weitere Wortmeldung?
Frau Reznar, zum Zweiten.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Aufgrund dieser Differenzen, die jetzt allgemein aufscheinen, stelle ich den Antrag, diesen Antrag an den Kulturausschuss zurückzuweisen und zur Beratung an den Kulturausschuss weiterzuleiten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, der Antrag steht zur Diskussion. Gibt es dazu Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, dann stimmen wir über diesen Antrag ab. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 12. Wer dagegen ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand? Mit Mehrheit abgelehnt.

Schlusswort bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

An sich ist das meiste schon gesagt worden und ich stimme einen Teil der vorangegangenen Wortmeldungen durchaus zu. Das Ansuchen des Museum Arbeitswelt hat nicht ganz so ausgeschaut, wie es der Herr Dr. Pfeil hergezeigt hat, sondern das schaut so aus. Es schaut so ähnlich aus, aber nicht ganz so. In diesem Ansuchen ist unter anderem auch ein Budgetentwurf drinnen und daraus ist auch zu sehen, wer noch etwas hergibt. Und wenn du, lieber Kollege Mayrhofer, ununterbrochen auf die Arbeiterkammer hinhackst, kann ich dir nur sagen, sie stehen mit Euro 32.000,- drinnen, ich finde dabei aber nicht die Wirtschaftskammer. Nur um dies auch ins rechte Licht zu rücken, aber es gibt welche, die sich komplett verabschiedet haben, das stimmt auch. Der Stephan hat auch schon die entsprechenden Auskünfte gegeben, wohin sich diese fehlenden Subventionen hinentwickelt haben. Auch das doch sehr wohl schon einiges passiert ist, dass aber einiges noch zu machen ist, das ist überhaupt keine Frage, da bin ich voll bei meinen Vorrednern.

Ich ersuche jetzt um Freigabe dieser Summe.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, GAL. Wer ist dagegen? 7 - FPÖ. Stimmenthaltungen? 6 - ÖVP. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Das war der letzte Punkt. Wir kommen zur „Aktuellen Stunde“.

SPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

ÖVP?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Grüne? Auch keine.

Keine aktuelle Stunde, damit sind wir am Ende unserer Sitzung. Wir haben heute in Summe Euro 88.130,-- an Beschlüssen ausgegeben. Bei den Verhandlungsgegenständen Euro 1.936.810,--. Ich möchte mich zum Abschluss, weil das die letzte Sitzung dieser Periode ist, bei jedem bedanken, der dieses Mal das letzte Mal dabei ist, es wird sicher noch eine Einladung an jene geben, die ausscheiden. Ich wünsche allen einen schönen Urlaub und ich hoffe, wir sehen uns im Oktober wieder.

ENDE DER SITZUNG: 21.31 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner

PROTOKOLLFÜHRER:

Gabriele Obermair, OAR Anton Obrist

PROTOKOLLPRÜFER:

GR Mag. Gerhard Klausberger, GR Ing. Wolfgang Hack